



22.058

**Zollgesetz.  
Totalrevision****Loi sur les douanes.  
Révision totale***Fortsetzung – Suite*

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.06.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.24 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.24 (FORTSETZUNG - SUITE)

**1. Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit  
1. Loi fédérale sur la partie générale relative à la perception des redevances et sur le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières***Block 3 (Fortsetzung) – Bloc 3 (suite)*

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Ich musste Frau Bertschy heute Mittag aufgrund der Evakuationsübung in ihrem Votum für die Grünliberale Fraktion unterbrechen. Frau Bertschy, Sie haben nochmals das Wort.

**Bertschy** Kathrin (GL, BE): Wir waren auf Seite 474 der Fahne bei Artikel 9 Absatz 2bis, wo ich Sie gebeten habe, die ursprüngliche Fassung des Bundesrates und die Einzelanträge Munz und Bertschy zu unterstützen. Es betrifft ein Anliegen, über welches Sie am 11. Dezember letzten Jahres bereits entschieden haben, nämlich die Motion Knecht 23.3833, "Die Stärkeproduktion in der Schweiz erhalten". Dieser haben Sie die Unterstützung versagt; hier soll jetzt dieselbe Forderung im Gesetz verankert werden.

Es geht um den importierten Weichweizen. Ich muss vielleicht etwas ausholen. Aus diesem Weichweizen wird nicht nur Stärke hergestellt, sondern ein grosser Teil gelangt als Backmehl auf den Markt, und das verzerrt den Wettbewerb. Seit 1959 gilt eine Erleichterung für die Einfuhr von Weichweizen. Es gibt einen ermässigten Zollsatz von 10 Rappen pro 100 Kilogramm. Die Zollerleichterung war aber stets an die Bedingung geknüpft, dass 55 Prozent des aus dem importierten Weichweizen gewonnenen Mehls der Stärkeherstellung zugeführt werden müssen und nur das restliche Mehl für andere Zwecke verwendet werden kann. Es gelangt dann als Backmehl auf den Markt. Im Gegenzug ist der Zolltarif für die Einfuhr von Brotgetreide innerhalb des dafür vorgesehenen Zollkontingentes deutlich höher. Er beträgt nicht 10 Rappen pro 100 Kilo, sondern das 230-Fache; er beträgt 23 Franken pro 100 Kilogramm. Hier gibt es also einen Grenzschutz.

Nun wird, und das ist die Problematik, aus dem importierten Weichweizen längst nicht mehr nur Stärke hergestellt. Der technologische Fortschritt lässt zu, dass mit moderner Mahltechnologie zu rund 80 Prozent Mehl daraus gewonnen werden kann. Also landet rund ein Drittel aus dem praktisch zollfrei importierten Weichweizen als Backmehl auf dem inländischen Markt. Damit wird der Schutz der einheimischen Brotgetreideproduzenten unterwandert. Eine Anwaltskanzlei wurde mandatiert. Sie forderte eine höhere Ausbeutenorm. Es gab ein Hin und Her, und seit dem 1. Januar letzten Jahres gilt eine Ausbeutenorm von 75 Prozent.

Was die Mehrheit hier jetzt fordert, ist exakt die Umsetzung der Motion Knecht: Es soll eine Gesetzesgrundlage für eine veraltete, wettbewerbsverzerrende Praxis geschaffen werden, damit in diesem Wettbewerb beim Import von Weichweizen zur Stärkeproduktion in Zukunft ganz legal unfair und mit ungleich langen Spiessen getrickst werden kann, sodass dieser Weichweizen eben doch zu Backmehl verarbeitet und auf den Markt gebracht wird, und das mehr oder weniger zollfrei. Die Mehrheit unterläuft das Subventionsgesetz. Sie verletzt den verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz der Gleichbehandlung der Konkurrenten. Natürlich hat das Ganze auch ein Preisschild: Es sind 2,5 Millionen Franken pro Jahr.





Ich bitte Sie deshalb, dem Bundesrat und den Einzelanträgen Munz und Bertschy zu folgen, diese zu unterstützen und Ihren Entscheid vom 11. Dezember zu bestätigen.

**Keller-Sutter Karin**, Bundesrätin: Ich spreche wiederum zu ausgewählten Punkten. Zuerst zur Frage der Zollfreigrenze: Ich bitte Sie, hier die Kommissionsmehrheit zu unterstützen. Nach dem Antrag der Minderheit sollen Gegenstände in kleinen Mengen von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag nur steuerfrei sein, sofern für diese Gegenstände im Herkunftsland nachweislich keine Mehrwertsteuer zurückerstattet wurde. Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe a des Mehrwertsteuergesetzes betrifft aber nicht nur die Wertfreigrenze im Reiseverkehr. Wenn man diese Änderung, wie sie von der Minderheit beantragt wird, umsetzen würde, dann würden auch Bereiche beeinflusst, die nichts mit dem Einkaufstourismus zu tun haben. Bei Handelswaren müssten Steuerbeträge unter 5 Franken neu ebenfalls erhoben werden; heutzutage wird aus verwaltungsökonomischen Gründen auf eine solche Erhebung verzichtet.

Im Zeitpunkt der Einfuhr kann nicht abschliessend überprüft werden, ob die ausländische Mehrwertsteuer zurückerstattet wird, insbesondere nicht, wenn die Rückerstattung nachträglich oder elektronisch erfolgt. So wird es weder für private Geschenksendungen aus dem Ausland noch für Reiseproviant oder kleine Souvenirs eine Befreiung von der Einfuhrsteuer geben. Das wird zu zusätzlichen Veranlagungen für Kleinstbeträge führen. Zudem ist mit vermehrtem Schmuggel zu rechnen. Für eine wirkungsvolle Umsetzung müsste das BAZG zusätzliche Ressourcen für die Veranlagungen und für verstärkte Kontrollen einsetzen.

Der Bundesrat erachtet eine generelle Senkung der Wertfreigrenze auf 150 Franken weiterhin als zielführendste Lösung zur Umsetzung aller Vorstösse bzw. Anträge im Bereich des Einkaufstourismus. Sie können sich erinnern: Die Motion 19.3975 der Finanzkommission des Nationalrates beauftragte den Bundesrat, hier eine Anpassung vorzunehmen, der Ständerat hat die Frage sistiert. In Ihrer Kommission wurde dieses Anliegen jetzt parallel zur Eröffnung der Vernehmlassung der Verordnungsänderung nochmals aufgenommen.

Wir sind aktuell an der Auswertung der Vernehmlassungsantworten. Die Wertfreigrenze auf 150 Franken zu senken, war ein Kompromiss; ich kann Ihnen sagen, dass das auch in der Vernehmlassung umstritten ist, weil viele das als Bevormundung der Konsumentinnen und Konsumenten betrachten und auch den Mehraufwand fürchten. Aber die entsprechenden Kantone, die die Standesinitiativen 18.300 und 18.316 eingereicht haben, sind damit einverstanden. Wir sind also daran, das Vernehmlassungsergebnis auszuwerten, und ich möchte Sie bitten, der Mehrheit zu folgen und hier keine Änderung zu bewirken.

Dann haben wir bei Ziffer 52, Artikel 36 Absatz 2 Buchstabe i EMKG, bei der Rolle des Zentralamts für

AB 2024 N 296 / BO 2024 N 296

Edelmetallkontrolle, einen Minderheitsantrag Ryser. Der Bundesrat ist damit einverstanden, weil es sich hier um eine Empfehlung der Eidgenössischen Finanzkontrolle handelt.

Dann haben wir, wir haben es gehört, die Einzelanträge Bertschy und Munz. Diese betreffen eine Frage, die Sie bereits im letzten Dezember entschieden haben, nämlich im Rahmen der Motion Knecht 23.3833, "Die Stärkeproduktion in der Schweiz erhalten". Ich möchte Sie bitten, bei Ihrem Entscheid zu bleiben. Mit dem Antrag der Kommission soll eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, um wieder auf die ursprüngliche Ausbeutenorm des Weichweizens zurückzukommen; bis Ende 2022 hat diese 55 Prozent betragen. Frau Nationalrätin Bertschy hat Ihnen das soeben erklärt. Mit der Umsetzung des Antrages würde zudem eine Subvention ermöglicht, die dem Subventionsgesetz widerspricht. Ich möchte die ganze Geschichte nicht wiederholen; ich habe es damals bei der Beratung der Motion Knecht im letzten Winter gesagt. Es gab hier verschiedene Rechtsverfahren, und es wäre etwas eine Stop-and-go-Politik, wenn man hier jetzt wieder zustimmen würde. Dann haben wir noch einen Minderheitsantrag Bertschy betreffend Fette und Öle. Dieser wurde in Zusammenarbeit mit der Verwaltung optimiert, es ist ein Alternativvorschlag zum Antrag der Mehrheit. Der Antrag der Mehrheit geht deutlich über die heutige Regelung hinaus, da tierische und pflanzliche Öle und Fette neu austauschbar wären und die rückzuerstattenden Beträge nicht beschränkt sein sollen. Das würde den Gatt- und WTO-Bestimmungen widersprechen. Die erstattungsberechtigte Menge sollte kleiner oder gleich sein als die eingeführte oder zollbelastete Menge.

**Walti Beat** (RL, ZH): Verfahrenseffizienz hin oder her – darf ich Sie, Frau Bundesrätin, zuhänden des Amtlichen Bulletins um eine Stellungnahme bitten, wie sich der Bundesrat zu den zum Edelmetallkontrollgesetz eingereichten Minderheitsanträgen Glättli und Bendahan stellt? Sie haben jetzt nur einen Minderheitsantrag erwähnt; ich wäre froh, wenn Sie zu diesen etwas sagen könnten, weil vorhin auch die Vernehmlassung und die Stellungnahme der Branche angeführt wurden.

**Keller-Sutter Karin**, Bundesrätin: Ich danke Ihnen, Herr Nationalrat Walti, dass Sie mich daran erinnern. In



der Tat hat Herr Nationalrat Leo Müller auch die Frage gestellt, ob ich wisse, wie sich die Branche dazu stellt. Das weiss ich nicht. Die Briefe, die Sie erhalten haben, haben wir nicht erhalten. Ich kann Ihnen sagen, dass der Antrag der Minderheit Ryser den Empfehlungen der EFK entspricht.

Die anderen Anträge wurden in der WAK ebenfalls besprochen. Ich habe sie aus verschiedenen Gründen bekämpft. Ich meine aber, dass diese Fragen im Ständerat angeschaut werden müssen. Grundsätzlich bin ich jedoch der Meinung, dass dort der Mehrheit zu folgen ist.

**Ritter** Markus (M-E, SG), für die Kommission: Wir sind jetzt in Block 3 bei der Wirtschaft. Zuerst spreche ich zu Ziffer 22, Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe a des Mehrwertsteuergesetzes. Sie sind auf Seite 246 der Fahne bei der Minderheit Ritter. Es ist so, dass diese Thematik bezüglich des Einkaufstourismus, bezüglich der Freigrenze, in Vernehmlassung ist. Wir haben im Parlament dazu eine Motion der Finanzkommission des Nationalrates verabschiedet sowie zwei Standesinitiativen, eine aus dem Kanton Thurgau und eine aus dem Kanton St. Gallen. Die Motion 19.3975 der Finanzkommission, die eine Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Reiseverkehr verlangt, soll mit einer Senkung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken umgesetzt werden. Die Frau Bundesrätin hat gesagt, dass das auch der Lösungsvorschlag ist, den der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat. Die Vernehmlassung wird jetzt ausgewertet, und das Ergebnis wird zeitnah vorliegen. Es ist auch so, dass mit diesem Lösungsvorschlag die Standesinitiativen St. Gallen und Thurgau erfüllt werden könnten.

Es ist so, dass die Mehrheit diese Frage nicht jetzt im Mehrwertsteuergesetz lösen, sondern die Auswertung der Vernehmlassung abwarten möchte. Ursprünglich war vorgesehen, dass diese Thematik mit der Revision des Mehrwertsteuergesetzes hier abgehandelt wird. Die Minderheit möchte diese Frage hier aufnehmen und auch lösen. Sie möchte dies auf der einen Seite, weil sehr viel Druck aus Gewerbe und Landwirtschaft vorhanden ist, aber auf der anderen Seite auch deshalb, weil wir in diesem Bereich Steuerausfälle haben, die Hunderte von Millionen Franken betragen. Die Frage ist jetzt: Wollen wir das hier gemäss Minderheit oder erst in einer separaten Vorlage gemäss Mehrheit lösen? Die Mehrheit hat in der Kommission gegenüber der Minderheit mit 13 zu 10 Stimmen obsiegt.

Dann haben wir vier Minderheiten zum Edelmetallkontrollgesetz (EMKG): Hier folgt die Kommissionsmehrheit überall dem Bundesrat.

Zuerst zu Artikel 31 Absatz 2 des Edelmetallkontrollgesetzes, wir sind auf Seite 444 der Fahne bei der Minderheit Bendahan: Der Entwurf des Bundesrates sieht vor, dass sich die Sorgfaltspflichten nach internationalen Standards zu richten haben. Es soll aber kein Standard explizit erwähnt werden. Ein dynamischer Verweis auf einen spezifischen internationalen Standard im Gesetz wäre problematisch. Er verpflichtete den Bundesrat, die Verpflichtungen der Inhaber von Schmelzbewilligungen auf Stufe Verordnung schnellstmöglich anzupassen, dies auch dann, wenn sie nicht sachgerecht oder im Widerspruch zu anderen anerkannten Standards stehen würden. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegt hier mit 14 zu 9 Stimmen.

Dann zu Artikel 34a Absatz 1 Buchstabe e des Edelmetallkontrollgesetzes, wir sind auf Seite 445 der Fahne bei der Minderheit Glättli: Die Umsetzung dieser Vorgabe ist so, wie sie die Minderheit vorsieht, in der Praxis nicht oder nur schwer umsetzbar. Das in einem Schmelzprodukt enthaltene Gold kann aus mehr als nur einem Herkunftsland stammen. Die Erklärung des oder der Herkunftsländer müsste bei der Warenanmeldung zusätzlich zur Angabe des zolltechnischen Ursprungslands des Edelmetalls angegeben werden, wobei diese unterschiedlich sein können. Die Regelung würde nicht nur Gold, sondern auch Silber, Platin und Palladium umfassen. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegt hier mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Dann sind wir bei Artikel 36 Absatz 2 Buchstabe i des Edelmetallkontrollgesetzes, Seite 446 der Fahne, bei der Minderheit Ryser: Hier ist für die Mehrheit nicht ersichtlich, weshalb es eine zusätzliche Erwähnung dieser Aufsichtsaufgabe für das Zentralamt im Gesetz braucht. Der Antrag ist also nicht nötig. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegt hier mit 12 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Dann zu Artikel 36a des Edelmetallkontrollgesetzes auf Seite 448 der Fahne, zur Minderheit Bendahan: Die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen gemäss Minderheit führen zu einem höheren administrativen Aufwand für die Privatwirtschaft und die Verwaltung. Die Kontrollen sollen weiterhin risikobasiert erfolgen. Über derartige Anliegen muss in einer separaten Vorlage, die separat vernehmlasst wird, entschieden werden. Hier obsiegt der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, gegenüber demjenigen der jetzigen Minderheit mit 14 zu 9 Stimmen.

Dann haben Sie noch Einzelanträge zu Artikel 9 Absatz 2bis erhalten. Hier hat die Mehrheit der Kommission mit 14 zu 9 Stimmen obsiegt. In der Kommission wurde keine Minderheit eingereicht. Nun liegen zwei Einzelanträge vor. Die Mehrheit ist hier klar der Meinung, dass es notwendig ist, die bestehende Regelung weiterzuführen



und mit einer gesetzlichen Grundlage zu versehen. Diese Gesetzesvorlage ist jetzt geöffnet und kann auch mit dieser Bestimmung versehen werden. Deshalb ist hier der Mehrheit zu folgen. Das Abstimmungsresultat in der Kommission lautete 14 zu 9 Stimmen.

Zu den Artikeln 11a bis 11f des Zollabgabengesetzes auf Seite 477 der Fahne mit der Minderheit Bertschy: Mit dem vorliegenden Antrag der Mehrheit soll die gesetzliche Grundlage für die Weiterführung der heutigen Praxis im geltenden Recht sichergestellt werden. Damit für tierische Speiseöle und Fette aus sowohl importierten als auch heimischen Schlachtieren Rückerstattungen gewährt werden können, müssen tierische und pflanzliche Fette und Öle neu untereinander ausgetauscht werden können. Dafür braucht es eine

**AB 2024 N 297 / BO 2024 N 297**

entsprechende gesetzliche Grundlage. Die können wir hier schaffen, damit die bestehende Regulierung weitergeführt werden kann. Die Mehrheit ist klar der Meinung, dass dieser Lösungsvorschlag WTO-konform ist und wir damit auch den vorhandenen Spielraum gemäss WTO-Reglement ausnutzen. Die Mehrheit hat hier mit 17 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung über die Minderheit Bertschy obsiegt.

**Hess Erich (V, BE):** Sehr geehrter Herr Nationalrat Ritter, ich habe eine Frage zu Artikel 53, zu Ihrem ursprünglichen Antrag, den Sie in der Kommission gestellt haben und der jetzt auf der Fahne übernommen worden ist. Dort verlangen Sie den Nachweis, dass die Mehrwertsteuer nicht zurückverlangt worden ist. Sprich: Wenn ich die Mehrwertsteuer nicht zurückverlangt habe, kann ich auch nicht nachweisen, dass ich sie nicht zurückverlangt habe. Wenn ich mit einer Parfümflasche, die ich im Ausland gekauft habe, in die Schweiz zurückfliege, kann ich ja nicht beweisen, dass ich die Mehrwertsteuer nicht zurückverlangt habe, dies im Gegensatz zum Duty-free-Laden, wo ich die Mehrwertsteuer gar nicht erst bezahlt habe und vielleicht einen Nachweis auf der Kaufquittung habe. Wie kann ich das nachweisen, wenn ich auf keinem Grenzposten war?

**Ritter Markus (M-E, SG), für die Kommission:** Nun gut, ich muss Sie ein wenig enttäuschen. Ich kann hier nicht meine Minderheit vertreten, sondern muss für die Mehrheit sprechen; das ist meine Aufgabe. Die Differenz zwischen dem Antrag der Mehrheit und dem Antrag der Minderheit liegt darin, dass die Mehrheit diese Frage nicht in dieser Gesetzgebung, sondern in einer separaten Vorlage klären will. Die Minderheit dagegen möchte, wie das ursprünglich vorgesehen war, dass die Bestimmung in die Gesetzgebung aufgenommen wird, unabhängig davon, wie sie letztlich aussieht, ob mit 50 Franken, mit 100 Franken oder so, wie sie hier drinsteht. So kann das Gewerbe entlang der Grenze zeitnah gestärkt werden. So haben wir auch eine gewisse Steuergerechtigkeit. Beim heutigen Einkaufstourismus betragen die Steuerausfälle für die Bundeskasse zwischen 700 und 800 Millionen Franken. Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter als Finanzministerin sitzt zurzeit ein wenig auf dem Trockenen. Sie wäre sicher froh, sie bekäme hier zusätzliche Einnahmen. Würde die Bestimmung eingefügt, könnte der Ständerat dann anhand der Vernehmlassungsergebnisse entscheiden, wie die Lösung am Schluss aussehen soll. So kann ich mir gut vorstellen, dass es am Schluss eine Lösung mit 100 oder 150 Franken geben würde.

**Feller Olivier (RL, VD), pour la commission:** Nous abordons donc le bloc 3. Le premier enjeu figure à la page 255 du dépliant. Il concerne l'article 53 de la loi sur la TVA. La majorité de la commission vous propose, en la matière, de suivre la version du Conseil fédéral. L'actuel article 53 alinéa 1 lettre a de la loi sur la TVA ne concerne pas uniquement la franchise-valeur dans le trafic touristique, si bien que la modification proposée par la minorité Ritter toucherait non seulement le trafic touristique, mais également d'autres domaines: les provisions de voyage – comme un flacon de parfum, pour reprendre l'exemple cité tout à l'heure –, l'envoi par la poste de cadeaux privés d'une valeur inférieure à 100 francs et des envois de marchandises de la part de commerces dont le montant de l'impôt est inférieur à 5 francs. Pour de telles marchandises, la TVA devrait toujours être perçue à l'importation, si elle était remboursée à l'étranger ou si l'exonération fiscale était revendiquée. Pour la majorité de la commission, cela va trop loin. Une procédure de consultation est en cours, qui vise à abaisser la franchise-valeur de 300 à 150 francs; c'est dans le cadre de ce projet que cette question pourra être examinée.

La deuxième question qui se pose est traitée à la page 455 du dépliant: il s'agit de l'article 31 alinéa 2 de la loi sur le contrôle des métaux précieux. En la matière, la majorité de la commission vous propose de soutenir la version du Conseil fédéral. Ce dernier prévoit que les obligations de diligence doivent s'aligner sur les normes internationales, mais ne souhaite pas explicitement mentionner de normes internationales. La minorité souhaiterait une telle mention, mais le problème est qu'une référence dynamique à une norme internationale poserait des problèmes et obligerait le Conseil fédéral à adapter au plus vite les obligations des titulaires d'une patente de fondeur au niveau de l'ordonnance, et ce, même si elles ne sont pas forcément pertinentes ou sont



en contradiction avec d'autres normes reconnues.

L'enjeu suivant figure à la page 456 du dépliant: il s'agit de l'article 34a alinéa 1 lettre e de la loi sur le contrôle des métaux précieux. La majorité de la commission vous propose également de suivre la version du Conseil fédéral.

Dans la pratique, il est impossible ou très difficile de mettre en oeuvre l'exigence préconisée en particulier par la proposition de minorité Glättli, car l'or contenu dans un produit de la fonte peut provenir de plus d'un pays d'origine. Selon la minorité, la déclaration du ou des pays d'origine devrait être indiquée lors de la déclaration des marchandises, en plus du pays d'origine douanière du métal précieux, qui peut être différent. Une telle proposition compliquerait manifestement l'application de la loi, d'autant plus que cette disposition s'appliquerait non seulement à l'or, mais aussi à l'argent, au platine et même au palladium.

La question suivante est traitée à la page 457 du dépliant. Il s'agit de l'article 36 alinéa 2 lettre i de la loi sur le contrôle des métaux précieux. A nouveau, la majorité de la commission soutient la version du Conseil fédéral concernant le respect des obligations incombant aux titulaires de la patente de fondeur. Il n'y a aucune raison de mentionner une nouvelle fois dans la loi les tâches de surveillance du bureau central en la matière.

L'enjeu suivant est traité à la page 458 du dépliant. Il s'agit de l'article 36a de la loi sur le contrôle des métaux précieux. Une minorité Bendahan souhaite une adjonction sous la forme de cet article 36a. Ces nouvelles dispositions proposées par la minorité Bendahan entraîneraient une augmentation de la charge administrative pour le secteur privé et pour l'administration. La majorité de la commission, comme le Conseil fédéral, considère que les contrôles doivent être basés sur les risques.

Le prochain enjeu est traité à la page 488 du dépliant. Il s'agit de l'article 11a de la loi sur les droits de douane. La proposition faite par la commission concerne la procédure spéciale de remboursement appliquée aux produits de base utilisés dans la fabrication de denrées alimentaires.

Cette proposition vise à poser la base légale permettant de poursuivre la pratique actuelle, à savoir visant à ce que des remboursements puissent être accordés pour les huiles et graisses alimentaires animales provenant aussi bien d'animaux de boucherie importés que d'animaux de boucherie indigènes. Les huiles et graisses animales et végétales doivent pouvoir être substituées les unes aux autres.

Nous sommes saisis aujourd'hui des propositions individuelles Munz et Bertschy qui concernent l'article 9 de la loi sur les droits de douane. La commission a examiné cette disposition et non les propositions individuelles, puisqu'il n'y a pas de proposition de minorité. Cette disposition a fait l'objet d'un examen au sein de la commission. Il a souvent été fait référence par différents intervenants au rejet par le Conseil national d'une motion de notre ancien collègue Hansjörg Knecht 23.3833, qui visait à maintenir la production d'amidon en Suisse. Il est vrai que le Conseil national a rejeté cette motion le 11 décembre 2023. Pourquoi l'a-t-il refusée? Parce qu'il manquait une base légale pouvant mettre en oeuvre la motion. Le but de la commission, sans proposition de minorité, est, à présent, de créer une base légale de manière à permettre la production d'amidon en Suisse et à ne pas l'entraver.

Je terminerai en vous disant que vous avez certainement remarqué en parcourant le dépliant que les taux de TVA mentionnés sont ceux qui étaient applicables jusqu'à la fin de l'année 2023, donc 7,7 pour cent en tant que taux ordinaire. Il va de soi que les rapporteurs de la commission invitent le Conseil des Etats à adapter les lois aux taux actuellement applicables, de manière à ce qu'il y ait une concordance entre la révision de la loi sur les douanes et les nouveaux taux de TVA applicables depuis le 1er janvier 2024.

AB 2024 N 298 / BO 2024 N 298

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Je vous ai écouté du début à la fin, cher collègue. Personnellement, contrairement à mon groupe, je vais suivre la majorité de la commission, même si je comprends que la minorité Ritter cherche des pistes pour lutter contre le tourisme d'achat. Mais, hélas, l'obstacle administratif tel que proposé va apporter bien d'autres problèmes et nécessiter des équipes de fonctionnaires supplémentaires. Estimez-vous comme moi que le fait de devoir prouver que la TVA n'a pas été remboursée dans le pays d'origine est un obstacle administratif difficilement surmontable pour les consommateurs qui achètent des marchandises, même insignifiantes, à l'étranger?

**Feller** Olivier (RL, VD): Merci, chère collègue, de m'avoir écouté du début à la fin, je crois que vous êtes la seule, donc je vous suis très reconnaissant. (*Hilarité partielle*) Concernant votre question de fond, il s'agit de faire une pesée d'intérêts. Et c'est la pesée d'intérêts faite par la majorité de la commission, qui souhaite que la question soit traitée dans un projet séparé, aujourd'hui en procédure de consultation. La pesée d'intérêts concerne la nécessité de privilégier le commerce indigène et la possibilité pour tout habitant d'aller faire des



courses à l'étranger. Et dans le cadre de cette pesée d'intérêts, nous devons, selon la majorité de la commission, dans le cadre d'un projet séparé, favoriser la promotion du commerce indigène, quitte à ce que le travail administratif soit un peu plus ardu. C'est une question de pesée d'intérêts difficile à résoudre, comme souvent lorsqu'on fait de la politique. Mais pour nous, le tourisme d'achat n'est guère favorable à l'économie indigène et au commerce local, c'est-à-dire aussi à la durabilité.

**Änderung anderer Erlasse**  
**Modification d'autres actes**

**Ziff. 22 Art. 3 Bst. a; 7 Abs. 3 Bst. a, 4; 23 Abs. 2 Ziff. 3, 3bis, 5, 6, 7 Bst. b, 11, Abs. 3; 28 Abs. 1 Bst. c**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 22 art. 3 let. a; 7 al. 3 let. a, 4; 23 al. 2 ch. 3, 3bis, 5, 6, 7 let. b, 11, al. 3; 28 al. 1 let. c**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 22 Art. 45 Abs. 1 Bst. e**

*Antrag der Mehrheit*

e. die Einfuhr von Gegenständen durch eine steuerpflichtige Person; die Einfuhr eines Gegenstands ist ihr zuzuschreiben, wenn sie Warenverantwortliche gemäss Artikel 6 Buchstabe i BAZG-VG ist.

*Antrag der Minderheit*

(Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)

e. Streichen

**Ch. 22 art. 45 al. 1 let. e**

*Proposition de la majorité*

e. l'importation de biens par un assujetti; l'importation d'un bien doit lui être imputée s'il est responsable des marchandises conformément à l'article 6 lettre i, LE-OFDF.

*Proposition de la minorité*

(Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)

e. Biffer

**Präsidentin** (Riniker Maja, erste Vizepräsidentin): Über den Antrag der Minderheit Badran Jacqueline wurde bei Artikel 8 Buchstabe b BAZG-VG abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

*Adopté selon la proposition de la minorité*

**Ziff. 22 Art. 50**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

Für die Einfuhrsteuer durch nichtsteuerpflichtige Personen sind das BAZG-VG und das Zollabgabengesetz vom ... (ZoG) anwendbar, soweit das vorliegende Gesetz nicht abweichende Bestimmungen enthält.

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



*Antrag der Minderheit*

(Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Rys-  
ser, Wermuth)

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 22 art. 50**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

... s'appliquent à l'impôt sur les importations acquitté par des personnes non assujetties.

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ry-  
ser, Wermuth)

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Präsidentin** (Riniker Maja, erste Vizepräsidentin): Über den Antrag der Minderheit Badran Jacqueline wurde  
bei Artikel 8 Buchstabe b BAZG-VG abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

*Adopté selon la proposition de la minorité*

**Ziff. 22 Art. 51**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

**Ch. 22 art. 51**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

...

C. ...

3. ... et qui sont désormais assortis d'une autre de ces destinations, de la destination visée à l'article 24 alinéa  
1 lettre a, LE-OFDF ou de la même destination à d'autres conditions, ou

...

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 22 Art. 51a; 52 Abs. 1 Einleitung, Bst. b**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2024 N 299 / BO 2024 N 299



**Ch. 22 art. 51a; 52 al. 1 introduction, let. b**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 22 Art. 53**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

...

k. ... (Art. 24 Abs. 1 Bst. f BAZG-VG) zugeführt oder zur Lohnveredelung ...

...

*Abs. 1bis, 1ter, 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Ritter, Baumann, Buffat, Burgherr, Dettling, Glättli, Landolt, Müller Leo, Nicolet, Regazzi)

*Abs. 1 Bst. a*

a. ... geringfügigem Steuerbetrag, sofern für diese Gegenstände nachweislich im Herkunftsland keine Mehrwertsteuer zurückerstattet wurde; das EFD erlässt die näheren Bestimmungen;

**Ch. 22 art. 53**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

*Al. 1bis, 1ter, 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Ritter, Baumann, Buffat, Burgherr, Dettling, Glättli, Landolt, Müller Leo, Nicolet, Regazzi)

*Al. 1 let. a*

a. ... d'un impôt minime, pour autant qu'il soit prouvé que la TVA n'a pas été remboursée dans le pays d'origine; le DFF règle les modalités;

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28288)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 59 Stimmen

(4 Enthaltungen)

**Ziff. 22 Art. 54 Abs. 1 Einleitung, Bst. b, d-g, 2, 3 Bst. a, 4; 55–58; 59 Abs. 1, 2, 6; 60 Abs. 1, 2 Einleitung, Bst. a, 4; 61; 62; 63 Abs. 1; 64; 75a Abs. 2; 76b Abs. 2; 101 Abs. 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 22 art. 54 al. 1 introduction, let. b, d-g, 2, 3 let. a, 4; 55–58; 59 al. 1, 2, 6; 60 al. 1, 2 introduction, let. a, 4; 61; 62; 63 al. 1; 64; 75a al. 2; 76b al. 2; 101 al. 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*



**Ziff. 22 Art. 103**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Auf die Strafverfolgung ist mit Ausnahme der Artikel 63 Absätze 1 und 2, 69 Absatz 2, 73 Absatz 1 letzter Satz sowie 77 Absatz 4 das VStrR anwendbar. Bei der Einfuhrsteuer richtet sich das Verfahren zudem nach dem BAZG-VG.

*Abs. 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 22 art. 103**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

La DPA est applicable à la poursuite pénale, à l'exception des article 63 alinéas 1 et 2, 69 alinéa 2, 73 alinéa 1 dernière phrase et 77 alinéa 4. Pour l'impôt sur les importations, la procédure est en outre régie par la LE-OFDF.

*Al. 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 22 Art. 105 Abs. 2, 3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 22 art. 105 al. 2, 3**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 23–28**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 23–28**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 29, 30**

*Antrag der Kommission*

Streichen

**Ch. 29, 30**

*Proposition de la commission*

Biffer

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 34**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



**Ch. 34**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 52**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

mit Ausnahme von:

*Art. 53*

Gemäss geltendem Recht

*Antrag der Minderheit*

(Bendahan, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer, Ryser)

*Art. 31 Abs. 2*

... nach internationalen Standards. Als Referenzstandard gilt der OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten.

*Antrag der Minderheit*

(Glättli, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer, Ryser)

*Art. 34a Abs. 1 Bst. e*

e. für Schmelzprodukte: Erklärung des Herkunftslandes oder der Herkunftsländer. Das Zentralamt legt die geltenden Anforderungen in Übereinstimmung mit den internationalen Standards fest.

AB 2024 N 300 / BO 2024 N 300

*Antrag der Minderheit*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer)

*Art. 36 Abs. 2 Bst. i*

i. Die Überwachung der Pflichten der Inhaber der Schmelzbewilligung.

*Art. 36a*

*Antrag der Minderheit*

(Bendahan, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer, Ryser)

*Abs. 1*

Das Zentralamt informiert die Öffentlichkeit einmal im Jahr über die Ergebnisse seiner Prüfungen, indem es die Daten angibt, an denen die Prüfungen durchgeführt wurden, die Anzahl der Prüfungen ohne schwerwiegende Verletzungen gegen das EMKG und die Anzahl der Prüfungen mit schwerwiegenden Verletzungen gegen das EMKG angibt. Inhaber einer Schmelzbewilligung und Handelsprüfer sind mindestens einmal pro Jahr zu kontrollieren.

*Abs. 2*

Liegt eine schwere Verletzung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen vor, so kann das Zentralamt ihre Endverfügung nach Eintritt der Rechtskraft unter Angabe von Personendaten in elektronischer oder gedruckter Form veröffentlichen.

*Abs. 3*

Die Veröffentlichung ist in der Verfügung selber anzuordnen.



**Ch. 52**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral  
à l'exception de:

*Art. 53*

Selon droit en vigueur

*Proposition de la minorité*

(Bendahan, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer, Ryser)

*Art. 31 al. 2*

... les normes internationales. Le guide de l'OCDE sur le devoir de diligence des chaînes d'approvisionnement responsables en minerais provenant de zones de conflit ou à haut risque constitue la norme de référence.

*Proposition de la minorité*

(Glättli, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer, Ryser)

*Art. 34a al. 1 let. e*

e. pour les produits de la fonte: de la déclaration du ou des pays d'origine. Le bureau central fixe les exigences applicables en conformité avec les normes internationales.

*Proposition de la minorité*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer)

*Art. 36 al. 2 let. i*

i. surveiller le respect des obligations incombant aux titulaires de la patente de fondeur.

*Art. 36a*

*Proposition de la minorité*

(Bendahan, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Nussbaumer, Ryser)

*Al. 1*

Le bureau central informe le public une fois par an du résultat de ses contrôles, en indiquant la date à laquelle ils ont été réalisés, le nombre de contrôles n'ayant révélé aucune violation grave de la LCMP et le nombre de contrôles ayant révélé des violations graves de la LCMP. Les titulaires d'une patente de fondeur et les essayeurs du commerce doivent être contrôlés au moins une fois par an.

*Al. 2*

En cas de violation grave du droit de la surveillance, le bureau central peut publier sa décision finale, sous forme électronique ou imprimée, après l'entrée en force de celle-ci, en indiquant les données personnelles.

*Al. 3*

La publication doit être ordonnée dans la décision.

*Art. 31 Abs. 2 – Art. 31 al. 2*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28289)

Für den Antrag der Mehrheit ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 71 Stimmen

(2 Enthaltungen)



*Art. 34a Abs. 1 Bst. e – Art. 34a al. 1 let. e*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28290)

Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

Dagegen ... 120 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Art. 36 Abs. 2 Bst. i – Art. 36 al. 2 let. i*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28291)

Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

Dagegen ... 119 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Art. 36a*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28292)

Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen

Dagegen ... 118 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

## **2. Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben**

## **2. Loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane**

*Detailberatung – Discussion par article*

### **Titel und Ingress, Art. 1, 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### **Titre et préambule, art. 1, 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

### **Art. 3**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

... sind zollpflichtig, wenn:

a. die Warenverantwortliche gemäss Artikel 6 Buchstabe i BAZG-VG eine nichtsteuerpflichtige Person im Sinne des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) ist und es sich um eine Einfuhr von Waren handelt, bei welcher das BAZG die Mehrwertsteuer tatsächlich zu erheben hat, oder

b. die Waren anderen Ein- oder Ausfuhrabgaben gemäss Artikel 8 BAZG-VG als der Mehrwertsteuer auf der Einfuhr unterliegen und das BAZG diese anderen Ein- oder Ausfuhrabgaben tatsächlich zu erheben hat oder

c. die Waren tatsächlich vom BAZG zu erhebenden Zöllen gemäss Zolltarifgesetz (ZTG) unterliegen oder

d. die Warenverantwortliche gemäss Artikel 6 Buchstabe i BAZG-VG für sie Rückerstattungen von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Inlandabgaben geltend macht oder





- e. die Waren einer Warenbestimmung gemäss Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe d, e, f, g oder h BAZG-VG zugeführt werden oder
- f. auf die Waren eine ein- oder ausfuhrspezifische Massnahme (z. B. eine Bewilligungspflicht) nach einem nichtabgaberechtlchen Erlass tatsächlich Anwendung findet und das BAZG mit entsprechenden Vollzugsaufgaben betraut ist oder
- g. die Waren direkt von ausserhalb des gemeinsamen Sicherheitsraumes gemäss dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) ins Zollgebiet gelangen oder direkt vom Zollgebiet nach ausserhalb dieses Sicherheitsraumes gelangen.

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

Die Warenverantwortliche kann auch für nichtzollpflichtige Waren die Warenanmeldung gemäss BAZG-VG durchführen. Unterlässt sie dies, meldet sie die warenbezogenen Daten, welche für die Aussenhandelsstatistik gemäss Zolltarifgesetz (ZTG) zwingend notwendig sind, dem BAZG zusammengefasst je Kalendermonat.

*Antrag der Minderheit I*

(Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Götte, Hess Erich, Tuena)

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

Streichen

*Antrag der Minderheit II*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Michaud Gigon, Wermuth)

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

Streichen

**Art. 3**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

... de douane si:

- a. le responsable des marchandises selon l'article 6 lettre i, LE-OFDF est une personne non assujettie au sens de la loi sur la TVA (LTVA) et il s'agit de l'importation de marchandises sur lesquelles l'OFDF perçoit effectivement la TVA, ou
- b. les marchandises sont soumises à d'autres redevances d'importation ou d'exportation au sens de l'article 8 LE-OFDF que la TVA à l'importation et l'OFDF perçoit effectivement ces autres redevances d'importation ou d'exportation, ou
- c. les marchandises sont effectivement soumises aux droits de douane que l'OFDF perçoit selon la loi sur le tarif des douanes (LTaD), ou
- d. le responsable des marchandises selon l'article 6 lettre i, LE-OFDF fait valoir des redevances d'importation ou d'exportation ou des redevances nationales pour ces marchandises, ou
- e. les marchandises sont assorties d'une destination selon l'article 24 alinéa 2 lettres d, e, f, g ou h, LE-OFDF, ou
- f. une mesure spécifique aux importations ou aux exportations (par exemple un régime d'autorisation) s'applique effectivement aux marchandises en vertu d'un acte législatif ne relevant pas du droit fiscal et l'OFDF est chargé des tâches d'exécution correspondantes, ou
- g. les marchandises arrivent directement sur le territoire douanier en provenance d'une zone extérieure à l'espace de sécurité commun visé dans l'accord entre la Confédération suisse et la Communauté européenne relatif à la facilitation des contrôles et des formalités lors du transport des marchandises ainsi qu'aux mesures douanières de sécurité ou arrivent directement dans une zone extérieure à l'espace de sécurité commun en provenance du territoire douanier.

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Al. 3**

Le responsable des marchandises peut également procéder à la déclaration des marchandises selon la LE-OFDF pour les marchandises non soumises aux droits de douane. S'il ne le fait pas, il déclare à l'OFDF les données relatives aux marchandises nécessaires pour la statistique du commerce extérieur selon la LTaD de manière groupée par mois calendaire.

*Proposition de la minorité I*

(Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Götte, Hess Erich, Tuena)

**Al. 1**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Al. 3**

Biffer

*Proposition de la minorité II*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Michaud Gigon, Wermuth)

**Al. 1**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Al. 3**

Biffer

**Präsidentin** (Riniker Maja, erste Vizepräsidentin): Über die Anträge der Minderheiten I (Aeschi Thomas) und II (Ryser) wurde bei Artikel 13 BAZG-VG abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 4–8**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 9**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1, 2, 3–6*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2bis*

Das EFD kann festlegen, dass nur ein bestimmter Teil der importierten Waren der bestimmten Verwendung zugeführt werden muss, wenn:

a. die wirtschaftlichen Vorteile, die durch eine andere Verwendung der importierten Waren erzielt werden, vollumfänglich zur Vergünstigung der Waren genutzt werden, die der bestimmten Verwendung zugeführt werden, und

b. dadurch eine im öffentlichen Interesse liegende bestimmte Verwendung sichergestellt werden kann.

*Antrag Munz*

*Abs. 2bis*

Streichen

*Schriftliche Begründung*

Artikel 9 Absatz 2bis ZoG wäre eine Umsetzung der Motion Knecht 23.3833, "Stärkeproduktion in der Schweiz erhalten". Diese Motion wurde vom Ständerat als Erstrat angenommen. Der Nationalrat hat sie aber als Zweitrat am 11. Dezember 2023 abgelehnt. Auch der Bundesrat hat die Ablehnung der Motion empfohlen. Bevor der Nationalrat die Motion abgelehnt hat, fand sie mit dem neuen Artikel 9 Absatz 2bis Eingang ins Zollgesetz, das in der Beratung war. Als dann der Nationalrat die Motion im Dezember 2023 abgelehnt hat, wurde dieser neue Artikel nicht mehr aus dem Gesetz entfernt. Mit der Ablehnung der Motion Knecht 23.3833 im Dezember 2023





hat das Parlament seinen Willen zum Ausdruck gebracht. Es entspricht nicht den demokratischen Gepflogenheiten, nach nur gerade drei Monaten Artikel 9 Absatz 2bis trotzdem neu ins Gesetz aufzunehmen.

AB 2024 N 302 / BO 2024 N 302

**Antrag Bertschy***Abs. 2bis*

Streichen

**Schriftliche Begründung**

Die Mehrheit schafft eine Gesetzesgrundlage, um eine Wettbewerbsverzerrung beim nahezu zollfreien Import von Weichweizen und der Verarbeitung zu Backmehl zu legitimieren und die Ausbeutenorm zur Stärkeherstellung zu senken. Das ist wettbewerbspolitisch problematisch und hat Mindereinnahmen zur Folge. Der Selbstversorgungsgrad beim Brotgetreide beträgt beinahe 100 Prozent. Gelegentlich muss Schweizer Brotgetreide sogar zu Futtergetreide deklassiert werden. Es ist nicht ersichtlich, warum zusätzliche 9000 oder 10 000 Tonnen zollerleichtertes Weizenmehl in den Speisekanal zugeführt werden sollten, welche die inländischen Produzenten unfair konkurrenzieren und erst noch zu Zollaussfällen führen.

**Art. 9***Proposition de la commission**Al. 1, 2, 3–6*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2bis*

Le DFF peut décider que seule une partie déterminée des marchandises importées doivent être affectées à un certain emploi, si

- les avantages économiques réalisés par un autre emploi des marchandises importées sont utilisés intégralement pour favoriser les marchandises affectées à cet emploi, et
- cela permet de garantir que cet emploi est dans l'intérêt public.

*Proposition Munz**Al. 2bis*

Biffer

*Proposition Bertschy**Al. 2bis*

Biffer

*Abs. 2bis – Al. 2bis**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28295)

Für den Antrag Munz/Bertschy ... 96 Stimmen

Für den Antrag der Kommission ... 85 Stimmen

(9 Enthaltungen)

*Übrige Bestimmungen angenommen**Les autres dispositions sont adoptées***Art. 10, 11***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*



## 1a. Abschnitt Titel

### *Antrag der Kommission*

Besondere Zollrückerstattung für zur Lebensmittelherstellung eingesetzte Grundstoffe

## Section 1a titre

### *Proposition de la commission*

Procédure de remboursement spéciale appliquée aux produits de base utilisés dans la fabrication de denrées alimentaires

*Angenommen – Adopté*

## Art. 11a

### *Antrag der Mehrheit*

#### *Titel*

Rückerstattungsberechtigte Grundstoffe

#### *Abs. 1*

Für zur Lebensmittelherstellung eingesetzte Grundstoffe nach Absatz 2 wird die besondere Zollrückerstattung gewährt, wenn sie im Zollgebiet zu einem Lebensmittel be- oder verarbeitet und in dieser Form aus dem Zollgebiet verbracht werden.

#### *Abs. 2*

Die besondere Zollrückerstattung ist beschränkt auf:

- a. pflanzliche Speiseöle und Speisefette des Kapitels 15 von Anhang 1 ZTG;
- b. tierische Speiseöle und Speisefette des Kapitels 15 von Anhang 1 ZTG;
- c. Saccharose, ausgenommen Roh-Rohrzucker;
- d. andere Zucker und Melassen der Zolltarifnummern 1702 und 1703, ausgenommen Zucker, Sirupe und Melassen, aromatisiert oder gefärbt, sowie chemisch reine Fructose und Maltose;
- e. Hartweizen;
- f. Butter;
- g. Vogeleier in der Schale, frisch, als Verarbeitungseier für die Lebensmittelindustrie bestimmt.

#### *Abs. 3*

Für die Grundstoffe nach Absatz 2 sind die Voraussetzungen gemäss Artikel 29 Absatz 2 BAZG-VG zur Gewährung des aktiven Veredelungsverkehrs generell erfüllt. Auf diese Grundstoffe ist der Äquivalenzverkehr anwendbar.

### *Antrag der Minderheit*

(Bertschy, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

#### *Abs. 1*

... Grundstoffe nach dem Anhang wird die besondere Zollrückerstattung gewährt, wenn sie im Zollgebiet zu einem Lebensmittel der Zolltarifkapitel 15 bis 22 vom Anhang 1 ZTG be- oder verarbeitet und in dieser Form aus dem Zollgebiet verbracht werden.

#### *Abs. 2, 3*

Streichen

## Art. 11a

### *Proposition de la majorité*

#### *Titre*

Produits de base qui donnent droit au remboursement

#### *Al. 1*

Le remboursement des droits de douane est accordé pour les produits utilisés dans la fabrication de denrées alimentaires énumérés à l'alinéa 2, si ces produits sont traités ou transformés dans le territoire douanier et sont acheminés hors de ce territoire sous cette forme.

#### *Al. 2*

La procédure de remboursement spéciale s'applique uniquement aux produits de base suivants:

- a. huiles et graisses végétales comestibles du chapitre 15 de l'annexe 1 de la loi fédérale du 9 octobre 1986 sur le tarif des douanes (LTaD);
- b. huiles et graisses animales comestibles du chapitre 15 de l'annexe 1 LTaD;



- c. saccharose, excepté le sucre de canne brut;
- d. autres sucres et mélasses des numéros 1702 et 1703 du tarif des douanes sauf les sucres, sirops et mélasses aromatisés ou colorés ainsi que le fructose et le maltose chimiquement purs;
- e. froment dur;
- f. beurre;
- g. oeufs d'oiseaux, en coquilles, frais, importés en tant qu'oeufs de transformation destinés à l'industrie alimentaire.

Al. 3

Les conditions d'octroi du trafic de perfectionnement actif définies à l'article 29 alinéa 2, LEOFDF sont remplies de manière générale pour les produits de base au sens de l'alinéa 2. Le trafic fondé sur l'équivalence s'applique à ces produits de base.

AB 2024 N 303 / BO 2024 N 303

*Proposition de la minorité*

(Bertschy, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

Al. 1

... alimentaires énumérés en annexe, si ces produits sont traités ou transformés dans le territoire douanier en denrées alimentaires des chapitres 15 à 22 du tarif des douanes figurant dans l'annexe 1 LTaD et sont acheminés hors de ce territoire sous cette forme.

Al. 2, 3

Biffer

**Art. 11b**

*Antrag der Mehrheit*

*Titel*

Umfang der Rückerstattung

*Abs. 1*

Die Rückerstattung wird mengenmässig höchstens in dem Umfang gewährt, in dem insgesamt Grundstoffe gleicher Qualität und Beschaffenheit eingeführt werden.

*Abs. 2*

Die Rückerstattungsansätze richten sich nach den zum Zeitpunkt der Ausfuhr gültigen Einfuhrzollansätzen der berechtigten Grundstoffe und dürfen diese nicht übersteigen. Der Bundesrat kann Pauschalansätze festlegen.

*Abs. 3*

Der Bundesrat legt die Modalitäten der Berechnung der Menge berechtigter Grundstoffe und die Rückerstattungsansätze fest.

*Antrag der Minderheit*

(Bertschy, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

*Abs. 3*

Der Bundesrat legt das Ausmass, die Modalitäten ...

**Art. 11b**

*Proposition de la majorité*

*Titre*

Etendue du remboursement

Al. 1

Le remboursement est accordé au maximum pour la même quantité que celle des produits de base de même qualité et aux caractéristiques identiques qui ont été importés.

Al. 2

Pour les produits de base donnant droit au remboursement, les taux de remboursement sont déterminés sur la base des taux des droits d'entrée en vigueur au moment de l'exportation et ne doivent pas excéder ces derniers. Le Conseil fédéral peut fixer des taux forfaitaires.

Al. 3

Le Conseil fédéral fixe les modalités de calcul des quantités de produits de base donnant droit au remboursement et les taux de remboursement correspondants.



*Proposition de la minorité*

(Bertschy, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

*Al. 3*

Le Conseil fédéral fixe l'étendue, les modalités de calcul ...

**Art. 11c**

*Antrag der Mehrheit*

*Titel*

Voraussetzungen für die besondere Zollrückerstattung

*Abs. 1*

Die besondere Zollrückerstattung für zur Lebensmittelherstellung eingesetzte Grundstoffe wird gewährt, wenn:

- a. der Grundstoff nach Artikel 11a eine Ware des freien Verkehrs nach Artikel 6 Buchstabe d BAZG-VG ist;
- b. der Grundstoff nach Artikel 11a im Zollgebiet be- oder verarbeitet wurde;
- c. das bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnis ein Lebensmittel nach dem Bundesgesetz vom 20. Juni 2014 über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG) ist und keine Abweichung nach Artikel 3 Absatz 2 und 3 LMG vorliegt;
- d. das bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnis in der Warenbestimmung der Ausfuhr aus dem freien Verkehr oder in der Warenbestimmung der Einfuhr zur aktiven Veredelung (Abschluss) veranlagt wurde;
- e. die Absicht, die besondere Zollrückerstattung geltend zu machen, aus der Warenanmeldung beim Export hervorgeht; und
- f. bis spätestens Ende März des auf die Ausfuhr des Verarbeitungserzeugnisses folgenden Jahres ein vollständiges Rückerstattungs-gesuch beim BAZG eingereicht wird.

*Abs. 2*

Dabei können pflanzliche Speiseöle und Speisefette des Zolltarifkapitels 15 und tierische Speiseöle und Speisefette des Zolltarifkapitels 15 ausgetauscht werden.

*Antrag der Minderheit*

(Bertschy, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

*Abs. 1 Bst. b*

b. der Grundstoff nach Artikel 11a im Zollgebiet ausreichend be- oder verarbeitet wurde, wobei der Bundesrat festlegt, was als ausreichende Be- oder Verarbeitung gilt;

*Abs. 1 Bst. c*

c. das Verarbeitungserzeugnis ein Lebensmittel nach ...

*Abs. 1 Bst. d*

d. das Verarbeitungserzeugnis in der Warenbestimmung ...

*Abs. 2*

Streichen

**Art. 11c**

*Proposition de la majorité*

*Titre*

Conditions d'application de la procédure de remboursement spéciale

*Al. 1*

La procédure de remboursement spéciale s'applique, pour les produits de base utilisés dans la fabrication de denrées alimentaires, si

- a. le produit de base au sens de l'article 11a est une marchandise en libre pratique au sens de l'article 6 lettre d, LE-OFDF;
- b. le produit de base au sens de l'article 11a est traité ou transformé dans le territoire douanier;
- c. le produit traité ou transformé est une denrée alimentaire au sens de la loi fédérale du 20 juin 2014 sur les denrées alimentaires et les objets usuels (LDAI) et si aucune des restriction ou dérogation prévue à l'article 3 alinéa 2 et à l'article 3 LDAI ne s'applique
- d. le produit traité ou transformé a été placé sous le régime de l'exportation en libre pratique ou de l'importation pour perfectionnement actif (clôture);
- e. l'intention de faire valoir le remboursement dans le cadre de la procédure spéciale apparaît clairement dans la déclaration des marchandises à l'exportation; et



f. une demande de remboursement est déposée en bonne et due forme auprès de l'OFDF au plus tard à la fin du mois de mars de l'année suivant l'exportation du produit transformé.

*Al. 2*

Dans le cadre de cette procédure de remboursement spéciale, les huiles et graisses végétales comestibles du chapitre 15 du tarif des douanes et les huiles et graisses animales comestibles du chapitre 15 du tarif des douanes peuvent être échangées.

*Proposition de la minorité*

(Bertschy, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

*Al. 1 let. b*

b. le produit de base au sens de l'article 11 a est suffisamment traité ou transformé dans le territoire douanier, le Conseil fédéral fixant ce qui est considéré comme une ouvraison ou une transformation suffisante;

*Al. 1 let. c*

c. le produit transformé est une denrée ...

*Al. 1 let. d*

d. le produit transformé a été placé sous ...

AB 2024 N 304 / BO 2024 N 304

*Al. 2*

Biffer

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28296)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 78 Stimmen

(1 Enthaltung)

## **Art. 11d**

*Antrag der Kommission*

*Titel*

Rückerstattungsberechtigte Personen

*Abs. 1*

Die besondere Zollrückerstattung beantragen können:

a. die Inhaberin oder der Inhaber der Originalrezeptur der aus dem Zollgebiet verbrachten bearbeiteten oder verarbeiteten Erzeugnisse;

b. die Herstellerin oder der Hersteller der aus dem Zollgebiet verbrachten Verarbeitungserzeugnisse;

c. Drittpersonen, die von den Personen nach Buchstabe a oder b das mit dieser Bestimmung verbundene Recht nachweislich Verarbeitungserzeugnisse übertragen erhalten haben.

*Abs. 2*

Liegen für dasselbe Verarbeitungserzeugnis mehrere Rückerstattungsersuche vor, wird die besondere Zollrückerstattung der Person nach Buchstabe a und bei Fehlen einer solchen, der Person nach Buchstabe b entrichtet.

## **Art. 11d**

*Proposition de la commission*

*Titre*

Personnes ayant droit à un remboursement

*Al. 1*

Peuvent demander un remboursement selon la procédure spéciale:

a. le détenteur ou la détenteuse de la recette originale des produits traités ou transformés acheminés hors du territoire douanier;

b. les fabricants des produits transformés acheminés hors du territoire douanier;

c. les tiers auxquels les personnes mentionnées aux lettres a et b ont délégué, justificatifs à l'appui, les droits découlant de cette disposition.



*Al. 2*

Si plusieurs demandes de remboursement sont déposées pour le même produit transformé, le remboursement est accordé, dans le cadre de la procédure spéciale, à la personne désignée à la lettre a et, à défaut, à la personne désignée à la lettre b.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 11e**

*Antrag der Kommission*

*Titel*

Rückerstattungsverfahren

*Abs. 1*

Der Bundesrat legt die Modalitäten des Rückerstattungsverfahrens fest, namentlich:

- a. welche Angaben die Warenanmeldung beim Verbringen der bearbeiteten oder verarbeiteten Erzeugnisse aus dem Zollgebiet enthalten muss;
- b. welche Angaben das Rückerstattungsgesuch enthalten muss und welche Unterlagen vorzulegen sind.

**Art. 11e**

*Proposition de la commission*

*Titre*

Procédure de remboursement

*Al. 1*

Le Conseil fédéral règle les modalités de la procédure de remboursement, et définit en particulier

- a. les indications devant figurer dans la déclaration des marchandises pour l'acheminement des produits traités ou transformés hors du territoire douanier;
- b. les indications devant figurer dans la demande de remboursement et les documents à présenter.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 11f**

*Antrag der Kommission*

*Titel*

Bemessungsgrundlagen der besonderen Zollrückerstattung

*Abs. 1*

Für die besondere Zollrückerstattung ist derjenige in Artikel 11a Absatz 2 genannte Grundstoff massgebend, welcher in der Originalrezeptur des aus dem Zollgebiet verbrachten bearbeiteten oder verarbeiteten Erzeugnisses enthalten ist.

*Abs. 2*

Die besondere Zollrückerstattung bemisst sich nach der Eigenmasse des massgebenden Grundstoffes nach Absatz 1.

**Art. 11f**

*Proposition de la commission*

*Titre*

Bases de calcul du remboursement dans le cadre de la procédure spéciale

*Al. 1*

Sont déterminants pour le remboursement des droits de douane dans le cadre de la procédure spéciale les produits de base visés à l'article 11a alinéa 2, qui entrent, selon la recette originale, dans la composition des produits traités ou transformés acheminés hors du territoire douanier.

*Al. 2*

Le remboursement octroyé dans le cadre de la procédure spéciale est déterminé en fonction de la masse nette du produit de base visé à l'alinéa 1.

*Angenommen – Adopté*



**Art. 12–15**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 16**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Das BAZG erteilt auf Antrag hin gebührenfrei Auskunft über ...

*Abs. 2–5*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 6*

Das BAZG veröffentlicht Zolltarifauskünfte. Die Veröffentlichung muss ...

**Art. 16**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Sur demande, l'OFDF fournit gratuitement des renseignements ...

*Al. 2–5*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 6*

L'OFDF publie des renseignements en matière de tarif. La publication ...

*Angenommen – Adopté*

AB 2024 N 305 / BO 2024 N 305

**Art. 17–30**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif; 22.058/28297)

Für Annahme des Entwurfes ... 121 Stimmen

Dagegen ... 23 Stimmen

(46 Enthaltungen)

**Block 4 – Bloc 4**

*Befugnisse und Zusammenarbeit*

*Droits et coopération*

**Präsidentin** (Riniker Maja, erste Vizepräsidentin): Der Antrag der Minderheit I (Ryser) zu den Artikeln 90 und 91 BAZG-VG wird von Frau Michaud Gigon begründet, derjenige der Minderheit Ryser zu Artikel 188 BAZG-VG von Herrn Baumann.

**Aeschi** Thomas (V, ZG): Ich vertrete in diesem vierten Block eine Minderheit zu Artikel 90 des BAZG-Vollzugs-  
aufgabengesetzes auf Seite 54 der Fahne. Es geht hier um die gleiche Thematik wie bereits im ersten Block,  
und zwar möchte ich Ihnen beantragen, in Artikel 90, "Kontrollgebiet", einen neuen Absatz 1bis folgenden  
Wortlautes einzufügen: "Die Schweiz führt systematische Kontrollen an den Landesgrenzen durch."





Es gibt in ganz Europa zahlreiche Staaten – ich glaube, es sind zwölf an der Zahl –, die unterdessen systematische Kontrollen an den Landesgrenzen durchführen. Die sozialdemokratische Regierung von Dänemark führt seit mehreren Jahren systematische Kontrollen an der Grenze zu Deutschland durch. Wir haben Deutschland, das unterdessen eigentlich alle Grenzen kontrolliert, jene zu Frankreich, Polen, Österreich und seit Kurzem auch zur Schweiz, wie die Baslerinnen und Basler sehr gut wissen. (*Zwischenruf der ersten Vizepräsidentin: Es ist zu laut im Saal. Ich bitte Sie, die Gespräche draussen weiterzuführen; wir sind jetzt in der Beratung der Minderheiten, und ich bitte alle, Herrn Aeschi zuzuhören – danke. Bitte weiter, Herr Aeschi!*) Ich habe eine laute Stimme, ich führe die Diskussion gerne fort, ich bin überzeugt, man versteht mich auch so.

Ich habe gerade Deutschland erwähnt, das eigentlich an allen Grenzen systematische Kontrollen eingeführt hat. Die Kontrollen an den Grenzen Deutschlands sind sehr erfolgreich. Die illegalen Einreisen nach Deutschland sind doch relativ stark zurückgegangen. Wir haben Frankreich, das ebenfalls seit Jahren systematische Kontrollen an den Grenzen zu Spanien und Italien durchführt – da wurden sie sogar verschärft –, aber auch an den Grenzen zu den Benelux-Staaten und zur Schweiz. Es gibt weiter in Osteuropa Länder, die zahlreiche systematische Grenzkontrollen eingeführt haben. Also ganz Europa hat unterdessen systematische Grenzkontrollen an den Landesgrenzen. Das einzige Land, das diese noch nicht hat, so scheint es, ist die Schweiz. An dieser Stelle möchte ich doch die frühere Asylministerin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, bitten, diesem Antrag zuzustimmen, damit auch wir die Schweizer Grenzen systematisch kontrollieren können. Wir haben vorhin von einem Grenzwachter, Herrn Yvan Pahud aus unserer Fraktion, gehört, wie wichtig die systematischen Grenzkontrollen sind. Wenn Sie die Zahlen anschauen, ist die heutige Welt einfach eine andere.

Aufgrund von Hunderttausenden von Personen, die Jahr für Jahr illegal in die Schweiz einreisen, müssen auch wir den Rechtsstaat wiederherstellen. Herr Töngi, das ist, was ich heute früh sagen wollte: dass wir den Rechtsstaat wiederherstellen wollen. Wer kein Anrecht auf einen Aufenthaltstitel in der Schweiz hat, soll auch nicht einreisen dürfen. Hier gilt es, das Gesetz, die Rechtsordnung durchzusetzen. Es kann nicht sein, dass wir eine Grenzwahe mit mehreren tausend Personen unterhalten, und trotzdem kommen immer noch jährlich Hunderttausende von Illegalen in die Schweiz.

Ich bitte Sie entsprechend, hier unserem Minderheitsantrag, wonach auch die Schweiz systematische Kontrollen an den Landesgrenzen durchführen soll, zuzustimmen. Falls Sie das nicht tun, dann ist die SVP Schweiz sehr gerne bereit, in diesem Bereich eine Volksinitiative zu lancieren. Wir haben sie, die Grenzschutz-Initiative, bereits angekündigt, damit die Landesgrenzen endlich wieder systematisch kontrolliert werden. Ich denke, es wäre auch für Sie besser und einfacher, wir könnten das auf Gesetzesebene regeln; aber wir führen diese Diskussion auch sehr gerne in der Öffentlichkeit.

Sie sehen, wie die Zahl der durch illegale und abgewiesene Asylbewerber begangenen Kriminalfälle in den letzten Jahren massiv hochgeschwollen ist. Wenn Sie täglich oder zumindest wöchentlich durch den Hauptbahnhof in Zürich, hier in Bern, aber auch in Basel, Genf oder Lausanne gehen, dann sehen Sie, wie die Zahl der sich illegal in der Schweiz aufhaltenden Jugendlichen stark zugenommen hat. Zunehmend wird an diesen Bahnhöfen auch für einige Tage übernachtet, bevor man dann vielleicht weiterzieht oder eben auch nicht und hier in der Schweiz bleibt.

Hier gilt es, wieder Ordnung zu schaffen im Rechtsstaat Schweiz. Ich bitte Sie, diesen Antrag auf Wiederherstellung der Ordnung in der Schweiz zu unterstützen.

**Hess Erich (V, BE):** Ich komme zuerst zum Antrag meiner Minderheit bei Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe d. In Artikel 93 Absatz 1 wird aufgeführt, was das BAZG bezüglich physischer Kontrolle machen kann, sprich, welche Mittel es hat. Dort müssen wir zwingend auch die systematische Grenzkontrolle als Mittel aufführen. Diese Möglichkeit muss bestehen, um wirklich systematisch illegale Grenzeintritte kontrollieren zu können.

Sie mögen sich vielleicht noch an die Abstimmung zu Schengen/Dublin erinnern. Der Bundesrat wie auch das Parlament haben im Prinzip das Volk angelogen. Es hiess: Ja, wenn wir das Schengen/Dublin-Abkommen haben, kommen weniger Flüchtlinge; die Flüchtlinge werden im Erstland aufgenommen, die Verfahren werden dort durchgeführt. Was ist aber jetzt? Die Länder um uns herum halten das Abkommen nicht ein, und deshalb müssen wir hier zwingend wieder systematische Grenzkontrollen einführen. Sonst wandern erstens Leute in unser System ein und melden sich hier als Flüchtlinge, obwohl ihnen überhaupt gar kein Flüchtlingsstatus zusteht; zweitens wären die anderen Schengen/Dublin-Staaten zuständig, den Asylstatus abzuklären. Solange die anderen Schengen/Dublin-Staaten ihre Aufgabe nicht wahrnehmen, müssen wir zwingend die systematischen Grenzkontrollen wieder einführen.

Dann komme ich in Artikel 115 Absatz 2 zu meiner zweiten Minderheit. Dort geht es darum, dass jeder Mitarbeiter, der die Ausbildung abgeschlossen hat, einen Eid oder ein Gelübde ablegen muss. Dies steht schon jetzt so im Gesetz drin. Aber neu ist: Wenn sich der Mitarbeiter weigert, nach der Grundausbildung einen Eid



oder ein Gelübde abzulegen, soll er eine normale Kündigung bekommen. Jeder Mitarbeiter, der diese Ausbildung beginnt, weiss bereits von Anfang an, dass er nach der Ausbildung den Eid oder das Gelübde ablegen muss. Sprich: Das steht schon im Arbeitsvertrag. Deshalb bin ich dort ganz klar der Meinung, dass jemand die fristlose Kündigung erhalten muss, wenn er den Eid oder das Gelübde nicht ablegt. Denn er weiss bereits bei Stellenantritt, dass er diesen Eid ablegen muss.

So können wir für die Steuerzahler massiv Geld einsparen, denn wir müssen nicht eine teure Ausbildung bezahlen, und wir müssen eine Person auch nicht, wenn sie sich weigert, noch mehrere Monate lang beschäftigen. Das kann man mittels Arbeitsvertrag machen und auch mit dem Bundespersonalrecht sehr gut vereinbaren. Deshalb: Wer den Eid oder das Gelübde nicht ablegt, soll die fristlose Kündigung erhalten. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Unterstützung dieser beiden Minderheitsanträge!

AB 2024 N 306 / BO 2024 N 306

**Bendahan** Samuel (S, VD): Je vous parle de l'article 99 – courage, on arrive bientôt au centième! Enfin, pour cette loi-là. La majorité propose de biffer les lettres a à e de l'article 99 et, plutôt que de traiter et d'explicitier les compétences de l'OFDF, de renvoyer aux articles 7 à 10 et 100 à 114 de la loi.

Le problème dans cette manière de faire – et cela a été très clairement démontré par l'Office fédéral de la justice – est qu'en supprimant cette explicitation concrète et claire des moyens de l'OFDF, on perdrait le lien explicite avec la loi. Pourquoi? Parce que l'ensemble des compétences qui sont mentionnées dans les articles 100 à 114 ne couvrent pas tout ce qui est aujourd'hui proposé par le Conseil fédéral aux lettres a à e. Nous perdrons donc de la substance dans ce que permet cet article-là. Il faudrait donc maintenir les lettres a à e, qui explicitent clairement quelles sont les tâches visées aux articles 7 à 10.

Deuxièmement, il manque un aspect très important dans ce renvoi: le fait que cela n'est applicable qu'aux zones frontalières. Il s'agit d'un changement de substance important concernant ce qui peut être fait sur ce plan. Il est donc important d'en revenir à la proposition du Conseil fédéral, mais en suivant ma minorité qui ajoute une troisième condition: la transparence sur l'étendue du mandat. Il faut être clair: cette capacité doit être conforme au mandat de l'OFDF, plutôt que liée de manière abstraite et ne doit pas laisser une trop grande marge de manoeuvre.

Ces questions sont extrêmement sensibles, et il est donc aussi extrêmement important que l'étendue du mandat soit clarifiée et que, légalement, il soit spécifié que l'on ne puisse pas dépasser l'étendue de ce mandat.

**Glättli** Balthasar (G, ZH): Es ist gut, dass ich da bin, denn wir kommen hier zu einem Knackpunkt der Vorlage. Artikel 104 Absatz 3 BAZG-VG zur Erhebung der Fingerabdrücke gibt neu den Mitarbeitenden des Zolls Kompetenzen, welche die normale Polizei so nicht hat, und das erst noch auf eine Art und Weise, dass die Zollmitarbeitenden hier nicht derselben gemäss Strafrecht ordentlichen Aufsicht durch die Justiz ausgesetzt sind, wie das bei den kantonalen Polizeien der Fall ist. Auf gut Deutsch: Der Zoll hat mehr polizeiliche Kompetenzen als die Polizei und weniger justizielle Aufsicht als die Polizei. Sagen Sie dazu klar Nein, unterstützen Sie die Minderheit Glättli!

Wie wir das vorhin zum Glück bezüglich der Motion Knecht 23.3833 verhindern konnten, erleben wir auch hier wieder, dass durch die Hintertür versucht wird, einen Entscheid dieses Parlamentes zu kippen. Über diese Frage, unter welchen Bedingungen daktyloskopische Daten – Fingerabdrücke – erhoben werden dürfen, haben wir uns bereits ausgesprochen. Wir diskutierten das im Rahmen des DNA-Profil-Gesetzes, und beide Räte entschieden damals, dass keine solchen Daten für präventiv-polizeiliche Zwecke erhoben werden dürfen. Nun soll dem Zoll in präventiver Art erlaubt sein, was der Polizei richtigerweise nur erlaubt ist, wenn eine Person in einem Strafverfahren beschuldigt wird.

Sie werden nun möglicherweise einwenden, dass das BAZG ja teilweise auch als Strafverfolgungsbehörde des Bundes agiert und dass es auch ausländerrechtliche Kontrollaufgaben hat. Das stimmt. Aber genau für diese Fälle, nämlich dann, wenn es eben als Strafverfolgungsbehörde des Bundes oder für die ausländerrechtlichen Kontrollaufgaben agiert, gibt es schon Ausnahmen. Diese Ausnahmen sind bereits geregelt. Es braucht also hier nicht noch das Scheunentor aufgemacht zu werden.

Entsprechend bitte ich Sie, hier überzeugt Nein zu sagen. Es war auch in der Debatte in der Kommission ein wenig ein Problem, dass diese Fragen zwar in der Subkommission der Sicherheitspolitischen Kommission sehr intensiv diskutiert wurden, aber in der WAK – ich sage das jetzt mal so – das Flair für datenschutzrechtliche oder auch prozedurale Fragen etwas weniger stark verbreitet ist. Ich finde es höchst problematisch, wenn man aus dem Zoll und der Grenzschutz eine Superpolizei macht, der im Gegensatz zur Polizei jedoch nicht die wichtigen Grenzen gesetzt sind, die durch die Justiz festgelegt werden. Das war schon ganz am Anfang einer



der Schwachpunkte dieses Projekts.

Sie mögen sich vielleicht erinnern: Bei der Vernehmlassung hatte sich ursprünglich auch der Datenschutzbeauftragte sehr kritisch geäußert. In die Vernehmlassungsvorlage wurden nicht einmal die Rückmeldungen des Datenschutzbeauftragten eingearbeitet. Man sagte, man würde das dann später angehen. Das ist kein Vorwurf an die jetzige Bundesrätin – es ist ihr Vorgänger, der das zu verantworten hat. Jetzt sind wir in einer Situation, in der quasi nach dem Motto "Man bestellt, bis man nicht mehr essen mag" Daten gesammelt und bearbeitet werden dürfen. Wenn Sie Anhang 1 BAZG-VG anschauen, dann sehen Sie, bei wie vielen Kategorien quasi alle Mitarbeitenden des Zolls und der Grenzschutz Daten zum Teil nicht nur anschauen, sondern sogar mutieren dürfen. Das ist effektiv ein Problem.

Hier haben wir es mit den Fingerabdrücken zu tun. In Block 5 werden wir dann auch noch zu den sonstigen besonders schützenswerten Personendaten wie religiöse und politische Einstellungen kommen, wo ebenfalls ein Scheunentor geöffnet wird. So gern Sie die Bauern und Scheunentore haben – machen Sie dieses Scheunentor nicht auf.

**Molina Fabian** (S, ZH): Ich spreche zum Antrag meiner Minderheit bei Artikel 105 Buchstabe c BAZG-VG. Das BAZG hat diese Ergänzung gemäss Mehrheit abgelehnt und auf die allgemeine Anwendbarkeit des Zwangsanwendungsgesetzes (ZAG) hingewiesen, weil der beantragte Buchstabe c redundant ist zu Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a ZAG und deshalb aus Sicht des BAZG und auch aus unserer Sicht nicht notwendig ist.

Stellt eine Person eine Gefahr für andere dar, kann das BAZG ihr Verhaltensanweisungen geben, und hält sie sich nicht daran, so kann es eine Fesselung durchführen. Wenn diese Person für sich selbst eine Gefahr darstellt, dann kann das BAZG zum Schutz dieser Person bereits mit dem geltenden Recht im ZAG ebenfalls eine Fesselung durchführen.

Deshalb ist diese Ergänzung aus Sicht des BAZG und aus unserer Sicht nicht nötig, und ich bitte Sie, entsprechend auf diese Redundanz zu verzichten und meiner Minderheit zu folgen.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Comme cela a été convenu, je parle donc pour la minorité I (Ryser), aux articles 90 et 91, et pour la minorité II (Michaud Gigon) à l'article 111. Au sujet des articles 90 et 91 traitant des compétences et des tâches de contrôle de marchandises et de personnes de l'OFDF, la minorité I (Ryser) propose de suivre la version du Conseil fédéral. Ce n'est pas la première fois que l'on propose de suivre le Conseil fédéral. Visiblement, quand cela touche à trop de bureaucratie, trop de fonctionnaires, trop d'obstacles, vous êtes du même avis que nous, puisque vous posez ensuite des questions intelligentes à la tribune. Mais, après, vous ne suivez pas les minorités constituées de parlementaires des groupes socialiste, des Verts ou vert/libéral, qui vont dans le sens du Conseil fédéral. Je vais expliquer la suite malgré tout.

En effet, les propositions de la majorité visent une trop grande extension des compétences de l'OFDF, qui est contraire à la volonté des cantons et des polices cantonales. Pour revenir sur la remarque de notre collègue Müller, qui a dit que le groupe du Centre allait effectivement suivre la volonté des cantons, on a la possibilité de le faire en soutenant la proposition de minorité I (Ryser). La position de la majorité reviendrait, elle, à étendre le périmètre de contrôle et de surveillance de manière beaucoup plus large, alors qu'en matière de compétence territoriale, la compétence de l'OFDF dans la zone frontalière est la règle, et celle sur l'ensemble du territoire douanier plutôt l'exception à appliquer dans des cas spécifiques.

Les cantons tiennent donc, comme cela a été souligné lors de la consultation, à cette limitation géographique des activités et à la différenciation des compétences. La proposition de la majorité de la commission introduirait plusieurs nouveautés et des contrôles supplémentaires par rapport à la volonté du Conseil fédéral, dont le soupçon de menace pour la sécurité et l'ordre public qui, d'un point de vue constitutionnel, relève clairement de la compétence policière des cantons ou, en

AB 2024 N 307 / BO 2024 N 307

fonction de l'infraction, des autorités fédérales de poursuite pénale.

Notre minorité vise donc à suivre le Conseil fédéral aux articles 90 et 91 afin d'éviter cette extension des compétences.

La minorité II (Michaud Gigon) à l'article 111 concerne la demande de la majorité de l'extension aux "lieux publics ou accessibles à tous". Cet élargissement irait bien au-delà du droit en vigueur, qui se limite au territoire douanier, aux enclaves douanières et aux locaux de l'OFDF. Si cette disposition était acceptée, il serait donc possible de surveiller tous les lieux publics et accessibles à tous. Cela signifie donc, par exemple, qu'il pourrait y avoir des caméras de vidéosurveillance dans des lieux comme la Landsgemeinde d'Appenzell, si on va jusque-là.





La minorité Glättli, à l'article 104, traite également de l'accès à des données sensibles et de la surveillance. Je me permets juste, en français, de dire un mot à ce sujet: elle propose de biffer l'ajout de l'instrument des données dactyloscopiques, qui constituerait une trop grande extension de la collecte des données par rapport à la réglementation en vigueur. Cette question avait été longuement débattue déjà dans la loi sur les profils d'ADN et nos deux conseils avaient décidé qu'aucune donnée dactyloscopique ne pouvait être collectée à des fins préventives et policières, mais uniquement lorsqu'une personne est mise en cause dans une procédure pénale. Or, c'est précisément ce qui serait modifié par la disposition que propose la majorité, qui étendrait donc la collecte préventive des empreintes digitales, ce que le législateur a explicitement rejeté il y a seulement deux ans. Il existe certes des exceptions, par exemple lorsque l'OFDF agit comme autorité de poursuite pénale de la Confédération, mais ces exceptions sont aujourd'hui déjà réglées dans le droit en vigueur.

**Baumann** Kilian (G, BE): Artikel 113 BAZG-VG betreffend das Tragen und den Einsatz von Waffen und Hilfsmitteln ist sehr allgemein und offen formuliert. Der vorliegende Minderheitsantrag möchte diese Formulierung präzisieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit sollen nur dann Waffen tragen dürfen, wenn sie bei ihrer Tätigkeit tatsächlich einer möglichen Bedrohung ausgesetzt sind, und nicht, wenn sie einer Bedrohung nur ausgesetzt sein können. Bei vielen Tätigkeiten des Zolls, etwa im Bereich der Warenabfertigung, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keinerlei Bedrohung ausgesetzt. Es ist nicht ersichtlich, warum auch Mitarbeitende in solchen Funktionen bewaffnet werden sollen. Die offen gehaltene Formulierung, wie sie der Bundesrat beantragt, ermöglicht aber auch die Bewaffnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in solchen Funktionen. Sie führt zu einer grundsätzlichen Ausweitung der Bewaffnung von rund 2000 auf 3000 Mitarbeitende des Zolls, was ungerechtfertigt und nicht bedarfsgerecht ist.

Der vorliegende Minderheitsantrag will die Ausweitung der Bewaffnung auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschränken, welche bei ihrer Tätigkeit tatsächlich auch möglichen Bedrohungen ausgesetzt sind. Dieser Antrag wurde auch von der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates gestellt, und Garanto, die Gewerkschaft des Zollpersonals, unterstützt das Anliegen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag meiner Minderheit zuzustimmen.

Jetzt noch zur Minderheit Ryser, deren Begründung ich übernehme: Artikel 188 verpflichtet das Personal von Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen, das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit beim Aufgabenvollzug unentgeltlich zu unterstützen. Die Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen sind in der Regel nicht direkt an den Verfahren beteiligt. Die Kontrollen werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit durchgeführt, doch für die Durchführung bestimmter Kontrollen, vor allem im Bereich des Eisenbahn-, Luft- und Schiffsverkehrs, ist das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit auf die Unterstützung von Spezialistinnen und Spezialisten angewiesen. Dabei geht es etwa um das Manövrieren, Rangieren oder Sichern der zu kontrollierenden Fahrzeuge. Dafür braucht es speziell ausgebildetes Personal, worüber das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit nicht verfügt. Die komplette Streichung von Artikel 188, wie von der Kommissionsmehrheit verlangt, würde bedeuten, dass das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit eigens entsprechend spezialisiertes Personal zur Verfügung stellt, um Kontrollen im Bereich des Eisenbahn-, Luft- und Schiffsverkehrs durchzuführen, was wir als nicht zielführend erachten.

Um einen reibungslosen und sicheren Vollzug der Kontrollen mit einem verhältnismässigen Aufwand zu gewährleisten, bitte ich Sie, bei Artikel 188 dem Bundesrat zu folgen und somit dem Antrag der Minderheit Ryser zuzustimmen.

**Tuena** Mauro (V, ZH): Bei dieser Minderheit geht es eigentlich um ein politisches Anliegen, das die SiK unterstützt hat, das in der WAK dann aber keine Mehrheit gefunden hat. Es ist ein Anliegen, das die Minderheit nicht von sich aus gebracht hat, sondern das von der KKJPD kommt.

Sie haben in der Zwischenzeit nochmals einen Brief von der KKJPD erhalten. Es geht um grenzüberschreitende Kriminalität, nämlich um die Frage: Kann man von jemandem ein DNA-Profil erstellen bzw. einen DNA-Abgleich machen, wenn ein Verdacht auf ein Verbrechen auf dem Tisch liegt? Wir kommen dann zu einem späteren Zeitpunkt noch dazu. Hier gab es eine WAK-Mehrheit. Allerdings hat eine Minderheit aus Ihren Reihen, also links von mir, die Frage aufgeworfen, ob man das auch bei Fingerabdrücken tun können soll.

Jetzt muss ich Sie schon fragen: Überlegen Sie sich einmal, was grenzüberschreitende Kriminalität heisst. Das heisst, jemand kommt in unser Land, z. B. mit einer Sturmmaske, einem Geissfuss usw.; man könnte annehmen, dass diese Person später ein Verbrechen verübt und dann wieder weggeht. Da wollen Sie es bezüglich dieser Minderheit effektiv nicht ermöglichen, dass hier eine DNA-Probe genommen wird? Dafür habe ich kein Verständnis und, ich habe es gesagt, die KKJPD auch nicht.

In der Kommissionsdiskussion wurde immer wieder gesagt, es sei ein politischer Entscheid. Aber ich möchte



Ihnen sagen: Wir wollen politisch erreichen, dass wir diese Leute in der grenzüberschreitenden Kriminalität erfassen können. Wenn Sie die Zahlen anschauen, woher die Leute kommen, die solche Delikte verüben, dann ist es definitiv so, dass man vielleicht froh sein kann, wenn man bei der einen oder anderen Person einen DNA-Abgleich hat und diesen dann später auch vergleichen kann. So weiss man, wer einen Einbruch oder ein Gewaltdelikt oder dergleichen verübt hat.

Ich möchte Sie wirklich bitten, hier diesem Minderheitsantrag zuzustimmen, der KKJPD zu folgen und damit jene Leute, die an der Front sind, zu unterstützen.

**Müller Leo (M-E, LU):** In diesem Block haben wir insgesamt zwölf Minderheitsanträge zu behandeln. Davon lehnen wir von der Mitte-Fraktion deren elf ab, einer Minderheit stimmen wir zu. Jetzt aber der Reihe nach:

Bei Artikel 90 BAZG-VG lehnt die Mitte-Fraktion die Minderheit I (Ryser) und die Minderheit II (Aeschi Thomas) ab, bei Artikel 91 BAZG-VG lehnt sie die Minderheit I (Ryser) ab. Die Mehrheit schlägt vor, das Kontrollgebiet, den Gegenstand der Kontrolle und die Wahrung der kantonalen Kompetenzen klarer und unmissverständlicher zu regeln. Dies ist ein Vorschlag, der von der Arbeitsgruppe Hofmann und letztlich über die SiK eingebracht wurde; er trägt auch dem Anliegen der Kantone Rechnung. Somit weicht die Mehrheit der Kommission vom Entwurf des Bundesrates ab, während die Minderheiten Ryser und Aeschi Thomas vom Anliegen der Kantone abweichen. Im Namen unserer Fraktion bitte ich Sie deshalb, der Mehrheit zu folgen.

Die Mitte-Fraktion lehnt auch den Antrag der Minderheit Hess Erich zu Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe d BAZG-VG ab. Die Minderheit Hess Erich will eine Regelung, die die Bestimmungen aus dem Schengen-Recht nicht zulassen. Es stellt sich auch die Frage der systematischen Grenzkontrollen – ich habe es heute schon einmal gesagt -: Wenn man diese möchte, darf man sie nicht im BAZG-VG regeln, sondern man müsste es andernorts tun.

Bei Artikel 99 BAZG-VG bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen. Die Auflistung im Einzelnen ist bei diesem Artikel nicht nötig,

**AB 2024 N 308 / BO 2024 N 308**

vielmehr soll auf die entsprechenden Artikel verwiesen werden, in denen diese Aufzählung aufgeführt ist. Das vermeidet auch allfällige Widersprüche.

Im Namen der Mitte-Fraktion bitte ich Sie weiter, bei Artikel 104 Absatz 3 BAZG-VG ebenfalls der Mehrheit zuzustimmen und die Minderheit Glättli abzulehnen. Beim Mehrheitsbeschluss handelt es sich wiederum um ein Anliegen der Kantone. Eine solche Grundlage zur Erhebung daktyloskopischer Daten muss möglich sein, um die Identität von verdächtigen Personen zweifelsfrei feststellen zu können. Dieses Instrument ist den Zollbehörden in die Hand zu geben.

Bei Artikel 105 BAZG-VG unterstützt die Mitte-Fraktion ebenfalls die Mehrheit. Mit der Erwähnung in Buchstabe c soll Transparenz geschaffen werden; diese Regelung geht aus dem Zwangsanwendungsgesetz (ZAG) hervor.

Bei Artikel 111 BAZG-VG entspricht der Antrag der Mehrheit wiederum einem Anliegen der Kantone. Es zeigt sich hier, wie die Mitte-Fraktion konsequent die Anliegen der Kantone aufnimmt. Deshalb bitten wir Sie, hier der Mehrheit zu folgen und sowohl die Minderheit I (Bendahán) als auch die Minderheit II (Michaud Gigon) abzulehnen.

Bei der Minderheit Baumann zu Artikel 113 Absatz 1 BAZG-VG bitten wir Sie, der Mehrheit zu folgen. Es kann nicht sein, dass die Mitarbeitenden des BAZG nicht Waffen tragen dürfen, bevor sie sich in konkreter Gefahr befinden. Wenn die Mitarbeitenden zuerst nachweisen müssten, dass sie in einer bedrohlichen Situation sind, bevor sie eine Waffe tragen dürfen, ist das schwierig, ja sogar unmöglich. Deshalb bitte ich Sie im Namen unserer Fraktion, auch hier der Mehrheit zu folgen.

Ebenfalls bitte ich Sie, bei Artikel 115 Absatz 2 BAZG-VG der Mehrheit zu folgen und die Minderheit Hess Erich abzulehnen.

Dann haben wir noch zwei Minderheiten. Die eine, die Minderheit Ryser, ist zu Artikel 188 BAZG-VG. Die Mehrheit will diesen Artikel streichen. Der Bundesrat will mit seinem Entwurf, dass das Personal von Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen, insbesondere im Bereich des Eisenbahn-, Luft- und Schiffsverkehrs, das BAZG beim Aufgabenvollzug unentgeltlich unterstützen muss.

Jetzt zur letzten Minderheit, der Minderheit Tuena, die wir unterstützen; sie bezieht sich auf Anhang 12a des Bundesgesetzes über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen. Auch die Kantone haben dieses Anliegen eingebracht; sie wünschen, dass sie diese DNA-Profile wie bis anhin erstellen können. Ursprünglich sah der Bundesrat diese Möglichkeit im Vernehmlassungsverfahren vor, dann hat er diese Regelung wieder aus dem Gesetz herausgestrichen.



Wie gesagt, die Kantone legen grossen Wert darauf, dass wir das in der parlamentarischen Beratung wieder aufnehmen. In diesem Sinne bitte ich Sie hier, der Minderheit Tuena zu folgen.

**Schlatter** Marionna (G, ZH): Im Block 4 geht es um den eigentlichen Knackpunkt der Vorlage, nämlich die tangierte Kompetenzteilung zwischen dem BAZG und den Kantonen. Es war ja genau dieser Punkt, der in der ersten Beratung dazu führte, dass die Kantone die Vorlage derart kritisierten und dass im Anschluss daran diese Arbeitsgruppe Hofmann zu ihrem Sondervernehmlassungsverfahren eingeladen worden ist. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe Hofmann wurden ja beinahe tel quel übernommen. Das erstaunt natürlich überhaupt nicht, denn ohne Übernahme gäbe es keine Unterstützung durch die Kantone. Es ist quasi eine Erpressung.

Inhaltlich sind die Anträge zum Teil aber sehr schwierig. So hat das Bundesamt für Justiz in einem Bericht aufgezeigt, dass es bei gewissen Anträgen eben doch um eine krasse Ausweitung der Kompetenzen des BAZG geht und es eben doch Überschneidungen mit den Kompetenzen der Kantonspolizeien gibt. Das BAZG kann in Zukunft beispielsweise Personen in der ganzen Schweiz auf ihren Aufenthaltsstatus kontrollieren. Es ist doch offensichtlich, dass das in die Polizeihoheit der Kantone eingreift. Das BAZG erhält also viele polizeiliche Kompetenzen, wie die Fahndung nach Personen und Transportmitteln, die Bekämpfung rechtswidriger Ein- und Ausreisen sowie Aufenthalte und die Bekämpfung grenzüberschreitender illegaler Handlungen. Aber es gibt keine gemäss Strafrecht ordentliche Aufsicht durch die Justiz wie im Falle der Kantonspolizeien. Das ist rechtsstaatlich höchst problematisch, und es ist klar, dass das in Zukunft die Gerichte beschäftigen wird.

Ein offensichtliches Beispiel dafür ist Artikel 111. Die Grüne Fraktion unterstützt dort den Antrag der Minderheit II (Michaud Gigon). Es geht um die Frage, wo das BAZG Überwachungskameras installieren darf. Bislang war die Bildüberwachung in den Räumlichkeiten des BAZG, in Zollfreilagern und im Grenzraum gestattet. Jetzt ist aber eine massive Ausweitung vorgesehen, wonach die Bildüberwachung überall in der Schweiz gemacht werden kann. Das ist völlig unverhältnismässig. Die Einschränkungen, welche die Kantonspolizeien bei der Installation von Überwachungsgeräten haben, gelten für den Zoll nicht. Was passiert denn beispielsweise mit all den Aufnahmen, die diese Überwachungsgeräte machen?

Ein besonderes Augenmerk verdient in diesem Block auch der Antrag der Minderheit Baumann zu Artikel 113. Es geht dort um die Bewaffnung der Mitarbeitenden des Zolls. Die Minderheit Baumann beantragt eine sanfte Einschränkung, wonach Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur dann bewaffnet werden sollen, wenn sie gefährlichen Situationen ausgesetzt sind. Gerne erinnere ich kurz daran, dass mit Dazit ohne gesetzliche Grundlage ein neues Berufsbild eingeführt wurde, welches die Trennung zwischen bewaffneten Tätigkeiten durch das Grenzwachtkorps und unbewaffneten Tätigkeiten durch den Zollfachmann und die Zollfachfrau erschwert. Mit dem Zusammenführen dieser Tätigkeiten stellte sich eben die Frage der Bewaffnung. Mit der offenen Formulierung, die im Entwurf des Bundesrates vorgesehen ist, wären die Mitarbeiter des BAZG jederzeit bewaffnet. Diese grundsätzliche Ausweitung der Bewaffnung von rund 2000 auf rund 3000 Mitarbeitende ist aber insbesondere bei der Warenabfertigung ungerechtfertigt und nicht bedarfsgerecht. Es war denn auch eine zentrale Forderung der GPK-S, dass die Zahl der Personen, die mit Sicherheitsaufgaben betraut sind, Uniform und Waffe tragen und Zugang zu sensiblen Daten haben, nicht signifikant erhöht wird. Die Präzisierung im Minderheitsantrag Baumann trägt dieser Unschärfe Rechnung.

Die Minderheitsanträge der SVP-Fraktion lehnt die Grüne Fraktion ab.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zur Minderheit Tuena sagen. Das Parlament hat in der letzten Legislatur das DNA-Profil-Gesetz revidiert. Es wurde in diversen Stunden in beiden Räten differenziert beraten. Wir haben Zeit in die Debatte über die Einschränkung der Grundrechte investiert. Herausgekommen ist ein Kompromiss, mit dem wir alle leben konnten – er ist so, wie unser Parlament eigentlich legiferieren sollte. Dass dieser Kompromiss hier jetzt einfach wieder ausgehebelt werden soll, via Monstergesetz, einfach unter dem Radar, finden die Grünen höchst problematisch.

Bitte lehnen Sie den Antrag der Minderheit Tuena aus staatspolitischen Gründen ab.

**Dandrès** Christian (S, GE): La détermination du groupe socialiste sur les mesures de contrainte et de surveillance est simple: il faut que le cadre de référence reste le code de procédure pénale, la loi sur l'usage de la contrainte et la loi sur les profils d'ADN.

Cela a été rappelé à plusieurs reprises et je le fais encore: le Parlement a révisé le code de procédure pénale en 2022. C'est une loi en vigueur, qui prend en considération la situation qui prévaut aujourd'hui, y compris sur le territoire douanier.

Le groupe socialiste souhaite également que les mesures qui portent atteinte aux libertés personnelles, à l'intégrité et aux droits de la personnalité des administrés soient clairement délimitées dans la loi et soumises au principe de la proportionnalité, et au principe de la légalité.



Il faut rappeler que le Parlement est le garant du respect des droits et des libertés fondamentales de la population. Ce sont ces principes qui doivent guider nos pas, également dans le traitement de ce projet.

AB 2024 N 309 / BO 2024 N 309

Nous devons jouer notre rôle de garde-fou. Pourquoi? Parce que l'administration est souvent mue par l'objectif qui lui a été fixé, et il peut parfois arriver que cet objectif l'amène à ne pas prendre en considération les droits des individus. Concernant l'administration des douanes, durant la période du COVID-19, il y a eu des exemples, puisque l'état-major de l'administration avait pris des ordres d'engagement qui allaient au-delà des ordonnances du Conseil fédéral et même de la Constitution s'agissant de la possibilité, pour un Suisse ou une Suissesse, de regagner le territoire suisse.

Le problème de ce projet est qu'il vise à élargir les compétences des douanes à des missions de police et de police judiciaire. En plus de la séparation des pouvoirs, le projet pose la question de la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons. Nous ne voulons pas qu'avec ce projet soit institué, par la bande, une sorte de police fédérale chargée de tâches de poursuite et de prévention des infractions hors du cadre douanier, qui plus est avec des pouvoirs plus larges que ceux des polices judiciaires. Il faut regretter d'ailleurs que la majorité ait encore épaissi le trait dans plusieurs domaines. Là encore, il n'est pas question pour le groupe socialiste de modifier le principe selon lequel les tâches de sécurité publique et de police incombent aux cantons. Nous refusons par ailleurs de permettre aux douanes de devenir la police fédérale de l'immigration comme le souhaite le groupe UDC.

Je reviendrai rapidement sur les quelques points qui paraissent les plus problématiques. Concernant les données biométriques, nous ne voulons pas que les agents des douanes obtiennent le droit de collecter des données personnelles biométriques à titre préventif, comme le souhaite la majorité à l'article 104. Les agents des douanes auraient ainsi plus de pouvoir qu'un procureur. Je ne crois pas qu'on puisse défendre cela.

Concernant les appareils de prises de vues et de transmission, il y a également un problème. La majorité a décidé d'étendre l'utilisation de ces instruments par les agents des douanes dans l'espace public, donc hors du territoire douanier, ce qui ne va pas.

Concernant l'armement, nous estimons nécessaire que le cercle des personnes autorisées à porter une arme soit clairement défini, en référence à une fonction ou à un rattachement à une unité administrative confrontée à une menace objective. Je réponds ainsi au groupe du Centre: la menace est en principe liée à une tâche. Evidemment, une personne qui travaille dans un bureau de douane ne sera pas confrontée au même problème qu'une personne qui doit faire une fouille dans un cadre très délicat. Il faut éviter qu'un agent puisse parfois porter l'arme et parfois ne pas la porter, parce que nous aurions ainsi des difficultés à lui assurer une formation régulière et adéquate. Lorsqu'il aurait besoin d'utiliser son arme, il constituerait un danger pour lui-même et pour les administrés.

Concernant le profilage ADN, le groupe socialiste veut en rester à l'application du code de procédure pénale et de la loi sur les profils d'ADN. Ce Parlement a choisi de limiter strictement cette mesure à la manifestation de la vérité en cas de poursuite d'une infraction déjà réalisée ou en présence d'actes préparatoires. Il est donc judicieux de ne pas prévoir un régime spécial dans la loi sur les douanes. Pour l'identification des personnes, des mesures mieux proportionnées existent et suffisent. Les travaux parlementaires ont permis d'en attester. En ce qui concerne la poursuite et la prévention des infractions, le code de procédure pénale offre un cadre complet et efficace. A noter que le profilage est décidé dans ce cadre par un magistrat ou, dans certains cas, par la police, mais jamais par l'administration, comme c'est prévu ici. En cas de soupçon d'infraction d'une personne dans la zone douanière ou lors d'un passage à la frontière, c'est aux autorités de poursuites pénales d'agir.

Nous rejeterons donc la proposition de la minorité Tuena.

Enfin, nous ne souhaitons pas que cette loi devienne le support de la politique migratoire et sécuritaire du groupe UDC. Nous refuserons la mise en place d'un contrôle systématique aux frontières, qui serait d'ailleurs matériellement impossible. Pour un canton comme Genève, d'où je viens, où 108 000 frontaliers passent la frontière deux fois par jour, assurer un contrôle systématique, en plus d'être une absurdité, serait impossible. Le groupe socialiste vous invite donc à suivre ses minorités ainsi que celles du groupe des Verts et à rejeter toutes les autres propositions de minorité.

**Schneeberger** Daniela (RL, BL): In Block 4 ist vor allem die Kontrolle von Waren, Personen und Transportmitteln enthalten. Dass das BAZG entsprechende Kontrollen an den Grenzen oder im Inland vornehmen soll, ist unbestritten und wird bereits heute so gehandhabt. Aufgrund der Intervention der Kantone wurden diese nun genauer definiert. Die Präzisierungen der Kommissionsmehrheit in Artikel 90 machen Sinn und schliessen



die Lücken im Entwurf des Bundesrates. Artikel 99 und Artikel 104 entsprechen wiederum Vorschlägen der Arbeitsgruppe Hofmann.

Bei Artikel 104 werden dem BAZG auf Wunsch der Kantone die gleichen Kompetenzen verliehen. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität soll das BAZG nach Ansicht der Kantone weiterhin Fingerabdruckdaten ausserhalb eines hängigen Strafverfahrens präventiv zu polizeilichen Zwecken erheben können. Ebenfalls werden in den nachfolgenden Artikeln gemäss Mehrheit die Details bei einer Personenkontrolle genau definiert und vor allem in Artikel 111 die automatisierte Fahrzeugfahndung und die Erfassung der Kontrollschilder mittels Bildübertragungs- und Bildaufzeichnungsgeräten geregelt. Hier folgen wir überall der Mehrheit. Auch dies war eine Forderung der Kantone.

Bei Artikel 113 geht es darum, dass jene Leute, die an der Grenze oder im Grenzraum Zollkontrollen durchführen, bewaffnet sind. Die Bewaffnung muss aber dort erfolgen, wo Personen tatsächlich mit möglichen Gefahren konfrontiert sind. Wir sind hier der Ansicht, dass das in Artikel 113 Absatz 1, den Sie auf Seite 69 der Fahne sehen, auch entsprechend wiedergegeben ist. Diese Leute sind an der Waffe ausgebildet und können trainieren, damit sie im Ernstfall sich selbst, Kollegen und auch die Öffentlichkeit schützen können. Das ist mit diesem Artikel gewährleistet. Man weiss bei solchen Kontrollen schliesslich nie, wer ihnen da gegenübersteht. Uns ist die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig, sie hat höchste Priorität. Wir folgen hier der Mehrheit.

Bei Artikel 188 geht es um die Mitwirkungspflicht des Personals von Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen. Die generelle Unentgeltlichkeit der Mitwirkungspflicht von Infrastrukturbetreibern gegenüber dem BAZG, wie sie in Artikel 188 gefordert wird, ist nach unserer Sicht nicht haltbar, da der Umfang dieser Mitwirkungspflicht sowie die Anordnungskompetenz des BAZG im Gesetzeslaut nicht eingegrenzt wird. Eine für die Logistik- und Zollprozesse notwendige Zusammenarbeit zwischen den genannten Stellen ist in der Praxis ohnehin gegeben. Dafür braucht es keine separate gesetzliche Grundlage. Wir werden daher der Mehrheit folgen, um diese Bestimmung zu streichen.

Bei Ziffer 12a gibt es eine Minderheit Tuena. Wir werden diese Minderheit unterstützen. Die Arbeitsgruppe zur Zollgesetzrevision – wir haben es schon gehört – hat hier explizit den Wunsch eingebracht, die in der Vernehmlassungsfassung des BAZG-VG vorgesehenen Anpassungen des DNA-Profil-Gesetzes wieder in die Vorlage aufzunehmen. Das konnten Sie in diesen Tagen auch dem Schreiben der KKJPD entnehmen. Mit der Erstellung von DNA-Profilen im Rahmen der Identitätsprüfung an der Grenze leistet das BAZG einen im Sicherheitsverbund Schweiz anerkannten, gerichtlich bislang stets bestätigten und nachweislich erheblichen Beitrag zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie zur Wahrung der inneren Sicherheit des Landes und zum Schutz der Bevölkerung. Das ist ganz in unserem Sinne, und deshalb folgen wir hier der Minderheit Tuena.

**Keller-Sutter** Karin, Bundesrätin: Ich gebe Ihnen gerne die Empfehlungen des Bundesrates bekannt. Es gibt in diesem Block, Sie haben es ja gehört, einige Anträge der Arbeitsgruppe Hofmann. Ich möchte noch einmal festhalten, was ich schon eingangs gesagt habe: Es geht hier nicht um eine

AB 2024 N 310 / BO 2024 N 310

Ausweitung der Kompetenzen des BAZG, sondern es geht darum, dass diese Kompetenzen in der Arbeitsgruppe Hofmann präzisiert und etwas anders formuliert wurden, was bei den Kantonen zur Vertrauensbildung beigetragen hat. Das gilt für die Artikel 190 und 191 BAZG-VG. Hier empfehle ich Ihnen, die Mehrheit zu unterstützen, bei Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe d BAZG-VG ebenfalls. Auch bei Artikel 99 BAZG-VG ist die Mehrheit zu unterstützen.

Ich überspringe Artikel 104; wir kommen zu Artikel 105 Buchstabe c BAZG-VG. Dort empfehle ich Ihnen, die Minderheit zu unterstützen. Die Ergänzung, die hier vorgeschlagen wird, ist aus unserer Sicht nicht notwendig. In Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a des Zwangsanwendungsgesetzes ist bereits geregelt, dass polizeilicher Zwang bzw. polizeiliche Massnahmen zur Abwehr von Gefahr angewendet werden dürfen. Darunter ist auch zu verstehen, dass eine Person eine Gefahr für sich oder Dritte werden könnte. Die Regelung, dass das Zwangsanwendungsgesetz anwendbar ist, soweit das BAZG-VG keine ausdrücklich abweichenden Bestimmungen enthält, findet sich in Artikel 100 Absatz 1 BAZG-VG. Ich beantrage Ihnen, hier die Minderheit zu unterstützen. Zu Artikel 111 BAZG-VG: Auch hier bitte ich Sie, die Mehrheit zu unterstützen. Hier geht es wiederum um einen Antrag der Arbeitsgruppe Hofmann; er präzisiert die Örtlichkeiten, die überwacht werden, und berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung.

Dann empfehle ich Ihnen die Mehrheit bei Artikel 113 Absatz 1 BAZG-VG zur Annahme. Hier hat Herr Baumann vorgeschlagen, eine Bewaffnung nur dann vorzusehen, sofern bereits eine Bedrohung vorliegt. Aber das ist





zu spät. Personen, die eine Tätigkeit ausüben, bei denen sie einer besonderen Bedrohung ausgesetzt sein können, können bewaffnet werden.

Dann komme ich zu Artikel 115 Absatz 2: Hier unterstützt der Bundesrat die Mehrheit.

Ich komme zu Artikel 188 BAZG-VG: Hier unterstützt der Bundesrat die Minderheit Ryser. In diesem Artikel wird die Mitwirkungspflicht des Personals von Transportunternehmen und Infrastrukturbetreibern geregelt. Diese beiden Parteien sind in der Regel nicht direkt am Verfahren beteiligt. Für die Durchführung von gewissen Kontrollen kann das BAZG aber auf spezialisiertes Personal dieser Unternehmen angewiesen sein, die ein spezielles Fachwissen mitbringen. Als Beispiel kann ich Ihnen die Kontrolle von Güterzügen nennen: Die Züge müssen an geeigneten Standorten bereitgestellt werden. Dabei sind die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen zu berücksichtigen, und dafür wird auch spezialisiertes Personal benötigt. Eine solche Mitwirkung erfolgt in Einzelfällen, und sie ist auch zeitlich beschränkt, weshalb ein solcher Einsatz zumutbar ist.

Dann komme ich zu Artikel 104 Absatz 3 BAZG-VG und auch zur Minderheit Tuena zum DNA-Profil-Gesetz: Ich habe es gesagt, der Bundesrat hat die entsprechenden Bestimmungen nach der Vernehmlassung wieder aus dem Gesetz genommen, weil Sie das DNA-Profil-Gesetz geändert hatten. Es ist ein politischer Entscheid, ob Sie darauf zurückkommen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das ein Wunsch der KKJPD ist, aber letztlich müssen Sie das entscheiden. Der Bundesrat hat das aus der Vorlage entfernt.

**Schlatter** Marionna (G, ZH): Geschätzte Frau Bundesrätin, ich habe eine Nachfrage zu Artikel 111. Dort geht es um die Überwachungsgeräte im öffentlichen Raum. Können Sie bestätigen, dass, anders als bei Überwachungsmassnahmen der Kantonspolizeien mit fix installierten Überwachungskameras, beim Zoll dann quasi nicht geregelt ist, was mit den Aufnahmen passiert? Ist dann nicht geregelt, dass die Überwachungsmassnahmen auf ein Minimum beschränkt werden müssen? Ist auch nicht geregelt, dass Betroffene darauf aufmerksam gemacht werden müssen?

**Keller-Sutter** Karin, Bundesrätin: Nach meinem Verständnis, Frau Nationalrätin Schlatter, gilt hier das Datenschutzgesetz, wie es für die gesamte Verwaltung gilt, und es gelten die entsprechenden Bestimmungen.

**Feller** Olivier (RL, VD), pour la commission: Nous abordons le bloc 4. Tout d'abord, il y a un enjeu à la page 56 du dépliant. Cet enjeu concerne les articles 90 et 91. La majorité de la commission vous propose de biffer une énumération préconisée par le Conseil fédéral. En fait, il s'agit d'une demande des cantons qui a été faite dans le cadre de ce fameux groupe de travail Hofmann et qui concerne le contrôle de marchandises, de personnes et de moyens de transport. Le but de la proposition de la majorité de la commission est de définir plus clairement et sans ambiguïté le domaine et l'objet du contrôle, tout en respectant les compétences cantonales.

Le deuxième enjeu porte sur la page 60 du dépliant et l'article 93 alinéa 1 lettre d. La majorité de la commission soutient le projet du Conseil fédéral. L'idée qui sous-tend la proposition de minorité Hess Erich qui nous est présentée est en quelque sorte d'aller à l'encontre des engagements internationaux de la Suisse dans le cadre de Schengen. Les dispositions qui découlent du droit de Schengen interdisent les contrôles systématiques aux frontières intérieures. Il serait donc inopportun et contraire aux engagements internationaux de la Suisse d'écrire l'inverse dans la loi. Nous relevons que, dans le cadre de la circulation des marchandises, les contrôles peuvent toutefois être effectués de manière systématique.

Le troisième enjeu est traité à la page 62 du dépliant. Il s'agit de l'article 99. La majorité de la commission reprend également une proposition du groupe de travail Hofmann. Il s'agit de supprimer l'énumération mentionnée à l'alinéa 1 – l'énumération des compétences – dans la mesure où les compétences de l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières sont précisément évoquées dans le rapport du groupe de travail Hofmann, et les tâches dont l'exécution requiert véritablement une base légale énumérées de façon exhaustive aux articles 7 à 10. L'énumération qui figure à l'article 99 peut donc être biffée.

Le prochain enjeu est traité à la page 66 du dépliant. Il s'agit de l'article 104 alinéa 3. La majorité de la commission, une fois de plus, prend en compte les aspirations des cantons. La majorité de la commission propose d'ajouter l'alinéa 3. Le but est de permettre à l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières de collecter des données dactyloscopiques. Cette disposition que propose la majorité de la commission est nécessaire. Si cette disposition ne figure pas dans la loi, le personnel de l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières ne pourra plus établir avec certitude l'identité des personnes se trouvant face à lui au travers de données dactyloscopiques.

Le prochain enjeu est traité à la page 67 du dépliant. Il s'agit de l'article 105 lettre c. La majorité de la commission vous propose de modifier l'approche du Conseil fédéral. Si une personne représente un danger pour elle-même ou pour un tiers, elle doit pouvoir être entravée. En quelque sorte, ce que propose la majorité de la



commission, c'est de reprendre une règle qui figure déjà à l'article 9 alinéa 1 lettre a de la loi sur l'usage de la contrainte. Mais la majorité de la commission veut garantir une certaine transparence et inscrire également cette règle dans la loi que nous sommes en train de traiter. Ainsi, la majorité de la commission reprend une proposition des polices cantonales.

Le prochain enjeu est traité à la page 70 du dépliant. Il s'agit de l'article 111 du projet. La majorité de la commission souhaite donner la possibilité à l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières d'utiliser des appareils de transmission et d'enregistrement d'images dans le cadre de l'exécution de ses tâches. Il s'agit également d'une demande des cantons. Les cantons ont clairement démontré que les recherches automatisées supplémentaires de véhicules sur le territoire douanier sont nécessaires et peuvent être très utiles en vue de l'exécution des tâches qui incombent à l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières.

Nous avons un enjeu supplémentaire à la page 72 du dépliant. Cet enjeu concerne l'article 113 alinéa 1. La majorité de la commission vous propose de soutenir la version du Conseil fédéral. Si l'on interprète strictement la proposition de la minorité Baumann, les collaborateurs de l'Office

**AB 2024 N 311 / BO 2024 N 311**

fédéral de la douane et de la sécurité des frontières n'auraient le droit de porter ni leur arme ni tout autre moyen auxiliaire avant d'être concrètement en danger.

Or, la raison du port d'une arme est précisément la prévention, afin que les collaborateurs soient prêts et puissent également se défendre. Il leur serait plus difficile de le faire si, dans une situation donnée, ils devaient d'abord prouver qu'ils sont menacés.

Le prochain enjeu est traité à la page 74 du dépliant. Il s'agit de l'article 115 alinéa 2. La majorité de la commission vous propose de suivre le projet du Conseil fédéral. En fait, la minorité Hess Erich souhaite prévoir un licenciement avec effet immédiat, dans l'hypothèse où une personne engagée par l'OFDF ne souhaite pas prêter serment. La majorité de la commission estime qu'un licenciement avec effet immédiat serait un peu disproportionné. Il se peut que des personnes ne souhaitent pas prêter serment, mais si ces personnes sont très qualifiées et peuvent être utilement employées dans un domaine particulier au sein de l'OFDF, il serait dommage de se priver de leurs compétences uniquement parce qu'elles refusent de prêter serment.

L'enjeu suivant est traité à la page 119 du dépliant. Il s'agit de l'article 188 du projet. La majorité de la commission vous propose de biffer la disposition du projet du Conseil fédéral. En effet, la gratuité générale de l'obligation de coopérer des exploitants d'infrastructures vis-à-vis de l'OFDF, gratuité proposée par le Conseil fédéral, n'est pas défendable aux yeux de la majorité de la commission, car l'étendue de cette obligation de coopérer ainsi que la prérogative de l'OFDF de donner des ordres ne seraient pas délimitées dans le texte de loi. La collaboration nécessaire entre les différents services existe de toute façon dans la pratique, sans qu'une base légale spécifique soit nécessaire.

Le dernier enjeu de ce bloc est traité à la page 216 du dépliant. La majorité vous propose de suivre le projet du Conseil fédéral. L'OFDF peut procéder à des analyses d'ADN, mais lorsque ces dernières doivent se faire en dehors d'une procédure pénale, cela ne doit plus être de la compétence de l'OFDF. C'est l'appréciation de la majorité de la commission, dès lors que les analyses d'ADN en dehors d'une procédure pénale par l'OFDF posent des questions de compatibilité avec la Constitution fédérale.

**Jost** Marc (M-E, BE): Herr Kollege Feller, ich habe eine Frage zu Artikel 104, "Identifikation einer Person": Es heisst, dass Personenkontrollen gemacht werden können, "wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, die kontrollierte Person könnte schwere Vergehen oder Verbrechen begangen haben [...]". Wir haben gehört, dass das die Minderheit infrage stellt, weil das weitergehende Mittel als jene der Polizei seien. Was müssen wir uns unter konkreten Anhaltspunkten vorstellen? Hat die Kommission darüber diskutiert, wann solche Personenkontrollen vorgenommen werden dürfen?

**Feller** Olivier (RL, VD), pour la commission: Merci pour votre question, qui concerne la portée des indices concrets mentionnés à l'alinéa 3 de l'article 104 du projet. Les indices concrets sont une notion qui existe dans plusieurs dispositions de droit fédéral, dans le domaine du droit administratif ou dans le domaine du droit pénal. Il existe tant une pratique qu'une jurisprudence en la matière. La majorité de la commission estime qu'il y a des règles interprétatives qui permettront d'appliquer de façon raisonnée cette notion d'indices concrets.

**Ritter** Markus (M-E, SG), für die Kommission: Wir biegen langsam auf die Zielgerade ein. Wir sind in Block 4. In diesem Block haben wir am meisten Minderheiten; es sind zwölf Minderheiten zu zehn unterschiedlichen Sachverhalten.

Wir beginnen mit den Artikeln 90 und 91 BAZG-VG auf Seite 54 der Fahne; bei diesen Bestimmungen finden



sich die Minderheiten I (Ryser) und II (Aeschi Thomas). Mit dieser von der Mehrheit geforderten Anpassung werden das Kontrollgebiet und der Gegenstand der Kontrolle unter Wahrung der kantonalen Kompetenzen klarer und unmissverständlich geregelt. Dies war ein Anliegen der Kantone im Rahmen der Diskussion mit der Arbeitsgruppe Hofmann. Dem steht die Minderheit I (Ryser) gegenüber, die beim Entwurf des Bundesrates bleiben will. Die Minderheit II (Aeschi Thomas) fordert systematische Grenzkontrollen; dazu werde ich bei der nächsten Minderheit Stellung nehmen, weil es das gleiche Anliegen ist. Die Kommission hat mit 14 zu 5 Stimmen den Antrag der jetzigen Minderheit I abgelehnt. Beim Antrag der jetzigen Minderheit II war das Verhältnis 15 zu 7 Stimmen.

Bei Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe d BAZG-VG auf Seite 57 der Fahne findet sich die Minderheit Hess Erich. Hier geht es wiederum um systematische Grenzkontrollen. Die Bestimmungen aus dem Schengen-Recht untersagen systematische Grenzkontrollen an den Binnengrenzen. Eine Regelung im BAZG-VG wäre sowieso am falschen Ort. Im Warenverkehr können aber bereits heute Kontrollen systematisch durchgeführt werden. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegt hier gegenüber demjenigen der jetzigen Minderheit mit 16 zu 7 Stimmen.

Bei Artikel 99 BAZG-VG auf Seite 59 findet sich die Minderheit Bendahan. Die Arbeitsgruppe Hofmann hat aufgelistet, welche abgaberechtlichen und welche nichtabgaberechtlichen Befugnisse das BAZG haben soll. Die Aufzählung in Absatz 1 ist daher obsolet. Die Aufgaben, bei deren Vollzug allenfalls Befugnisse vonnöten sind, ergeben sich bereits abschliessend aus den Artikeln 7 bis 10. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegt hier gegenüber demjenigen der jetzigen Minderheit Bendahan mit 15 zu 9 Stimmen.

Zu Artikel 104 Absatz 3 BAZG-VG auf Seite 63 und zur Minderheit Glättli: Es handelt sich bei der Formulierung der Mehrheit ebenfalls um ein Anliegen der Kantone. Es entspricht der Gerichtspraxis, dass das BAZG bei einer Personenkontrolle in den definierten Fällen daktyloskopische Daten zur Identifizierung erheben darf. Das BAZG verfügt heute bereits über die Kompetenz, daktyloskopische Daten zu erheben. Ohne diese Möglichkeit kann das BAZG die Identität des Gegenübers nicht mehr zweifelsfrei feststellen. Dies ist also ebenfalls ein Anliegen der Kantone. Die Kommission hat diesen Antrag mit 14 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Zu Artikel 105 Buchstabe c BAZG-VG auf Seite 64 und zur Minderheit Molina: Die Regelung gemäss Antrag der Kommissionmehrheit geht bereits aus Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a des Zwangsanwendungsgesetzes hervor. Mit dem Antrag soll aber auch hier Transparenz geschaffen werden. Der Antrag basiert auf einem Hinweis der kantonalen Polizeien. Dies ist in den kantonalen Polizeigesetzen ebenfalls so geregelt. Wenn eine Person eine Gefahr für sich selbst oder für Drittpersonen darstellt, soll sie gefesselt werden können. Die Kommission hat diesen Antrag mit 12 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Zu Artikel 111 BAZG-VG auf Seite 67 und zur Minderheit I (Bendahan) sowie zur Minderheit II (Michaud Gigon): Hier handelt es sich ebenfalls um ein Anliegen der Kantone. Sie haben klar aufgezeigt, dass diese zusätzlichen automatisierten Fahrzeugfahndungen im Bereich des Zollgebiets nötig sind und in Bezug auf die Zusammenarbeit sehr hilfreich sein können. Der Einsatz von Bildübertragungs- und Bildaufzeichnungsgeräten darf nur im Zusammenhang mit dem Vollzug der Aufgaben des BAZG erfolgen. Die Kommission hat den Antrag Bendahan mit 14 zu 11 Stimmen und den Antrag Michaud Gigon mit 15 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Zu Artikel 113 Absatz 1 auf Seite 69 und zur Minderheit Baumann: Bei einer strikten Auslegung des Minderheitsantrages sind die Mitarbeitenden des BAZG nicht berechtigt, ihre Waffe und andere Hilfsmittel zu tragen, bevor sie in konkreter Gefahr sind. Das wäre schwierig. Der Grund für das Tragen einer Waffe dient doch gerade der Prävention, damit die Mitarbeitenden bereit sind und sich auch verteidigen können, wenn es notwendig ist. Wenn sie in einer Situation zuerst nachweisen müssen, dass sie bedroht sind, dann ist das kaum zweckmässig und praxistauglich. Es sollen nicht alle Mitarbeitenden eine Waffe tragen, sondern nur jene, die eine solche für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Dies ist nur der Fall, wenn sie Aufgaben im Bereich der Kontrolle, Ermittlung und Strafuntersuchung effektiv

AB 2024 N 312 / BO 2024 N 312

wahrnehmen. Der Entscheid fiel hier mit 15 zu 1 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Zu Artikel 115 Absatz 2 auf Seite 71 und zur Minderheit Hess Erich: Wenn eine Person den Eid oder das Gelübde nicht ablegen möchte, aber sehr gut qualifiziert ist und in einem anderen Bereich des BAZG eingesetzt werden könnte, dann sollte dies angesichts des heutigen Fachkräftemangels auch möglich sein. Eine fristlose Kündigung wäre zudem unökonomisch. Neues Personal müsste gesucht, ausgebildet und eingearbeitet werden. Der Entscheid fiel hier mit 18 zu 7 Stimmen.

Zu Artikel 188 BAZG-VG auf Seite 114 und zur Minderheit Ryser: Die Mehrheit erachtet die generelle Untergeltlichkeit der Mitwirkungspflicht von Infrastrukturbetreibern gegenüber dem BAZG als nicht haltbar, da der Umfang dieser Mitwirkungspflicht sowie die Anordnungs-kompetenz des BAZG im Gesetzeslaut nicht ein-



gegrenzt wird. Die notwendige Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stellen ist in der Praxis ohnehin gegeben, weshalb es keine separate gesetzliche Grundlage braucht. Die Minderheit möchte hier gemäss Bundesrat legiferieren. Der Entscheid fiel mit 13 zu 10 Stimmen.

Ich komme nun noch zur letzten Minderheit, dem Antrag Tuena zu Artikel 1 Buchstaben b, c und d, zu Artikel 6 Sachüberschrift, zu Artikel 6a, zu Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe abis und zu Artikel 19 Absatz 2 des DNA-Profil-Gesetzes; diese sind zu finden ab Seite 208 auf der Fahne: Das Bundesamt für Justiz (BJ) äusserte sich dahin gehend, dass diese Möglichkeit nicht vorgesehen werden soll. Das BJ hat Bedenken bezüglich der Verfassungsmässigkeit eingebracht; es hat aber auch Bedenken, weil das DNA-Profilung jetzt über die Strafprozessordnung geregelt wird. Wir hätten hier eine Ausweitung, wenn wir das erneut dem Zoll erlauben würden. DNA-Analysen ausserhalb eines Strafverfahrens sollen nicht mehr zu den Kompetenzen des Zolls gehören. Doch die Kantone und in ihrem Mitbericht die SiK-N forderten, dass diese Möglichkeit wieder geschaffen wird, was in der Folge von der Minderheit Tuena aufgenommen wurde. Diese Minderheit ist übrigens das einzige Anliegen der Kantone, das nicht von der Mehrheit aufgenommen wurde. Die Mehrheit obsiegte hier gegenüber der Minderheit Tuena mit 10 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung.

**Schlatter** Marionna (G, ZH): Herr Kommissionspräsident, eine Nachfrage zu Artikel 113, zur Bewaffnung: Alt Bundesrat Maurer hat bei der Verabschiedung der Botschaft einem Journalisten, der ihn gefragt hatte, was es mit dieser Bewaffnung auf sich habe, gesagt, diese geschehe bedarfsgerecht, konkret nur bei gefährlichen Situationen. Nun wissen Sie, die Frage hat beim Zollpersonal zu grossen Diskussionen geführt. Deshalb meine konkrete Frage an Sie: Wie viele Personen beim Zoll werden in Zukunft bewaffnet? Sind es 100 Prozent der Angestellten, oder sind es, so wie heute, 60 Prozent?

**Ritter** Markus (M-E, SG), für die Kommission: Ich bedanke mich herzlich für diese Frage. Die Problematik beim Antrag der Minderheit liegt nicht bei der Anzahl Personen, die bewaffnet sein können, sondern bei der Formulierung, die äusserst unglücklich gewählt ist. Sie können das auf Seite 69 der Fahne selber nachlesen; es heisst, dass sämtliche Mitarbeiter des BAZG erst bewaffnet werden dürfen, wenn sie effektiv in einer Bedrohungslage sind. Solange sie nicht in einer Bedrohungslage sind, dürften sie keine Waffe tragen – das gilt für alle. Diese Formulierung ist äusserst unglücklich. Es wäre im heutigen Umfeld, gerade auch bei den vielen illegalen Grenzübertritten, aber natürlich auch bei gefährlichen Situationen, in denen sich unsere Mitarbeitenden an der Grenze befinden können, kaum haltbar, wenn sie erst eine Waffe an sich nehmen dürften, wenn eine effektive Bedrohungslage entstanden ist. Die Formulierung im Antrag der Minderheit ist also äusserst unglücklich gewählt. Deshalb gab es auch dieses Abstimmungsergebnis in der Kommission: 15 zu 1 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

## **1. Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit**

### **1. Loi fédérale sur la partie générale relative à la perception des redevances et sur le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières**

#### **Art. 90**

##### *Antrag der Mehrheit*

##### *Abs. 1*

... Personen und Transportmittel kontrollieren und überwachen. Betreffend Kontrollen ...

##### *Abs. 2*

Im gesamten Zollgebiet kann das BAZG die folgenden Kontrollen durchführen:

- a. Kontrollen, ob die Waren ordnungsgemäss angemeldet worden sind, einem Ein- oder Ausfuhrverbot unterliegen oder ob nach ihnen gefahndet wird;
- b. Kontrolle von Personen, die im Verdacht stehen, Waren nach Buchstabe a mit sich zu führen, oder nach denen gefahndet wird;
- c. Kontrollen am Domizil von Personen, die anmeldepflichtig sind oder waren, und von Personen mit einer Bewilligung oder einer Vereinbarung nach diesem Gesetz;
- d. Kontrollen von Waren, Personen und Transportmitteln, wenn die Verbindlichkeit der Warenanmeldung im Zollgebiet ausgelöst worden ist;
- e. Kontrolle von Transportmitteln, soweit es im Rahmen seiner nichtabgaberechtlichen Vollzugsaufgaben dafür zuständig ist;



f. Kontrollen, ob Bewilligungen und Vereinbarungen nach diesem Gesetz, einem Abgabeerlass oder einem nichtabgaberechtlichen Erlass eingehalten werden;

g. andere Kontrollen, soweit ein Abgabeerlass, ein nichtabgaberechtlicher Erlass oder eine Vereinbarung nach Artikel 10 dies vorsieht.

*Abs. 3*

Es stellt im Rahmen von Kontrollen nach Absatz 1 und 2 ferner Personen fest, die im Verdacht stehen:

a. illegal ins Zollgebiet einzureisen oder sich darin illegal aufzuhalten;

b. eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Schweiz darzustellen; oder

c. im Zollgebiet Straftaten begangen zu haben oder ins Zollgebiet einzureisen oder aus diesem auszureisen, um Straftaten zu begehen.

*Abs. 4*

Die Feststellung nach Absatz 3 werden der zuständigen Polizei- bzw. Strafverfolgungsbehörde mitgeteilt, soweit nicht in einer Vereinbarung nach Artikel 10 abweichende Regelungen getroffen worden sind. Die allfällige Ahndung der Feststellungen richtet sich nach Artikel 100 Absatz 2.

*Abs. 5*

Weitergehende Kontrollen nimmt das BAZG nur wahr, soweit ein Abgabeerlass, ein nichtabgaberechtlicher Erlass oder eine Vereinbarung nach Artikel 10 dies vorsieht.

*Abs. 6*

Ausserhalb des Zollgebiets kann es Kontrollen durchführen, soweit ein völkerrechtlicher Vertrag dies vorsieht.

#### *Antrag der Minderheit I*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina)

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:

d. andere Kontrollen, soweit ein Abgabeerlass oder ein nichtabgaberechtlicher Erlass dies vorsieht.

*Abs. 2bis*

Liegt eine Vereinbarung nach Artikel 10 vor, so kann es im vereinbarten Gebiet die vereinbarten Kontrollen durchführen.

AB 2024 N 313 / BO 2024 N 313

*Abs. 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 4–6*

Streichen

#### *Antrag der Minderheit II*

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Hess Erich, Tuena)

*Abs. 1*

... Betreffend Kontrollen von Personen bleiben die Artikel 7 und 9 des Ausländer- und Integrationsgesetzes vom 16. Dezember 2005 (AIG) vorbehalten.

*Abs. 1bis*

Die Schweiz führt systematische Kontrollen an den Landesgrenzen durch.

### **Art. 90**

#### *Proposition de la majorité*

*Al. 1*

Pour accomplir les tâches prévues aux articles 7 à 10, l'OFDF peut contrôler et surveiller des marchandises, des personnes ...

*Al. 2*

L'OFDF peut effectuer les contrôles suivants sur l'ensemble du territoire douanier:

a. contrôles des marchandises en vue de déterminer si elles ont été déclarées correctement, si elles sont soumises à une interdiction d'importation ou d'exportation ou si elles font l'objet d'une recherche;

b. contrôles des personnes qui sont soupçonnées de transporter des marchandises visées à la let. a ou qui font l'objet d'une recherche;



- c. contrôles au domicile de personnes qui sont ou étaient assujetties à l'obligation de déclarer ou qui bénéficient d'une autorisation ou d'un accord en vertu de la présente loi;
- d. contrôles de marchandises, de personnes et de moyens de transport lorsque le caractère contraignant de la déclaration des marchandises a été déclenché sur le territoire douanier;
- e. contrôles des moyens de transport, dans la mesure où il est compétent à cet égard dans le cadre de ses tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal;
- f. contrôles du respect des autorisations et des accords fondés sur la présente loi ou sur un acte législatif relevant ou non du droit fiscal;
- g. autres contrôles si des actes législatifs relevant ou non du droit fiscal, ou qu'un accord visé à l'article 10 le prévoient.

*Al. 3*

Il constate en outre, dans le cadre des contrôles visés aux alinéas 1 et 2, les personnes soupçonnées:

- a. d'entrer illégalement sur le territoire douanier ou d'y séjourner illégalement;
- b. de présenter un danger pour la sécurité et l'ordre publics de la Suisse; ou
- c. d'avoir commis des infractions sur le territoire douanier ou d'y entrer ou d'en sortir pour commettre des infractions.

*Al. 4*

Les constatations visées à l'alinéa 3 sont communiquées à l'autorité de police ou de poursuite pénale compétente, à moins que des dispositions différentes n'aient été prises dans un accord visé à l'article 10. La sanction éventuelle des constatations est régie par l'article 100 alinéa 2.

*Al. 5*

L'OFDF procède à d'autres contrôles uniquement si des actes législatifs relevant ou non du droit fiscal, ou qu'un accord visé à l'article 10 le prévoient.

*Al. 6*

Il peut effectuer des contrôles en dehors du territoire douanier dans la mesure où un traité international le prévoit.

*Proposition de la minorité I*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina)

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:

- d. autres contrôles si des actes législatifs relevant ou non du droit fiscal le prévoient.

*Al. 2bis*

Lorsqu'un accord a été conclu conformément à l'article 10, il peut accomplir les tâches convenues dans la zone convenue.

*Al. 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 4–6*

Biffer

*Proposition de la minorité II*

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Hess Erich, Tuena)

*Al. 1*

... Les articles 7 et 9 de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration (LEI) relatives au contrôle de personnes sont réservées.

*Al. 1bis*

La Suisse effectue des contrôles systématiques aux frontières nationales.

**Art. 91**

*Antrag der Mehrheit*

Streichen



*Antrag der Minderheit I*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina)

*Abs. 1 Bst. a*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 1 Bst. b Ziff. 1*

1. Waren nach Buchstabe a mit sich zu führen, oder

*Abs. 1 Bst. b Ziff. 2*

2. Illegal ins Zollgebiet einzureisen.

*Abs. 1 Bst. b Ziff. 3*

3. Streichen

*Abs. 1 Bst. c, d*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

Es führt zudem die Kontrollen durch, deren Durchführung ihm gestützt auf eine Vereinbarung nach Artikel 10 übertragen worden ist.

**Art. 91**

*Proposition de la majorité*

Biffer

*Proposition de la minorité I*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina)

*Al. 1 let. a*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 1 let. b ch. 1*

1. de transporter avec elles des marchandises visées à la lettre a, ou

*Al. 1 let. b ch. 2*

2. d'entrer illégalement sur le territoire douanier.

*Al. 1 let. b ch. 3*

3. Biffer

*Al. 1 let. c, d*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

Il effectue en outre les contrôles dont l'exécution lui a été confiée en vertu d'une convention visée à l'article 10.

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28293)

Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28294)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 60 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2024 N 314 / BO 2024 N 314

**Art. 92**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*





**Art. 93**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Hess Erich, Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Tuena)

*Abs. 1 Bst. d*

d. systematisch.

**Art. 93**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Hess Erich, Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Tuena)

*Al. 1 let. d*

d. systématiquement.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28298)

Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 94–98**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 99**

*Antrag der Mehrheit*

Dem BAZG stehen zur Erfüllung seiner Aufgaben nach den Artikeln 7–10 die Befugnisse nach den Artikeln 100–114 zu.

*Antrag der Minderheit*

(Bendahan, Baumann, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina, Ryser)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:

e. Überwachungen im Rahmen des Auftrages des BAZG durchzuführen.

**Art. 99**

*Proposition de la majorité*

Pour accomplir les tâches visées aux articles 7 à 10, l'OFDF dispose des compétences prévues aux articles 100 à 114.

*Proposition de la minorité*

(Bendahan, Baumann, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina, Ryser)

Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:

e. procéder à des surveillances dans le cadre du mandat de l'OFDF.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28299)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

(0 Enthaltungen)



**Art. 100**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 101**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

...

g. Streichen

...

**Art. 101**

*Proposition de la commission*

*Al. 1, 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

...

g. Biffer

...

*Angenommen – Adopté*

**Art. 102, 103**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 104**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

... nach Artikel 90 biometrische erkennungsdienstliche Daten ...

*Abs. 3*

Sie können anlässlich einer Personenkontrolle nach Artikel 90 daktyloskopische Daten zur Identifizierung einer Person im Rahmen von Artikel 354 StGB erheben, wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, die kontrollierte Person könnte schwere Vergehen oder Verbrechen begangen haben, die mit Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht sind, oder sie könnte solche begehen.

*Antrag der Minderheit*

(Glättli, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Molina, Ryser)

*Abs. 3*

Streichen



**Art. 104**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

... de l'article 90, relever des données signalétiques biométriques ...

*Al. 3*

Ils peuvent, lors d'un contrôle de personnes au sens de l'article 90, relever des données dactyloscopiques afin d'identifier une personne conformément à l'article 354 du code pénal (CP) lorsqu'il y a lieu de supposer, sur la base d'indices concrets, que la personne contrôlée pourrait avoir commis des délits ou des crimes graves passibles d'une peine privative de liberté d'au moins un an, ou qu'elle pourrait commettre de tels délits ou crimes.

AB 2024 N 315 / BO 2024 N 315

*Proposition de la minorité*

(Glättli, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Maillard, Michaud Gigon, Molina, Ryser)

*Al. 3*

Biffer

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28300)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(1 Enthaltung)

**Art. 105**

*Antrag der Mehrheit*

...

c. eine Gefahr für sich selber oder für eine Drittperson ist.

*Antrag der Minderheit*

(Molina, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

*Bst. c*

c. Streichen

**Art. 105**

*Proposition de la majorité*

...

c. d'être un danger pour elle-même ou pour une tierce personne.

*Proposition de la minorité*

(Molina, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Ryser)

*Let. c*

c. Biffer

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28301)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 106–110**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 111**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

Das BAZG kann Bildübertragungs- und Bildaufzeichnungsgeräte zu den folgenden Zwecken einsetzen:

...

e. zur automatisierten Fahrzeugfahndung mittels Erfassung von Kontrollschildern im Zollgebiet, einschliesslich der durch die bildliche Erfassung der Kontrollschilder erkennbaren Fahrzeuge und der allenfalls erkennbaren Insassinnen und Insassen, und dem anschliessenden Abgleich der Kontrollschilder mit dem automatisierten Polizeifahndungssystem (RIPOL) und Fahndungsaufträgen;

...

*Abs. 2*

Es kann Bildübertragungs- und Bildaufzeichnungsgeräte nach Absatz 1 bloss in Räumlichkeiten des BAZG oder an öffentlichen oder allgemein zugänglichen Orten einsetzen, an denen es seine Aufgaben vollzieht.

*Abs. 3*

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

*Antrag der Minderheit I*

(Bendahan, Baumann, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina, Ryser)

*Abs. 1 Einleitung*

Das BAZG kann Bildübertragungs- und Bildaufzeichnungsgeräte zu den folgenden Zwecken einsetzen:

*Abs. 1 Bst. e*

e. zur automatisierten Fahrzeugfahndung mittels Erfassung von Kontrollschildern im Zollgebiet und mittels Abgleich der Kontrollschilder mit dem polizeilichen Personen- und Sachfahndungsregister, Fahndungsaufträgen und mit den Fahndungshinweisen; der Einsatz ist auch dann zulässig, wenn mit dem Gerät auch das Fahrzeug und die sich darin befindenden Personen erkennbar erfasst werden.

*Abs. 2*

Es kann die Bildübertragungs- und Bildaufzeichnungsgeräte in Räumlichkeiten des BAZG sowie an öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten, an denen es seine Aufgaben wahrnimmt, einsetzen.

*Abs. 3*

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

*Antrag der Minderheit II*

(Michaud Gigon, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Molina, Ryser)

*Abs. 1 Einleitung*

Das BAZG kann im Zollgebiet und Zollausschlussgebiet an öffentlichen oder allgemein zugänglichen Orten, an denen es seine Aufgaben vollzieht, sowie in Räumlichkeiten des BAZG Bildübertragungs- und Bildaufzeichnungsgeräte zu den folgenden Zwecken einsetzen:

*Abs. 1 Bst. d*

d. ... Personen befinden sowie von Zollfreilagern;

*Abs. 1 Bst. e*

e. Streichen

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

Streichen

**Art. 111**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

L'OFDF peut utiliser des appareils automatiques de prise de vue et de relevé ainsi que d'autres appareils de



surveillance:

...

e. rechercher de manière automatisée des véhicules en enregistrant les plaques de contrôle sur le territoire douanier, y compris les véhicules identifiables grâce à l'image des plaques de contrôle et les éventuels occupants identifiables, et en comparant les plaques de contrôle avec les données du système de recherches informatisées de police (RIPOL) et les ordres de recherche;

...

*Al. 2*

Il ne peut utiliser les appareils permettant d'enregistrer et de transmettre des images visés à l'alinéa 1 que dans les locaux de l'OFDF ou dans les lieux publics ou accessibles à tous dans lesquels il accomplit ses tâches.

*Al. 3*

Le Conseil fédéral règle les modalités.

*Proposition de la minorité I*

(Bendahan, Baumann, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina, Ryser)

*Al. 1 introduction*

L'OFDF peut utiliser des appareils automatiques de prise de vue et de relevé ainsi que d'autres appareils de surveillance pour:

*Al. 1 let. e*

e. rechercher de manière automatisée des véhicules en enregistrant les plaques de contrôle sur le territoire douanier et en comparant les plaques de contrôle avec le registre des personnes et des objets recherchés de la police, les ordres de recherche et les avis de recherche; l'utilisation est également

AB 2024 N 316 / BO 2024 N 316

autorisée lorsque l'appareil saisit de manière reconnaissable le véhicule et les personnes qui s'y trouvent.

*Al. 2*

Il peut utiliser les appareils permettant d'enregistrer et de transmettre des images dans les locaux de l'OFDF et dans les lieux publics et accessibles à tous dans lesquels il accomplit ses tâches.

*Al. 3*

Le Conseil fédéral règle les modalités.

*Proposition de la minorité II*

(Michaud Gigon, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Glättli, Molina, Ryser)

*Al. 1 introduction*

Sur le territoire douanier et dans l'enclave douanière, l'OFDF peut, dans des lieux publics ou librement accessibles où il accomplit les tâches qui lui sont confiées et dans des locaux librement ...

*Al. 1 let. d*

d. ... ainsi que des ports francs;

*Al. 1 let. e*

e. Biffer

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 3*

Biffer

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28302)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 70 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28303)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 60 Stimmen

(2 Enthaltungen)





**Art. 112**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 1bis*

Die Bestellung unter fiktivem Namen darf die Schwelle zur verdeckten Ermittlung nach Artikel 285a StPO nicht überschreiten.

*Abs. 2*

Das BAZG informiert ...

**Art. 112**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 1bis*

La commande sous un nom fictif ne doit pas dépasser le seuil de l'investigation secrète selon l'article 285a du CPP.

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

*Angenommen – Adopté*

**Art. 113**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Baumann, Glättli, Maillard, Molina, Ryser)

*Abs. 1*

... Strafuntersuchung nur Waffen nach ... Bedrohungen ausgesetzt sind und für ...

**Art. 113**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Baumann, Glättli, Maillard, Molina, Ryser)

*Al. 1*

... visés à l'article 101 alinéa 3, ne peuvent porter les armes visées à l'article 15 LUSC et les moyens auxiliaires visés à l'article 14 LUSC que s'ils sont exposés à des menaces importantes et s'ils ont été formés à l'usage d'armes et de moyens auxiliaires.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28304)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 114**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*



**Art. 115**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

... und Mitarbeiter mit schweizerischer oder liechtensteinischer Bürgerschaft, die polizeilichen Zwang ...

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Hess Erich, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Nicolet, Tuena)

*Abs. 2*

Die Weigerung, den Eid oder das Gelübde zu leisten, führt zu einer fristlosen Kündigung.

**Art. 115**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

Les collaborateurs de l'OFDF de nationalité suisse ou liechtensteinoise et qui peuvent faire ...

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Hess Erich, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Nicolet, Tuena)

*Al. 2*

Le refus de prêter serment ou de faire la promesse solennelle entraîne une résiliation immédiate.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28305)

Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 116**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 171–181**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

AB 2024 N 317 / BO 2024 N 317

**Art. 182**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

...

f. Zurückweisung widerrechtlicher Waren;

g. Vernichtung widerrechtlicher Waren;

h. Überwachung von Waren;

...





*Abs. 2–4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 182**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

...

f. refouler des marchandises illicites;

g. détruire des marchandises illicites;

h. surveiller des marchandises;

...

*Al. 2–4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 183–186**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 187**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Die Kosten der Infrastruktur, in der das BAZG seine Aufgaben erfüllt, trägt der Bund. Vorbehalten bleibt Absatz 3.

*Abs. 2*

Das BAZG kann seine Aufgaben auf Begehren Dritter in deren Infrastruktur erfüllen. Diese müssen die erforderliche Infrastruktur unentgeltlich zur Verfügung stellen und die Betriebskosten des BAZG übernehmen.

*Abs. 3*

Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen des Bundesrechts.

**Art. 187**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

La Confédération supporte les coûts des infrastructures dans lesquelles l'OFDF accomplit ses tâches. Les dispositions de l'alinéa 3 sont réservées.

*Al. 2*

L'OFDF peut accomplir ses tâches dans les infrastructures des tiers qui le demandent. Ceux-ci doivent mettre gratuitement à disposition l'infrastructure nécessaire et assumer les frais d'exploitation de l'OFDF.

*Al. 3*

Les dispositions spéciales du droit fédéral sont réservées.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 188**

*Antrag der Mehrheit*

Streichen

*Antrag der Minderheit*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Michaud Gigon, Wermuth)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



**Art. 188**

*Proposition de la majorité*

Biffer

*Proposition de la minorité*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Michaud Gigon, Wermuth)  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28306)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 189–192**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Änderung anderer Erlasse**

**Modification d'autres actes**

**Ziff. 1–7**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 1–7**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 8 Art. 246 erster Teil**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 8 art. 246 première partie**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 8 Art. 354**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 2 Bst. c*

c. Streichen

*Abs. 2 Bst. d*

d. das BAZG für die Funktionen "Kontrolle von Waren, Personen und Transportmitteln", "Kontrollexpertise", "Einsatzkoordination";

*Abs. 3*

... Ausländer- und Integrationsgesetzes vom 16. Dezember 2005 und des BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes vom ...



**Ch. 8 art. 354**

*Proposition de la commission*

*Al. 2 let. c*

c. Biffer

*Al. 2 let. d*

d. Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF) pour ce qui est des fonctions "contrôle de marchandises, de personnes et de moyens de transport OFDF", "expertise en matière de contrôle OFDF" ou "coordination des engagements OFDF";

*Al. 3*

... sur les étrangers et l'intégration et la loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF.

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 9–11**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2024 N 318 / BO 2024 N 318

**Ch. 9–11**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 12 Art. 10 Abs. 4**

*Antrag der Kommission*

*Bst. e*

e. Streichen

*Bst. f*

f. das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) für die Funktionen "Einsatzkoordination", "Strafverfolgung", "Risikoanalyse" und "Kontrollexpertise" im Rahmen seiner abgaberechtlichen und nichtabgaberechtlichen Aufgaben für die Planung und Durchführung von Kontrollen von Waren, Personen und Transportmitteln sowie zur Strafverfolgung.

**Ch. 12 art. 10 al. 4**

*Proposition de la commission*

*Let. e*

e. Biffer

*Let. f*

f. l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF) pour ce qui est des fonctions "coordination des engagements", "poursuite pénale", "analyse des risques" ou "expertise en matière de contrôle", dans le cadre de ses tâches relevant ou non du droit fiscal, pour planifier et exécuter des contrôles de marchandises, de personnes ou de moyens de transport et en vue de la poursuite pénale.

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 12 Art. 11 Abs. 5**

*Antrag der Kommission*

*Bst. e*

e. Streichen

*Bst. f*

f. das BAZG für die Funktionen "Einsatzkoordination", "Strafverfolgung", "Risikoanalyse" und "Kontrollexpertise" im Rahmen seiner abgaberechtlichen und nichtabgaberechtlichen Aufgaben für die Planung und Durchführung von Kontrollen von Waren, Personen und Transportmitteln sowie zur Strafverfolgung.



**Ch. 12 art. 11 al. 5**

*Proposition de la commission*

*Let. e*

e. Biffer

*Let. f*

f. l'OFDF pour ce qui est des fonctions "coordination des engagements", "poursuite pénale", "analyse des risques" ou "expertise en matière de contrôle", dans le cadre de ses tâches relevant ou non du droit fiscal, pour planifier et exécuter des contrôles de marchandises, de personnes ou de moyens de transport et en vue de la poursuite pénale.

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 12 Art. 12 Abs. 6**

*Antrag der Kommission*

*Bst. d*

d. Streichen

*Bst. e*

e. das BAZG für die Funktionen "Einsatzkoordination", "Strafverfolgung", "Risikoanalyse" und "Kontrollexpertise" im Rahmen seiner abgaberechtlichen und nichtabgaberechtlichen Aufgaben für die Planung und Durchführung von Kontrollen von Waren, Personen und Transportmitteln sowie zur Strafverfolgung.

**Ch. 12 art. 12 al. 6**

*Proposition de la commission*

*Let. d*

d. Biffer

*Let. e*

e. l'OFDF pour ce qui est des fonctions "coordination des engagements", "poursuite pénale", "analyse des risques" ou "expertise en matière de contrôle", dans le cadre de ses tâches relevant ou non du droit fiscal, pour planifier et exécuter des contrôles de marchandises, de personnes ou de moyens de transport et en vue de la poursuite pénale.

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 12 Art. 15 Abs. 3 Bst. h, 4 Bst. b; 17 Abs. 4 Bst. i**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 12 art. 15 al. 3 let. h, 4 let. b; 17 al. 4 let. i**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 12a**

*Antrag der Minderheit*

(Tuena, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Feller, Hess Erich, Müller Leo, Regazzi, Ritter)

*Titel*

Bundesgesetz über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen

*Art. 1 Bst. b*

b. die Identifizierung ausserhalb des Strafverfahrens:

1. von unbekanntem, vermissten oder toten Personen mit Hilfe des Vergleichs von DNA-Profilen,
2. von toten Personen mit Hilfe der Phänotypisierung,
3. von im grenzüberschreitenden Personenverkehr zu kontrollierenden Personen mit Hilfe des Vergleichs von DNA-Profilen;



*Art. 1 Bst. c*

c. die Bearbeitung von DNA-Profilen in einem Informationssystem des Bundes.

*Art. 1 Bst. d*

d. Aufheben

*Art. 6 Titel*

Identifizierung von Toten, Personen, die über ihre Identität nicht Auskunft geben können, Vermissten und mutmasslichen Verwandten

*Art. 6a Titel*

Identifizierung von im grenzüberschreitenden Personenverkehr zu kontrollierenden Personen

*Art. 6a Abs. 1*

Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) kann zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Rahmen einer Personenkontrolle nach Artikel 91 Buchstabe b des BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes vom ... (BAZG-VG) von einer Person eine nicht invasive Probe nehmen und die Erstellung eines DNA-Profiles anordnen, wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, die kontrollierte Person könnte ein schweres Vergehen oder ein Verbrechen begangen haben, das mit Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht ist, oder sie könnte ein solches begehen.

*Art. 6a Abs. 2*

Zur nicht invasiven Probenahme und zur Anordnung der Erstellung eines DNA-Profiles befugt sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG, die hierfür ausgebildet sind und nach Artikel 101 Absatz 3 BAZG-VG zur Anwendung von polizeilichen Massnahmen berechtigt sind.

*Art. 6a Abs. 3*

Ordnet das BAZG eine nicht invasive Probenahme an, so informiert es die betroffene Person über ihr Recht, diesen Entscheid anfechten zu können. Der Rechtsweg richtet sich nach Artikel 88 Absatz 1 Buchstabe a BAZG-VG.

*Art. 11 Abs. 1 Bst. abis*

abis. Personen, bei denen das BAZG anlässlich einer Personenkontrolle nach Artikel 91 Buchstabe b BAZG-VG aufgrund konkreter Anhaltspunkte annehmen muss, sie könnte

AB 2024 N 319 / BO 2024 N 319

ein schweres Vergehen oder ein Verbrechen begangen haben, das mit Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht ist, oder sie könnte ein solches begehen.

*Art. 19 Abs. 2*

DNA-Profile, die nach Artikel 6a ausserhalb von Strafverfahren erstellt worden sind, werden gelöscht, sobald die betroffene Person identifiziert ist, in jedem Fall aber nach fünf Jahren nach deren Aufnahme in das Informationssystem.

**Ch. 12a**

*Proposition de la minorité*

(Tuena, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Feller, Hess Erich, Müller Leo, Regazzi, Ritter)

*Titre*

Loi fédérale sur l'utilisation de profils d'ADN dans les procédures pénales et sur l'identification de personnes inconnues ou disparues

*Art. 1 let. b*

b. l'identification en dehors d'une procédure pénale:

1. de personnes inconnues, disparues ou décédées par la comparaison de profils d'ADN,
2. de personnes décédées par un phénotypage,
3. de personnes devant être contrôlées dans le cadre de la circulation transfrontalière par la comparaison de profils d'ADN;

*Art. 1 let. c*

c. le traitement de profils d'ADN dans un système d'information de la Confédération.

*Art. 1 let. d*

d. Abroger

*Art. 6 titre*

Identification de personnes décédées, de personnes qui ne peuvent donner d'information sur leur identité, de personnes disparues et de parents présumés

**Art. 6a titre**

Identification de personnes devant être contrôlées dans le cadre de la circulation transfrontalière

**Art. 6a al. 1**

L'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF) peut, à des fins de lutte contre la criminalité transfrontalière, dans le cadre d'un contrôle de personnes fondé sur l'article 91 lettre b, de la loi du ... définissant les tâches d'exécution de l'OFDF (LE-OFDF), prélever un échantillon non invasif sur une personne et ordonner l'établissement d'un profil d'ADN si des indices concrets laissent présumer que la personne contrôlée pourrait avoir commis ou pourrait commettre des délits ou des crimes graves passibles d'une peine privative de liberté d'un an au moins.

**Art. 6a al. 2**

Les collaborateurs de l'OFDF formés à cet effet et habilités à faire usage de mesures policières en vertu de l'article 101 alinéa 3, LE-OFDF sont autorisés à effectuer un prélèvement non invasif d'échantillons et à ordonner l'établissement d'un profil d'ADN.

**Art. 6a al. 3**

S'il ordonne le prélèvement non invasif d'un échantillon, l'OFDF informe la personne concernée de son droit de contester cette décision. Les voies de droit sont régies par l'article 88 alinéa 1 lettre a, LE-OFDF.

**Art. 11 al. 1 let. abis**

abis. des personnes dont l'OFDF doit présumer en raison d'indices concrets, lors d'un contrôle de personnes fondé sur l'article 91 lettre b, LE-OFDF, qu'elles pourraient avoir commis ou pourraient commettre un délit ou un crime grave passible d'une peine privative de liberté d'un an au moins;

**Art. 19 al. 2**

Les profils d'ADN établis en dehors d'une procédure pénale en vertu de l'article 6a sont effacés sitôt que la personne concernée a été identifiée, et dans tous les cas cinq ans après leur saisie dans le système d'information.

**Abstimmung – Vote**

(namentlich – nominatif; 22.058/28307)

Für den Antrag der Minderheit ... 119 Stimmen

Dagegen ... 70 Stimmen

(2 Enthaltungen)

**Ziff. 13–15****Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 13–15****Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Angenommen – Adopté****Ziff. 16****Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

mit Ausnahme von:

**Art. 13a Abs. 1bis**

Die Bestellung unter fiktivem Namen darf die Schwelle zur verdeckten Ermittlung nach Artikel 285a StPO nicht überschreiten.

**Art. 13a Abs. 2**

Das BLV informiert ...

**Ch. 16****Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

à l'exception de:



*Art. 13a al. 1bis*

La commande sous un nom fictif ne doit pas dépasser le seuil de l'investigation secrète selon l'article 285a du CPP.

*Art. 13a al. 2*

Au plus tard lors de la clôture de la procédure, l'OSAV informe ...

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 17**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 17**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 18**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

mit Ausnahme von:

*Art. 18 Abs. 1 Bst. c Ziff. 5*

5. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG, die für die Kontrolle von Waren, Personen und Transportmitteln unentbehrlich und nach Artikel 113 Absatz 1 des BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes vom ... berechtigt sind, Waffen und Hilfsmittel zu tragen;

*Art. 18 Abs. 1 Bst. g*

g. Streichen

**Ch. 18**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

à l'exception de:

*Art. 18 al. 1 let. c ch. 5*

5. les collaborateurs de l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF) qui sont indispensables pour le contrôle de marchandises, de personnes ou de moyens de transport et qui peuvent porter des armes et des moyens auxiliaires en vertu de l'article 113 alinéa 1, de la loi du ... définissant les tâches d'exécution de l'OFDF;

*Art. 18 al. 1 let. g*

g. Biffer

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 19–21, 31**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2024 N 320 / BO 2024 N 320

**Ch. 19–21, 31**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*



**Ziff. 32 Art. 25b**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 32 art. 25b**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 32 Art. 25c**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 1bis*

Die Bestellung unter fiktivem Namen darf die Schwelle zur verdeckten Ermittlung nach Artikel 285a StPO nicht überschreiten.

*Abs. 2*

Die mit dem Vollzug betrauten Stellen informieren die betroffenen Personen ...

**Ch. 32 art. 25c**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 1bis*

La commande sous un nom fictif ne doit pas dépasser le seuil de l'investigation secrète selon l'article 285a du CPP.

*Al. 2*

Au plus tard lors de la clôture de la procédure, les autorités chargées de l'exécution informent ...

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 33, 35–37**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 33, 35–37**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 38**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

mit Ausnahme von:

*Art. 33b Abs. 1bis*

Die Bestellung unter fiktivem Namen darf die Schwelle zur verdeckten Ermittlung nach Artikel 285a StPO nicht überschreiten.

*Art. 33b Abs. 2*

Das BAKOM informiert ...



**Ch. 38**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

à l'exception de:

*Art. 33b al. 1bis*

La commande sous un nom fictif ne doit pas dépasser le seuil de l'investigation secrète selon l'article 285a du CPP.

*Art. 33b al. 2*

Au plus tard lors de la clôture de la procédure, l'OFCOM informe ...

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 39–44**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 39–44**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 45 Art. 30a**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 1bis*

Die Bestellung unter fiktivem Namen darf die Schwelle zur verdeckten Ermittlung nach Artikel 285a StPO nicht überschreiten.

*Abs. 2*

Die Vollzugsorgane informieren die betroffenen Personen spätestens nach Abschluss des Verfahrens über die Bestellung unter fiktivem Namen.

*Abs. 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 45 art. 30a**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 1bis*

La commande sous un nom fictif ne doit pas dépasser le seuil de l'investigation secrète selon l'article 285a du CPP.

*Al. 2*

Au plus tard lors de la clôture de la procédure, les organes d'exécution informent ...

*Al. 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 45 Art. 66 Abs. 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



**Ch. 45 art. 66 al. 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 46–51, 53–57**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 46–51, 53–57**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**3. Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin**

**3. Arrêté fédéral portant approbation et mise en oeuvre des accords bilatéraux d'association à l'Espace Schengen et à l'Espace Dublin**

*Detailberatung – Discussion par article*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2024 N 321 / BO 2024 N 321

**Titre et préambule, ch. I, II**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif; 22.058/28309)

Für Annahme des Entwurfes ... 159 Stimmen

Dagegen ... 28 Stimmen

(4 Enthaltungen)

**Block 5 – Bloc 5**

*Strafverfolgung, Datenbearbeitung, Gebühren und Schlussbestimmungen*

*Traitement de données, poursuite pénale, émoluments et dispositions finales*

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Minderheit I (Ryser) wird von Frau Michaud Gigon begründet.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Comme vous, je commence à fatiguer. Je ne pensais pas que l'on passerait une journée à traiter de la loi sur les douanes.

Pour ce bloc 5, qui traite de la thématique importante de la protection des données, j'interviendrai sur les minorités I (Ryser) et II (Ryser), puis je m'exprimerai brièvement en français sur deux autres minorités importantes de ce bloc.

La minorité I (Ryser) propose de préciser, à l'article 117, les dispositions d'exécution concernant le traitement des données, qui manquent à l'article 117, en comparaison avec la loi sur les douanes en vigueur. L'article 110





alinéa 3 de la loi sur les douanes en vigueur stipule que le Conseil fédéral règle l'organisation et l'exploitation des systèmes d'information, ainsi que l'archivage et la destruction des données. Les articles 117 et suivants de cette révision donnent à l'OFDF la compétence de traiter des données et, en particulier, des données personnelles sensibles. Un ajout des dispositions d'exécution est nécessaire. C'est pourquoi cette proposition s'inspire des dispositions en vigueur dans la loi sur les douanes avec l'ajout d'un alinéa 3 à l'article 117. Elle précise et complète ce que la Commission de la politique de sécurité du Conseil national a demandé et qui constitue aussi une préoccupation des cantons, d'une part, afin d'éviter qu'il n'y ait un transfert de compétences dans ce domaine, et d'autre part, afin d'être clair sur l'organisation du système d'information, du traitement, de l'archivage et de la destruction des données.

La minorité II (Ryser) propose plus simplement de suivre le Conseil fédéral en biffant notamment la section 2a et l'article 150a. Si vous êtes plus enclins à laisser le Conseil fédéral régler ceci seul plutôt qu'à ajouter des précisions du groupe de travail Hofmann, alors vous devez suivre la minorité II (Ryser) et ainsi faire comme l'Office fédéral de la justice (OFJ) et le préposé à la protection des données le préconisent. L'OFJ déconseille l'ajout de la section 2a et de l'article 150a comme le veut la majorité, en stipulant que cet ajout apporte des doublons et des contradictions, et qu'il vaut donc mieux en rester à la version du Conseil fédéral.

Je me permets de faire encore quelques remarques en français sur ce bloc.

Les articles 122 et 126 traitent de la collecte, de l'enregistrement et du traitement de données sensibles de la part de l'OFDF, telles que des informations sur les opinions religieuses, philosophiques et politiques ainsi que des informations sur la santé. Il y a une minorité Glättli à chacun de ces articles. Ces données requièrent, pour leur collecte, des dispositions bien précises, qui sont réglées de manière trop ouverte et imprécise dans le présent projet. Une conclusion dont le préposé fédéral à la protection des données a également fait part. Dans le cadre de la présente loi, ce serait une atteinte disproportionnée aux droits fondamentaux.

Finalement, les deux minorités Aeschi Thomas au sujet de la communication avec l'étranger affaiblissent totalement la Suisse en voulant éviter tout échange d'informations et toute collaboration avec les autres Etats, pourtant indispensables au bon fonctionnement d'une douane.

J'encourage nos collègues du Conseil des Etats à se pencher sérieusement sur ce monstre législatif qui représente, en l'état, un sacré défi parlementaire à emporter pour avoir, à la fin, une loi sur les douanes satisfaisante. Ce qui n'est à ce stade clairement pas le cas.

**Glättli Balthasar (G, ZH):** Im vorigen Block 4 habe ich Sie gebeten, zu verhindern, dass Zoll- und Grenzschutzbeamte bei weniger Kontrolle durch die Justiz mehr Kompetenzen erhalten, als dies bei der Polizei der Fall ist. Hier nun sollen die Mitarbeitenden von Zoll und Grenzschutz sogar Geheimdienst, sogar "Schlapphüte" spielen. Ja, Sie hören richtig, hier kommt das nächste Scheunentor. Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) soll die Kompetenz erhalten, Informationen über religiöse, weltanschauliche und politische Ansichten sowie Informationen zur Gesundheit zu erheben, zu speichern und zu bearbeiten. Sagen Sie Nein dazu!

Solche Angaben gehören zu den besonders schützenswerten Daten. Was heisst das? Das heisst, dass dafür laut dem Datenschutzgesetz eine formal-gesetzliche Grundlage zur Bearbeitung bestehen muss. Warum verlangt das Gesetz eine formal-gesetzliche Grundlage? Die Überlegung dahinter ist klar: Mit dieser Formulierung im Datenschutzgesetz wollte der Gesetzgeber den Bundesrat, aber auch sich selbst dazu zwingen, bei besonders schützenswerten Daten eben auch besonders konkret und präzise zu legislieren und den Umfang, die Grenzen und den erlaubten Zweck der Datenbearbeitung präzise festzuschreiben. Genau das findet hier überhaupt nicht statt.

Die Datenerhebung und -bearbeitung wird im vorliegenden Entwurf sehr offen und ungenau geregelt. Zu diesem Schluss kommt übrigens auch der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte. Ja, religiöse, weltanschauliche, politische Ansichten sind relevant, aber nur im Kontext von Terrorismus und ähnlichen Verbrechen. Für ihre Bekämpfung sind der Nachrichtendienst des Bundes und das Fedpol zuständig, nicht der Zoll.

Wenn Sie nun einwenden, das sei doch vielleicht auch für den Zoll relevant, erkläre ich Ihnen gerne an einem Beispiel, weshalb es diese Berechtigungen für das Funktionieren des Zolls nicht braucht. Wenn das Fedpol oder der Nachrichtendienst zum Schluss kommt, dass eine bestimmte Person X – zum Beispiel, weil sie gefährlich ist – an der Grenze oder überall, wo man sie ausfindig macht, festgehalten werden muss, dann reicht es gewissermassen, diese Person auszuschreiben, damit der Zoll weiss: Okay, wenn diese Person in die Kontrolle kommt, dann ist sie zu packen. Aber dafür braucht es keine Informationen darüber, welche Gründe und welche Analysen vorliegen und welche gesundheitlichen und politischen Haltungen diese Person hat.

Es soll auch nicht Aufgabe der Zollmitarbeitenden sein, hierzu selbst Daten zu sammeln, zu bearbeiten, zu analysieren und auszuwerten. Machen Sie aus den Angestellten des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicher-



heit keine Schlapphüte.

Restons précis et clairs. Respectons les compétences respectives: la police – la police, les douanes – les douanes, les services secrets – les services secrets. Il ne faut pas mélanger les pommes et les poires.

**Wermuth** Cédric (S, AG): Wir sind jetzt bei Artikel 131 Buchstabe g BAZG-VG. In diesem Artikel geht es um die Durchführung von Risikoanalysen durch das BAZG und um die Frage, unter welchen Bedingungen diese Risikoanalysen durchgeführt werden können.

Meine Minderheit möchte, dass wir Buchstabe g ergänzen, wonach bei der Fahndung nach Waren, Personen und Transportmitteln Risikoanalysen zwar durchgeführt werden können, aber nur dann, wenn das im Zusammenhang mit einer Zoll- oder Grenzschutzverletzung einhergeht. Das ist ein Artikel, der vor allem – das haben wir beim Eintreten lange diskutiert, und das war auch heute in den

**AB 2024 N 322 / BO 2024 N 322**

Auseinandersetzungen wieder ein Thema – auf das etwas zerrüttete Vertrauensverhältnis, sagen wir es mal so, zwischen den Kantonen und dem Bund in Bezug auf dieses Gesetz zurückgeht. Es war ein klarer Wunsch der Kantone, insbesondere auch der Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz. Sie hatten hier eine unklare Abgrenzung zwischen den Zuständigkeiten des Zolls und der kantonalen Polizeikörper moniert.

Dieser Minderheitsantrag – es war ursprünglich ein Antrag Ryser – möchte diese Abgrenzung klären. Die Verwaltung entgegnet, diese Ergänzung sei unpräzise. Wir wären aber froh, die Frau Bundesrätin würde noch ausführen, wo die Ungenauigkeit in diesem Artikel wäre. Uns scheint es relativ klar zu sein, dass in den vorgehenden Artikeln geregelt ist, unter welchen Umständen der Zoll zuständig ist. Wenn man hier präzisiert, dass es dann logischerweise auch die Risikoanalysen betrifft, so scheint uns das nachvollziehbar. Es ist ein Artikel, der im Sinne der Aufrechterhaltung der föderalen Kompetenzordnung und der Wiederherstellung der Vertrauensbildung zwischen Kantonen und Bund sinnvoll ist.

Wir bitten Sie, meiner Minderheit zu folgen.

**Aeschi** Thomas (V, ZG): Meine zwei Minderheitsanträge befinden sich auf den Seiten 96 und 97 der Fahne. Bei Artikel 151 geht es um die Bekanntgabe an Behörden anderer Staaten sowie an supranationale und internationale Organisationen. Hier schlägt uns der Bundesrat vor, dass folgende Daten bekannt gegeben werden dürfen: Personendaten, notabene einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten; weiter auch Daten, die auf einer Risikoanalyse beruhen; Daten, die auf einem Profiling oder einem Profiling mit hohem Risiko beruhen. Bevor wir hier die Kompetenz, besonders schützenswerte Personendaten ans Ausland abzugeben, einfach an ein Bundesamt abtreten, möchte ich Sie schon bitten, datenschutzrechtliche Bestimmungen einzuhalten und diese Kompetenz nicht einfach so mit einer Generalvollmacht an das BAZG zu delegieren.

Das Gleiche gilt beim zweiten Minderheitsantrag zu Artikel 152, eine Seite weiter auf der Fahne. Hier geht es um die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Auch hier will der Bundesrat, dass wir oder dass das BAZG der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache folgende Daten bekannt geben darf: Daten von Personen, die die Aussengrenzen unbefugt überschritten haben; Fahrzeugkennzeichen und Fahrzeugidentifizierungsnummern; Schiffs- und Luftfahrzeugkennungen usw. usw. Wenn das nur Ausländerinnen und Ausländer betreffen würde, hätte ich kein Problem damit, aber hier werden auch schützenswerte Daten von Schweizerinnen und Schweizern einfach so an die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache abgegeben. Ich bitte Sie, diesen Passus zu streichen.

Bei den anderen Minderheitsanträgen – Ryser, Glättli und Wermuth – bitte ich Sie, jeweils der Mehrheit zu folgen.

**Müller** Leo (M-E, LU): Beim letzten Block bitte ich Sie, überall der Mehrheit zu folgen.

Zuerst zu Artikel 117 des BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes: Hier will die Mehrheit gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf präzisieren, dass die Datenbearbeitung des BAZG auch bei der Erfüllung von kantonalen polizeilichen Aufgaben, die das BAZG aufgrund von Vereinbarungen mit den Kantonen übernimmt, geregelt werden soll. Würde das nicht geregelt, wäre die Aufgabenerfüllung, die auf Vereinbarungen basieren würde, für die Kantone praktisch nicht mehr möglich. Deshalb schlägt Ihnen die Kommission vor, diese Ergänzung vorzunehmen. Der Antrag der Minderheit I (Ryser) ist abzulehnen, weil sie zusätzliche Bestimmungen verlangen würde, die nicht nötig sind und die wir nicht unterstützen. Die Minderheit II (Ryser) will dann die Fassung des bundesrätlichen Entwurfes wieder aufnehmen, die aber, wie gesagt, zu wenig weit geht und das BAZG bei der Übernahme von Aufgaben von Kantonen einschränken würde.

Bei Artikel 122 bitte ich Sie, die nächste Minderheit, den Antrag der Minderheit Glättli, abzulehnen und der



Kommissionsmehrheit zu folgen. Es geht hier darum, dass das BAZG verpflichtet ist, auch Propagandamaterial sicherzustellen. Wenn Propagandamaterial sichergestellt werden soll, muss eruiert werden, wofür diese Propaganda gemacht wird; deshalb sind diese Daten auch in den Bereichen zu erheben, die Herr Glättli erwähnt hat. Es gehört also dazu, dass diese Daten erhoben werden; man soll und muss das machen.

Bei Artikel 131 Buchstabe g des BAZG-Vollzugaufgabengesetzes will die Minderheit Wermuth eine Einschränkung bei der Fahndung nach Waren, Personen und Transportmitteln ins Gesetz schreiben. Diese Einschränkung ist abzulehnen, weshalb der Mehrheit zu folgen ist.

Ebenfalls ist bei Artikel 151 BAZG-VG der Mehrheit zu folgen und der Minderheitsantrag Aeschi Thomas abzulehnen. Der Antrag der Mehrheit entspricht dem geltenden Recht. Es ist nicht einzusehen, warum neu eine Einschränkung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Bekanntgabe von Daten, vorgenommen werden soll.

Auch bei Artikel 152 BAZG-VG entspricht der Antrag der Mehrheit heute geltendem Recht, und daran soll nichts geändert werden. Die Zusammenarbeit mit der Frontex soll wie im bisherigen Rahmen möglich sein, weshalb hier der Minderheitsantrag Aeschi Thomas abzulehnen ist.

Dann gibt es, wie gehört, noch den Einzelantrag Fivaz Fabien. Ich bitte Sie, auch diesen abzulehnen. Er betrifft ein Anliegen, das wiederum die Kantone in die Diskussion eingebracht haben und das von der Arbeitsgruppe Hofmann stammt. Die SiK hat festgehalten, dass die Bestimmung bleiben muss, damit die Aufgaben erfüllt werden können.

Wir sind nun beim letzten Block der Beratung der Totalrevision des Zollgesetzes angelangt. Bei dieser Gelegenheit danke ich den Mitgliedern der Kommission für ihre grosse Arbeit bei dieser sehr umfassenden Gesetzesrevision. Wir haben diese Vorlage an acht Sitzungen der Kommission für Wirtschaft und Abgaben beraten, bis sie heute in die Detailberatung des Rates gebracht worden ist. Das war eine grosse Arbeit. Ebenso danke ich der Arbeitsgruppe Hofmann und der SiK, die die Anliegen der Kantone in unsere Kommission eingebracht haben. Auch danke ich herzlich dem Bundesrat und der Verwaltung. Sie haben unsere Beratung sehr gut unterstützt. Sie erarbeiteten und gaben jeweils Stellungnahmen ab, und wir konnten uns auf diese Unterlagen stützen. Es waren sehr gute Unterlagen, es hat eine gute Diskussion gegeben, und dafür danke ich Ihnen allen nochmals ganz herzlich. Ohne die Unterstützung all dieser Personen wären wir nicht hier, wo wir heute stehen. Besten Dank.

**Schlatter** Marionna (G, ZH): Im Block 5 geht es um die Daten und um die Datenbearbeitung. Das, was für uns für den Rest des Gesetzes gilt, gilt auch hier. Das Gesetz ist hinsichtlich Datenschutz nicht fertig. Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte, aber auch das Bundesamt für Justiz haben das in ihren Stellungnahmen sehr klar ausformuliert.

Die Digitalisierung hat zur Folge, dass ganz neue Möglichkeiten, aber auch ganz neue Gefahren entstehen. Das massenhafte Datensammeln und Auswerten auch mithilfe von künstlicher Intelligenz ist ein heikler Bereich – heikel darum, weil wir alle potenziell Täterinnen und Täter werden können und damit unsere Grundrechte bedroht werden.

Der Zoll erhält also die Möglichkeit, Daten zu sammeln. Der Schutz der Personendaten hingegen ist ungenügend gewährleistet. Es entsteht eine quasi unregulierte Behörde, die Datenmengen anhäuft, ohne dass ausreichende Vorgaben gemacht werden, zum Beispiel zu Löschfristen oder Zugriffsrechten wie beispielsweise beim Nachrichtendienst. Es geht dabei nicht nur um die Art und Menge der Daten, sondern wesentlich um die ungenügende Regelung des Umgangs damit. Datenmengen sollen dann noch mit anderen Datenbanken automatisiert verknüpft werden, ohne dass die gleichen Regeln für den Umgang mit Daten gelten. Das Chaos ist beim Schutz der Personendaten vorprogrammiert.

Die Minderheit I (Ryser) zu Artikel 117 ist eine wesentliche Minderheit. Sie versucht, die mangelnde Regelung im Umgang mit den Daten ins Gesetz einzubringen. Mit der Minderheit soll der Bundesrat beauftragt werden, in den Ausführungsbestimmungen nachzubessern. Danke, wenn Sie mit

AB 2024 N 323 / BO 2024 N 323

der Unterstützung dieser Minderheit zumindest anerkennen, dass das Gesetz in Bezug auf den Datenschutz ungenügend ist.

Ganz grundsätzlich ist die Anhäufung von Datenmengen aus unserer Sicht kritisch zu sehen, insbesondere auch, wenn es um schützenswerte Personendaten geht oder um unverhältnismässige Datensammlungen. Die Minderheit Glättli in Artikel 122 versucht, den Datenkatalog etwas einzuschränken. Dass der Zoll religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten und Tätigkeiten oder Gesundheitsdaten bearbeiten soll, ist ein unverhältnismässiger Eingriff in die Grundrechte.



Den Einzelantrag Fivaz Fabien zu den Artikeln 133 und 134 unterstützen die Grünen. Der Einzelantrag möchte die Kompetenz zur Durchführung von Profilings streichen. Profilings sind grundrechtlich sehr heikel. Durch die offene Formulierung ist völlig unklar, wer ins Visier kommen könnte. Die Nachvollziehbarkeit der Auswertungsmöglichkeiten ist nicht gegeben. Auch fehlt eine Kontrolle der Möglichkeiten.

**Amoos Emmanuel (S, VS):** Je vous donne la position du groupe socialiste sur les différentes propositions de minorité déposées dans le bloc 5 qui traite des poursuites pénales et du traitement des données.

Concernant l'article 117 sur le traitement de données personnelles et de données concernant des personnes morales, nous vous prions de suivre la minorité II (Ryser). Il s'agit donc de la position du Conseil fédéral. L'Office fédéral de la justice a garanti que la loi sur la protection des données (LPD) était applicable et qu'elle se situait au même niveau que la loi sur les douanes. Le renvoi, dans le texte, à la LPD est donc inutile, car purement déclaratif. Nous vous demandons donc de vous en tenir à la version du Conseil fédéral et de ne pas alourdir inutilement le texte.

Nous ne souhaitons également pas introduire le nouvel alinéa 3 proposé par la minorité I (Ryser). En effet, certaines des dispositions que le Conseil fédéral serait habilité à réglementer avec ce nouvel alinéa sont déjà mises en oeuvre matériellement au niveau de la loi. L'introduction d'une norme de délégation indépendante supplémentaire entraînerait des doublons et des contradictions inutiles au sein des dispositions de la loi sur les douanes relatives à la protection des données. Elle serait préjudiciable à la lisibilité et nuirait à la sécurité juridique.

Concernant la minorité Glättli relative aux articles 122 et 126, qui traitent des catégories de données lors de contrôles et de poursuites pénales, elle vise à ce que les catégories contenant des informations sur les opinions religieuses, philosophiques ou politiques ainsi que des informations sur la santé, soient biffées. Notre groupe est partagé. D'un côté, certains pensent que le traitement de ces données est réglé de manière trop imprécise et que les opinions religieuses, philosophiques ou politiques ne sont pertinentes que dans le contexte du terrorisme, dont la lutte relève de la compétence du Service de renseignement de la Confédération et de Fedpol et en tout cas pas des douanes. D'un autre côté, les douanes doivent également pouvoir traiter des données relatives à la santé afin de pouvoir vérifier, par exemple, si les voyageurs importent des médicaments pour se soigner. Les données relatives à la santé sont également pertinentes pour l'évaluation des risques dans le cadre des contrôles de personnes souffrant de maladies contagieuses.

La formulation de l'article 122 lettre a chiffre 3 est délibérément choisie de manière à ce que l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières ne puisse traiter des données relatives à la santé que si ces dernières sont indispensables à la poursuite du traitement du cas concerné ou en raison de situations spécifiques, comme des pandémies.

A l'article 126, qui concerne le domaine des poursuites pénales, les données relatives à la santé, mentionnées à la lettre a chiffre 3, sont également pertinentes pour les procédures pénales.

Nous vous demandons de soutenir à l'article 131 lettre g la minorité Wermuth, qui porte sur l'analyse des risques que les douanes peuvent effectuer. La minorité souhaite ajouter que lors de la recherche de marchandises, de personnes et de moyens de transport, les analyses de risques ne puissent être effectuées que si elles sont liées à une infraction douanière ou frontalière. Ce complément reprend un élément critique exprimé et demandé par la Conférence des commandantes et des commandants des polices cantonales de Suisse. Cet élément est important en matière de répartition des compétences avec les polices cantonales.

Nous vous invitons encore à rejeter, aux articles 151 et 152, les propositions des minorités Aeschi Thomas qui visent à biffer les articles qui concernent la communication à des autorités d'autres Etats et à des organisations supranationales ou internationales. Le contenu de ces deux articles correspond au droit en vigueur. Il est important de noter que cette communication de données est toujours liée à un traité international. Le droit international prévaut donc à cet égard. Même si l'on supprimait cet article, il faudrait quand même communiquer les données en raison du traité international.

Nous vous demandons encore de soutenir la proposition Fivaz Fabien qui vise à biffer les articles 133 et 134, qui traitent du profilage. Nous devons être particulièrement attentifs aux risques potentiels qu'apporte la numérisation, et notamment en matière de restriction des droits fondamentaux. Nous pensons que le projet de loi ne définit pas suffisamment clairement les conditions dans lesquelles le profilage peut être utilisé.

En résumé, je vous invite à soutenir la minorité II (Ryser) à l'article 117; à soutenir la minorité Wermuth à l'article 131; à soutenir la proposition Fivaz Fabien aux articles 133 et 134; à rejeter les minorités Aeschi Thomas aux articles 151 et 152.

**Walti Beat (RL, ZH):** In diesem Block 5 geht es, wie gehört, um die Sammlung und Bearbeitung von Daten



im Rahmen der hier besprochenen Zollprozesse. Ich möchte vorausschicken, dass aus liberaler Warte der Umgang mit Daten natürlich ein sehr sensibler Bereich ist und dass man diese Regelungen ernst nehmen, sinnvoll gestalten und auch korrekt durchsetzen muss.

Hingegen kann ich mir die Bemerkung nicht verkneifen, vor allem an die linke Seite, die mit zahlreichen Minderheitsanträgen auffährt, dass Sie in Block 2, bei Artikel 13, einer umfassenden und unnötigen Menge an Datensammlungen das Wort geredet haben, indem Sie nämlich den ganzen, auch den nicht zollpflichtigen Warenverkehr den entsprechenden Meldeverfahren unterstellen wollten. Das würde notgedrungen eine grosse Menge an Daten über Dinge und Personen generieren und damit das Problem akzentuieren, das Sie dann wortreich beklagen oder bekämpfen wollen.

Zu den einzelnen Minderheiten, die wir ausnahmslos ablehnen, kann ich sagen, dass mit dem Antrag der Minderheit Ryser etwas gefordert wird, was ohnehin selbstverständlich ist. All diese Vorschriften zur Sammlung und Bearbeitung von Daten sind nämlich immer unter der Massgabe der datenschutzrechtlichen Vorschriften zu lesen. Diese gelten auch fürs BAZG, wenn es gemäss Gesetzeskompetenz diese Daten sammelt und bearbeitet.

Die Minderheit Glättli kritisiert und will die Kompetenz zur Sammlung und Bearbeitung besonders sensibler Daten im Zusammenhang mit der Gesundheit, der Religion, der Weltanschauung oder der politischen Haltung von Personen einschränken. Hier muss man beachten, dass das BAZG auch unterstützende Verfahrenspflichten für andere Behörden hat. Da geht es zum Beispiel um Sicherheitsfragen, Terrorismusbekämpfung, Informationen zuhanden des Nachrichtendienstes oder um Fragen der Seuchenbekämpfung; da sind auch Gesundheitsfragen involviert. Wenn es diese unterstützenden Verfahrenspflichten wahrnehmen will, dann muss das BAZG in der Lage sein, diese Daten zu sammeln und zu bearbeiten. Nur wenn sie protokolliert werden und entsprechend bearbeitet werden können, können diese Verfahrenspflichten eben auch wahrgenommen werden; sonst findet das Ganze gar nicht statt.

Solche Datensammlungen können dann im Übrigen auch für die Verfahrensbeteiligten entlastend sein. Als Beispiel wurde in der Beratung die Einfuhr von Medikamenten erwähnt. Geht es um den Eigengebrauch, weil dies aufgrund des Gesundheitszustandes der einführenden Person notwendig ist, dann kann das in einer an und für sich gesetzeswidrigen

**AB 2024 N 324 / BO 2024 N 324**

Situation ein entlastendes Element sein. Es ist also nicht ganz klar, wer hier belastet und wer entlastet wird. Deshalb ist die Mehrheitsposition hier die richtige.

Aus dem gleichen Grund lehnen wir auch die Minderheit Wermuth zu Artikel 131 Buchstabe g BAZG-VG im Zusammenhang mit der Durchführung von Risikoanalysen ab; dort stellt sich die Güterabwägung gleich dar. Ebenfalls ablehnen werden wir die beiden Minderheiten Aeschi Thomas zu den Artikeln 151 und 152 BAZG-VG. Die Weitergabe von Personen- und Firmendaten an ausländische Behörden erfolgt gemäss völkerrechtlichen Verträgen. Es werden also nicht einfach irgendwelche Daten nach Lust und Laune weitergegeben, sondern die materielle Grundlage findet sich in ebendiesen völkerrechtlichen Verträgen. Hier im BAZG-VG schaffen wir lediglich die formale Grundlage, sodass die Behörden diese Weitergabe auch entsprechend bewerkstelligen können. Da geht es z. B. um Daten im Zusammenhang mit Freihandelsverträgen, bei denen es abzuklären gilt, ob eine Person zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen überhaupt berechtigt ist. Es sind also wenig dramatische Sachverhalte, aber das Ganze ist sehr nützlich für den Waren- und Rechtsverkehr. Gleiches gilt auch für den Datenaustausch mit der Frontex. Wir haben alle ein Interesse daran, dass diese Daten relativ flüssig ausgetauscht werden können, damit die Behörden beim Vollzug ihrer Aufgaben nicht im Dunkeln tappen. Besonders erstaunt bin ich darüber, dass die SVP-Fraktion hier ein Problem konstruiert. Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zu folgen und die Minderheiten Aeschi Thomas abzulehnen.

Ebenfalls ablehnen werden wir den Einzelantrag Fivaz Fabien zu den Artikeln 133 und 134 und dem Thema Profiling. Es handelt sich dabei um Wünsche der Arbeitsgruppe Hofmann und der Kantone, denen wir nachkommen sollten.

**Glättli Balthasar (G, ZH):** Sie haben den Vergleich zwischen der Sammlung von Deklarationsdaten und der Sammlung von besonders schützenswerten Personendaten angestellt. Können Sie bestätigen, dass das Datenschutzgesetz die Persönlichkeit von natürlichen Personen schützt und dass Gegenstände kein Persönlichkeitsrecht haben? Können Sie auch bestätigen, dass der Konsum von Gegenständen bzw. die Lieferung oder Bestellung von Gegenständen nicht zu den besonders schützenswerten Personendaten gehört?

**Walti Beat (RL, ZH):** Ich wollte eigentlich nur thematisieren, dass Sie offensichtlich zwei unterschiedliche Sen-



sibilitätsniveaus haben, je nachdem, um was es geht. Dass besonders schützenswerte Personendaten auch besonders sorgfältig bearbeitet werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Dagegen wehren wir uns in keiner Weise, ganz im Gegenteil. Aber auf der anderen Seite gibt es keinen autonomen oder entpersonifizierten Warenverkehr. Bei jeder Ware, die transportiert wird, gibt es Verbindungen zu Personen. Da fallen bei der Sammlung eben auch Personendaten an. Da wollen Sie, wie ich auch, dass diese mit grosser Vorsicht gehandhabt werden.

**Keller-Sutter** Karin, Bundesrätin: Der Bundesrat unterstützt bei sämtlichen Artikeln die Mehrheit Ihrer vorbereitenden Kommission. Erlauben Sie mir aber noch ein paar Bemerkungen zu den gemachten Voten.

Zu Artikel 122 Buchstabe a Ziffern 2 und 3, Artikel 126 usw.: Hier hat man sich daran gestört, dass religiöse, weltanschauliche und politische Ansichten erwähnt werden. Sie müssen sich aber bewusst sein, dass auf Artikel 13e des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit verwiesen wird. Ich zitiere, was dort in Absatz 1 steht: "Die Polizei- und die Zollbehörden stellen, ungeachtet der Menge, Beschaffenheit und Art, Material sicher, das Propagandazwecken dienen kann und dessen Inhalt konkret und ernsthaft zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen aufruft." Also es geht hier eben um solches Propagandamaterial, das mitgeführt wird; das wird subsumiert unter Daten über "religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten". Das soll hier eben in Betracht gezogen werden können.

Dann zu Artikel 131 Buchstabe g: Hierzu hat Herr Wermuth gefragt, warum wir der Meinung sind, dass sein Minderheitsantrag nicht präzise ist. Es ist so, dass in Artikel 131e BAZG-VG die Zwecke der Risikoanalyse abschliessend aufgelistet sind. Die beantragte Ergänzung ist unpräzise; sie beeinträchtigt die Rechtssicherheit. Sie ist nicht notwendig, denn das BAZG darf zur Erfüllung seiner Aufgaben sowieso nur im Grenzraum nach Personen und Sachen fahnden. Die Risikoanalyse liefert also die massgebenden Hinweise für den Entscheid, ob eine Kontrolle durchgeführt werden soll oder nicht. Wenn die Fahndung auf die Bereiche Zoll- und Grenzschutzverletzungen eingeschränkt würde, dann könnte eben auch die Risikoanalyse nur eingeschränkt eingesetzt werden, was wiederum die Kontrollen an der Grenze beeinträchtigen würde.

Dann möchte ich gerne noch etwas zum Einzelantrag Fivaz Fabien sagen, weil die Datenbearbeitung doch sehr im Zentrum dieses Blocks stand. Hier wird die Streichung der Artikel zu den Profilings gefordert, einschliesslich der Profilings mit hohem Risiko. Ich muss dazu einfach sagen: Entgegen den Befürchtungen, die von verschiedenen Votanten oder auch von Nationalrat Fivaz geäussert wurden, entsprechen die Bestimmungen den Vorgaben des neuen Datenschutzgesetzes und fallen daher auch entsprechend detailliert aus. In den Artikeln 133 und 134 BAZG-VG werden abschliessend und detailliert die Eintrittsfälle für die Durchführung eines Profilings festgelegt, die Gründe und Zwecke für das Profiling, die persönlichen Aspekte einer Person, die analysiert und beurteilt werden darf, der Personenkreis, der vom Profiling betroffen ist, sowie die besonders schützenswerten Daten natürlicher und juristischer Personen, die für ein Profiling verwendet werden dürfen. Die Verwendung von nicht besonders schützenswerten Daten wird auf Stufe Verordnung geregelt.

Das heisst also, die Regelungen in den Artikeln 133 und 134 lassen in keiner Art und Weise ein massenhaftes, anlassloses und verdachtsunabhängiges Profiling in dieser Hinsicht zu. Dieses Profiling wird nicht systematisch erstellt, sondern nur fallweise auf begründeten Verdacht hin. Ich wollte einfach noch klarstellen, dass wir hier auch im Geltungsbereich des Datenschutzgesetzes sind.

**Ritter** Markus (M-E, SG), für die Kommission: Wir sind bei Block 5. Hier haben wir sechs Minderheiten zu fünf unterschiedlichen Bestimmungen: bei Artikel 117, Artikel 130, 4. Kapitel, 2a. Abschnitt, Artikel 150a BAZG-VG. Auf Seite 72 der Fahne sind die Minderheit I (Ryser) und die Minderheit II (Ryser) aufgeführt. Die Datenbearbeitung soll geregelt werden; das ist jetzt eine wichtige Bestimmung für das BAZG bei der Erfüllung von kantonalen polizeilichen Aufgaben, die es gestützt auf eine Vereinbarung mit den Kantonen übernimmt. Ohne eine solche Regelung dürfte das BAZG bei der Erfüllung übernommener kantonaler polizeilicher Aufgaben keine besonders schützenswerten Personendaten mehr bearbeiten. Die Aufgabenerfüllung zugunsten der Kantone wäre damit kaum mehr möglich, und die mit den Kantonen abgeschlossenen Vereinbarungen wären quasi hinfällig. Die Kommission lehnte den Antrag, den Sie jetzt als Minderheitsantrag I (Ryser) vor sich haben, mit 13 zu 10 Stimmen ab. Sie lehnte den Antrag, den Sie jetzt als Minderheitsantrag II (Ryser) vor sich haben, mit 14 zu 10 Stimmen ab.

Zu Artikel 122 Buchstabe a Ziffern 2 und 3 sowie Artikel 126 Buchstabe a Ziffern 2 und 3 BAZG-VG und der Minderheit Glättli auf Seite 77 der Fahne: Das BAZG muss solche Daten bearbeiten können, um bei Kontrollen und in der Strafverfolgung seine Aufgaben erfüllen zu können. Das kann zur Sicherstellung von Propagandamaterial erforderlich sein, um eine gesundheitliche Risikoabschätzung vorzunehmen oder aber auch um den Sachverhalt ermitteln zu können. Die Daten werden nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit nur



bearbeitet, soweit dies für die jeweilige Aufgabenerfüllung notwendig ist. Die Kommission lehnte den Antrag, den Sie jetzt als Minderheitsantrag Glättli vor sich haben, mit 13 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Auf Seite 80 der Fahne findet sich die Minderheit Wermuth zu Artikel 131 Buchstabe g BAZG-VG. Eine Einschränkung,

AB 2024 N 325 / BO 2024 N 325

wonach Risikoanalysen zu Fahndungszwecken nur durchgeführt werden können, "sofern dies [...] mit einer Zoll- oder Grenzschutzverletzung einhergeht", führt zu Unklarheiten. Dadurch wird die Rechtssicherheit beeinträchtigt. Die Risikoanalyse könnte dadurch nur eingeschränkt eingesetzt werden, was gezielte Kontrollen erschweren würde. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegte hier gegenüber demjenigen der jetzigen Minderheit mit 14 zu 10 Stimmen.

Dann haben wir einen Einzelantrag Fivaz Fabien zu den Artikeln 133 und 134 BAZG-VG auf den Seiten 83 und 84 der Fahne. In der Kommission lag kein Antrag zu diesen Artikeln vor, ergo gibt es auch keine Minderheiten. Der Einzelantrag will die beiden Artikel streichen. Die Kommission ist hier geschlossen dem Entwurf des Bundesrates gefolgt und will diese zwei Artikel nicht aus der Vorlage herausnehmen. Daher kann ich Sie bitten, den Einzelantrag Fivaz Fabien abzulehnen und hier der Kommission zu folgen.

Bei Artikel 151 BAZG-VG auf Seite 96 der Fahne haben wir die Minderheit Aeschi Thomas. Inhaltlich entspricht Artikel 151 geltendem Zollrecht. Gestützt auf völkerrechtliche Verträge kann das BAZG Daten an Behörden von anderen Staaten sowie an supranationale und internationale Organisationen bekannt geben. Es ist eine wichtige Aufgabe und schafft Transparenz und Rechtssicherheit. Eine Streichung hätte keinen Einfluss auf die Möglichkeit und Zulässigkeit der völkerrechtlich vorgesehenen Datenbekanntgaben. Der Antrag, der Ihnen nun als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegte hier gegenüber demjenigen der jetzigen Minderheit mit 15 zu 6 Stimmen. Dann komme ich noch zur letzten Minderheit, zum Minderheitsantrag Aeschi Thomas zu Artikel 152 BAZG-VG auf Seite 97 der Fahne. Inhaltlich entspricht auch Artikel 152 geltendem Zollrecht. Artikel 152 schafft ebenfalls Transparenz und Rechtssicherheit. Eine Streichung von Artikel 152 hätte keinen Einfluss auf die Verpflichtung zur Datenbekanntgabe an die Frontex. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Mehrheitsantrag vorliegt, obsiegte hier gegenüber demjenigen der jetzigen Minderheit Aeschi Thomas mit 13 zu 7 Stimmen.

Erlauben Sie mir noch eine Schlussbemerkung: Nach der Anhörung zu dieser Vorlage im Herbst 2022 lag eigentlich das gesamte Geschäft auf dem Sterbebett. Verschiedene Leute haben aktiv und engagiert dazu beigetragen, dass eine Wiederbelebung möglich war. Ich möchte dafür folgenden Akteuren herzlich danken: der Bundesrätin, die mit einem unkonventionellen Vorgehen die Kantone wieder ins Boot holen konnte; der Verwaltung, die sich ebenfalls sehr stark engagiert hat, dass es möglich geworden ist, hier nochmals eine Vorlage, die im Parlament diskutiert werden kann, zu gestalten; dem WAK-Sekretariat und natürlich der Vertretung des BAZG. Mein Dank gilt ebenfalls den drei Kommissionen, die Mitberichte verfasst haben: der Finanzkommission, der Sicherheitspolitischen Kommission und der Kommission für Rechtsfragen. Ich möchte hier insbesondere der Sicherheitspolitischen Kommission danken, die sehr viel dazu beigetragen hat, dass die Lösung mit den Kantonen in dieser Weise in die Vorlage einfließen kann. Am Schluss natürlich auch ein Dank an alle Kolleginnen und Kollegen aus der WAK. In diesem Sinne schliesse ich meine Berichterstattung hier ab.

**Feller** Olivier (RL, VD), pour la commission: Nous en sommes au bloc 5. Systématiquement, la majorité de la commission vous propose de suivre le projet du Conseil fédéral.

A l'article 117, page 75 du dépliant, la majorité de la commission relève que le traitement des données effectué par l'OFDF dans le cadre de l'exécution des tâches de police cantonale qu'il assume sur la base des conventions conclues avec les cantons doit être réglementé. C'est pourquoi la disposition proposée par le Conseil fédéral est nécessaire.

A la page 79, nous avons un article 122. Pour la majorité de la commission, l'OFDF doit pouvoir traiter des données relatives aux contrôles afin de pouvoir remplir ses tâches dans le cadre des poursuites pénales. Cela peut être nécessaire, par exemple, pour saisir du matériel de propagande, pour procéder à une évaluation des risques pour la santé ou encore pour pouvoir rétablir les faits.

A la page 83, il y a l'article 131. Pour la majorité de la commission, une restriction selon laquelle les analyses des risques ne pourraient être effectuées à des fins de recherche que dans la mesure où elles sont associées à une infraction douanière ou frontalière entraînerait un manque de clarté. La sécurité juridique s'en trouverait affectée.

Concernant l'article 151, page 101, pour la majorité de la commission, le contenu de l'article 151 proposé par le Conseil fédéral correspond à la législation douanière en vigueur. En vertu de traités internationaux, l'OFDF peut communiquer des données aux autorités d'autres Etats ainsi qu'à des organisations supracantonales



et internationales. Une suppression de l'article 151 n'aurait d'ailleurs aucune influence sur la possibilité de communiquer des données prévue par le droit international public.

Concernant l'article 152 à la page 102, pour la majorité de la commission, le contenu de l'article 152 correspond à la législation douanière en vigueur. L'article 152 garantit la transparence et la sécurité juridique. La suppression de cet article n'aurait aucune incidence sur l'obligation de communiquer des données à Frontex. A mon tour de remercier la conseillère fédérale ainsi que ses équipes pour l'excellent et important travail fourni. Merci à toutes les autres personnes, qui ont d'ores et déjà été remerciées par Leo Müller et Markus Ritter, et un grand merci à mon cher collègue Markus Ritter pour la bonne collaboration.

**1. Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit**  
**1. Loi fédérale sur la partie générale relative à la perception des redevances et sur le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières**

**Art. 117**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

... nach den Artikeln 120–130 nur ...

...

d. ... Verträge oder auf andere Vereinbarungen, insbesondere solche mit den Kantonen nach Artikel 10, übertragen worden sind.

*Abs. 2*

...

d. ... Verträge oder auf andere Vereinbarungen, insbesondere solche mit den Kantonen nach Artikel 10, übertragen worden sind.

*Antrag der Minderheit I*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina)

*Abs. 1*

Das BAZG kann im Rahmen der Datenschutzgesetzgebung des Bundes Personendaten, einschliesslich ...

*Abs. 2*

Es kann Risikoanalysen nach Artikel 6 Buchstabe m sowie Profilings und Profilings mit hohem Risiko nach Artikel 6 Buchstaben mbis und mter nur durchführen, sofern dies notwendig ist für:

*Abs. 3*

Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen zur Datenbearbeitung und regelt dabei insbesondere:

- a. die Datenbearbeitungen innerhalb der Datenkategorien nach Artikel 119;
- b. die Zwecke der Datenbearbeitungen;
- c. die bearbeiteten Daten;
- d. die Zugriffe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAZG auf die Daten;
- e. die Bekanntgaben und Veröffentlichungen der Daten;
- f. die Aufbewahrung der Daten;
- g. die Qualitätssicherung.

AB 2024 N 326 / BO 2024 N 326

*Antrag der Minderheit II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Wermuth)

*Abs. 1 Einleitung, Bst. d, 2 Bst. d*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



**Art. 117**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

... articles 120 à 130 ...

...

d. ... internationaux ou d'autres accords conclus notamment avec les cantons selon l'article 10.

*Al. 2*

...

d. ... internationaux ou d'autres accords conclus notamment avec les cantons selon l'article 10.

*Proposition de la minorité I*

(Ryser, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Maillard, Michaud Gigon, Molina)

*Al. 1*

L'OFDF ne peut traiter, dans le cadre de la législation sur la protection des données de la Confédération, des données personnelles, y compris des données sensibles, et des données concernant des personnes morales, y compris des données sensibles, en vertu des articles 120 à 129 que si cela est nécessaire:

*Al. 2*

Il ne peut exécuter une analyse des risques au sens de l'article 6 lettre m, un profilage ou un profilage à risque élevé au sens de l'article 6 lettres mbis et mter que si cela est nécessaire:

*Al. 3*

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution relatives au traitement des données et règle en particulier:

- a. le traitement de données concernant l'une des catégories de données visées à l'article 119;
- b. les buts du traitement des données;
- c. les données traitées;
- d. les accès aux données par le personnel de l'OFDF;
- e. la communication et la publication des données;
- f. la conservation des données;
- g. l'assurance-qualité.

*Proposition de la minorité II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Wermuth)

*Al. 1 introduction, let. d, 2 let. d*

Adhérer au projet de Conseil fédéral

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Abstimmung über den Antrag der Minderheit II (Ryser) gilt auch für Artikel 130 und Artikel 150a.

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28308)

Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 70 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28310)

Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 70 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 118**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 119**

*Antrag der Kommission*

*Einleitung*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Bst. a*

a. ... Ein- und Ausfuhrabgaben (Art. 7 Abs. 1 Bst. a) und zum Vollzug nichtabgaberechtlicher Erlasse (Art. 7 Abs. 2 Bst. a);

*Bst. b*

b. ... Inlandabgaben (Art. 7 Abs. 1 Bst. b);

*Bst. c*

c. ... Transportmittel (Art. 7 Abs. 1 Bst. c);

*Bst. d*

d. ... Unternehmensprüfungen (Art. 7 Abs. 1 Bst. b und c);

*Bst. e, f*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Bst. g*

g. ... Strafverfolgung (Art. 7 Abs. 1 Bst. d und Abs. 2 Bst. d);

*Bst. h*

h. ... Massnahmen (Art. 7 Abs. 1 Bst. d und Abs. 2 Bst. d)

*Bst. i-m*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Bst. n*

n. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates  
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

**Art. 119**

*Proposition de la commission*

*Introduction*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Let. a*

a. ... des redevances d'importation et d'exportation (art. 7 al. 1 let. a) et de l'exécution des actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal (art. 7 al. 2 let. a);

*Let. b*

b. ... aux redevances nationales (art. 7 al. 1 let. b);

*Let. c*

c. ... des moyens de transport utilisés à cet effet (art. 7 al. 1 let. c);

*Let. d*

d. ... au contrôle d'entreprises (art. 7 al. 1 let. b et c);

*Let. e, f*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Let. g*

g. ... à la poursuite pénale (art. 7 al. 1 let. d et al. 2 let. d);

*Let. h*

h. ... à l'exécution de peines et de mesures (art. 7 al. 1 let. d et al. 2 let. d);

*Let. i-m*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Let. n*

n. ... de tâches de police cantonales par l'OFDF (art. 10).

*Angenommen – Adopté*



**Art. 120, 121**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 122**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Glättli, Baumann, Badran Jacqueline, Bendahan, Michaud Gigon, Ryser)

*Bst. a Ziff. 2*

2. Streichen

*Bst. a Ziff. 3*

3. Streichen

AB 2024 N 327 / BO 2024 N 327

**Art. 122**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Glättli, Baumann, Badran Jacqueline, Bendahan, Michaud Gigon, Ryser)

*Let. a ch. 2*

2. Biffer

*Let. a ch. 3*

3. Biffer

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 126 Buchstabe a Ziffern 2 und 3.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28311)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 123–125**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 126**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Glättli, Baumann, Badran Jacqueline, Bendahan, Michaud Gigon, Ryser)

*Bst. a Ziff. 2*

2. Streichen





*Bst. a Ziff. 3*  
3. Streichen

**Art. 126**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Glättli, Baumann, Badran Jacqueline, Bendahan, Michaud Gigon, Ryser)

*Let. a ch. 2*

2. Biffer

*Let. a ch. 3*

3. Biffer

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Glättli wurde bei Artikel 122 Buchstabe a Ziffern 2 und 3 abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 127–129**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 130**

*Antrag der Mehrheit*

Das BAZG kann zur Erfüllung der nach Artikel 10 übernommenen kantonalen polizeilichen Aufgaben diejenigen Personendaten und Daten von juristischen Personen, einschliesslich besonders schützenswerter Daten, bearbeiten, die für die Durchführung und Dokumentierung einer Kontrolle und für die Bearbeitung eines Falls unerlässlich sind.

*Antrag der Minderheit II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Wermuth)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 130**

*Proposition de la majorité*

L'OFDF peut, pour accomplir les tâches de police cantonales prises en charge en vertu de l'article 10, traiter les données personnelles et les données concernant des personnes morales, y compris les données sensibles, qui sont indispensables pour effectuer et documenter un contrôle et poursuivre le traitement d'un cas.

*Proposition de la minorité II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Wermuth)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit II (Ryser) wurde bei Artikel 117 Absatz 1 Einleitung und Buchstabe d sowie Absatz 2 Buchstabe d abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*





**Art. 131**

*Antrag der Mehrheit*

...

n. die Einhaltung der nichtabgaberechtlichen Erlasse zu prüfen.

*Antrag der Minderheit*

(Wermuth, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser)

*Bst. g*

g. nach Waren, Personen und Transportmitteln zu fahnden, sofern dies im Zusammenhang mit einer Zoll- oder Grenzschutzverletzung einhergeht;

**Art. 131**

*Proposition de la majorité*

...

n. de vérifier le respect des actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal.

*Proposition de la minorité*

(Wermuth, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Ryser)

*Let. g*

g. de rechercher des marchandises, des personnes ou des moyens de transport, si cela est lié à une infraction douanière ou frontalière;

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28312)

Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

(3 Enthaltungen)

**Art. 132**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

AB 2024 N 328 / BO 2024 N 328

**Art. 133**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

... mit hohem Risiko nach Artikel 6 Buchstaben mbis und mter beurteilen, um ...

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Fivaz Fabien*

Streichen

**Art. 133**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

... à risque élevé au sens de l'article 6 lettres mbis et mter, évaluer la situation économique des responsables des marchandises ...



Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Fivaz Fabien*

Biffer

*Développement par écrit*

La numérisation offre de nouvelles possibilités, mais crée aussi de nouveaux risques, en particulier de restriction des droits fondamentaux. Nous avons déjà discuté de ces risques, par exemple avec la loi sur les profils d'ADN. La collecte massive de données et leur analyse par l'intelligence artificielle doivent être abordées avec la plus grande prudence. Leur utilisation doit être très fortement encadrée par la législation. Ce n'est pas le cas dans ce projet. La révision de la loi sur les douanes ouvre une brèche: elle ne définit pas suffisamment clairement les conditions dans lesquelles le profilage peut être utilisé. Le risque de discrimination raciale, de genre, etc. est important, c'est une porte ouverte à des interventions arbitraires, sans véritable gain en termes de sécurité.

**Art. 134**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Fivaz Fabien*

Streichen

**Art. 134**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Fivaz Fabien*

Biffer

*Développement par écrit*

La numérisation offre de nouvelles possibilités, mais crée aussi de nouveaux risques, en particulier de restriction des droits fondamentaux. Nous avons déjà discuté de ces risques, par exemple avec la loi sur les profils d'ADN. La collecte massive de données et leur analyse par l'intelligence artificielle doivent être abordées avec la plus grande prudence. Leur utilisation doit être très fortement encadrée par la législation. Ce n'est pas le cas dans ce projet. La révision de la loi sur les douanes ouvre une brèche: elle ne définit pas suffisamment clairement les conditions dans lesquelles le profilage peut être utilisé. Le risque de discrimination raciale, de genre, etc. est important, c'est une porte ouverte à des interventions arbitraires, sans véritable gain en termes de sécurité.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28313)

Für den Antrag der Kommission ... 129 Stimmen

Für den Antrag Fivaz Fabien ... 60 Stimmen

(1 Enthaltung)

**Art. 135–138**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 139**

*Antrag der Kommission*

Streichen



*Proposition de la commission*  
Biffer

*Angenommen – Adopté*

**Art. 140–150**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**2a. Abschnitt Titel**

*Antrag der Mehrheit*  
Datenbekanntgabe an die Kantone im Abrufverfahren und mittels Datenübermittlung zur Erfüllung kantonaler polizeilicher Aufgaben

*Antrag der Minderheit II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gignon, Wermuth)  
Streichen

**Section 2a titre**

*Proposition de la majorité*  
Communication de données aux cantons dans la procédure d'accès en ligne et par transmission en vue de l'accomplissement de tâches de police cantonales

*Proposition de la minorité II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gignon, Wermuth)  
Biffer

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit II (Ryser) wurde bei Artikel 117 Absatz 1 Einleitung und Buchstabe d sowie Absatz 2 Buchstabe d abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*  
*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 150a**

*Antrag der Mehrheit*  
Das BAZG kann den Behörden und Organisationen der Kantone die zur Erfüllung der nach Artikel 10 übernommenen kantonalen polizeilichen Aufgaben bearbeiteten Personendaten und Daten von juristischen Personen, einschliesslich besonders schützenswerter Daten, aus der Datenkategorie kantonale polizeiliche Aufgaben bekanntgeben, auch im Abrufverfahren.

*Antrag der Minderheit II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gignon, Wermuth)  
Streichen

**Art. 150a**

*Proposition de la majorité*  
L'OFDF peut, également dans la procédure d'accès en ligne, communiquer aux autorités et aux organisations des cantons les données personnelles et les données concernant des personnes morales traitées en vue de l'accomplissement des tâches de police cantonales prises en charge en vertu de



AB 2024 N 329 / BO 2024 N 329

l'article 10, y compris les données sensibles, qui font partie de la catégorie de données relatives aux tâches de police cantonales.

*Proposition de la minorité II*

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Glättli, Grossen Jürg, Michaud Gignon, Wermuth)  
Biffer

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit II (Ryser) wurde bei Artikel 117 Absatz 1 Einleitung und Buchstabe d sowie Absatz 2 Buchstabe d abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*  
*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 151**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Hess Erich, Tuena)  
Streichen

**Art. 151**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Hess Erich, Tuena)  
Biffer

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28314)

Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 152**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Hess Erich, Tuena)  
Streichen

**Art. 152**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Buffat, Burgherr, Dettling, Hess Erich, Tuena)  
Biffer



*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.058/28315)

Für den Antrag der Mehrheit ... 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 64 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 153–169**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**6. Kapitel Titel**

*Antrag der Kommission*

Qualitätssicherung, -überprüfung und -kontrolle

**Chapitre 6 titre**

*Proposition de la commission*

Assurance, vérification et contrôle de la qualité

*Angenommen – Adopté*

**Art. 170**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Das BAZG überprüft laufend und kontrolliert, ob bei der Bearbeitung ... eingehalten werden, und ergreift bei Bedarf geeignete Massnahmen.

*Abs. 2*

Es überprüft und kontrolliert insbesondere:

...

*Abs. 3*

... Direktors des BAZG über die durchgeführten Überprüfungen und Kontrollen gemäss Absatz 1 und 2 sowie über die Einhaltung der Bestimmungen ...

**Art. 170**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

L'OFDF vérifie et contrôle continuellement si, ... sont respectés et prend si nécessaire les mesures appropriées.

*Al. 2*

A cet effet, il vérifie et contrôle en particulier:

...

*Al. 3*

... un rapport sur les vérifications et les contrôles effectués selon les alinéas 1 et 2 ainsi que sur le respect des dispositions du présent article.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 193**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Das BAZG nimmt als Strafverfolgungsbehörde des Bundes gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a i.V.m. Artikel 4 Buchstabe c StBOG eigenständig Strafverfolgungskompetenzen wahr, welche ihm durch Abgabenerlasse oder nichtabgaberechtliche Erlasse übertragen worden sind.



*Abs. 2*

Sofern das BAZG oder eine andere Strafverfolgungsbehörde strafbare Handlungen feststellt, welche nicht in ihrer Kompetenz liegen, informiert sie umgehend die zuständige Strafverfolgungsbehörde und koordiniert die weiteren Untersuchungshandlungen mit dieser.

*Abs. 3*

Ist das BAZG für die Verfolgung und die Beurteilung einer Straftat zuständig, so richtet sich die Strafverfolgung nach diesem Gesetz und dem VStrR, soweit nicht der betreffende Abgabeverlass oder nichtabgaberechtliche Erlass davon abweicht.

**Art. 193**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

L'OFDF dispose en qualité d'autorité de poursuite pénale de la Confédération en vertu de l'article 2 alinéa 1 lettre a, en relation avec l'article 4 lettre c, LOAP, des compétences autonomes en matière de poursuite pénale qui lui ont été conférées par des actes législatifs relevant ou non du droit fiscal.

*Al. 2*

Si l'OFDF ou une autre autorité de poursuite pénale constate des actes punissables qui ne relèvent pas de sa compétence, elle en informe immédiatement l'autorité de poursuite pénale compétente et coordonne avec elle la suite de l'enquête.

*Al. 3*

Si l'OFDF est compétent pour la poursuite et le jugement d'une infraction, la poursuite pénale est régie par la présente

AB 2024 N 330 / BO 2024 N 330

loi et la DPA, sauf dispositions contraires de l'acte législatif pertinent relevant ou non du droit fiscal.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 194–198**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 199**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

... kann das BAZG, sofern dem BAZG in diesem Bereich Strafverfolgungskompetenzen zugewiesen worden sind, Ermittlungen vornehmen, um:

...

*Abs. 2, 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 199**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

... constatations et pour autant que des compétences en matière de poursuite pénale lui ont été conférées dans le domaine concerné, l'OFDF peut effectuer des enquêtes pour:

...

*Al. 2, 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*



**Art. 200, 201**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 202**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

...

a. aufgrund konkreter Anhaltspunkte der Verdacht besteht, dass Verbrechen ...

...

*Abs. 2–4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 202**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

...

a. des indices concrets laissent présumer que des crimes ...

...

*Al. 2–4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 203–219**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Anhang 1**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Annexe 1**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif; 22.058/28316)

Für Annahme des Entwurfes ... 120 Stimmen

Dagegen ... 62 Stimmen

(8 Enthaltungen)



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Frühjahrssession 2024 • Neunte Sitzung • 06.03.24 • 15h00 • 22.058  
Conseil national • Session de printemps 2024 • Neuvième séance • 06.03.24 • 15h00 • 22.058



### *Abschreibung – Classement*

#### *Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte (BBI 2022 2724)

#### *Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales (FF 2022 2724)

### *Angenommen – Adopté*

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Das Geschäft geht an den Ständerat.

